

AIB

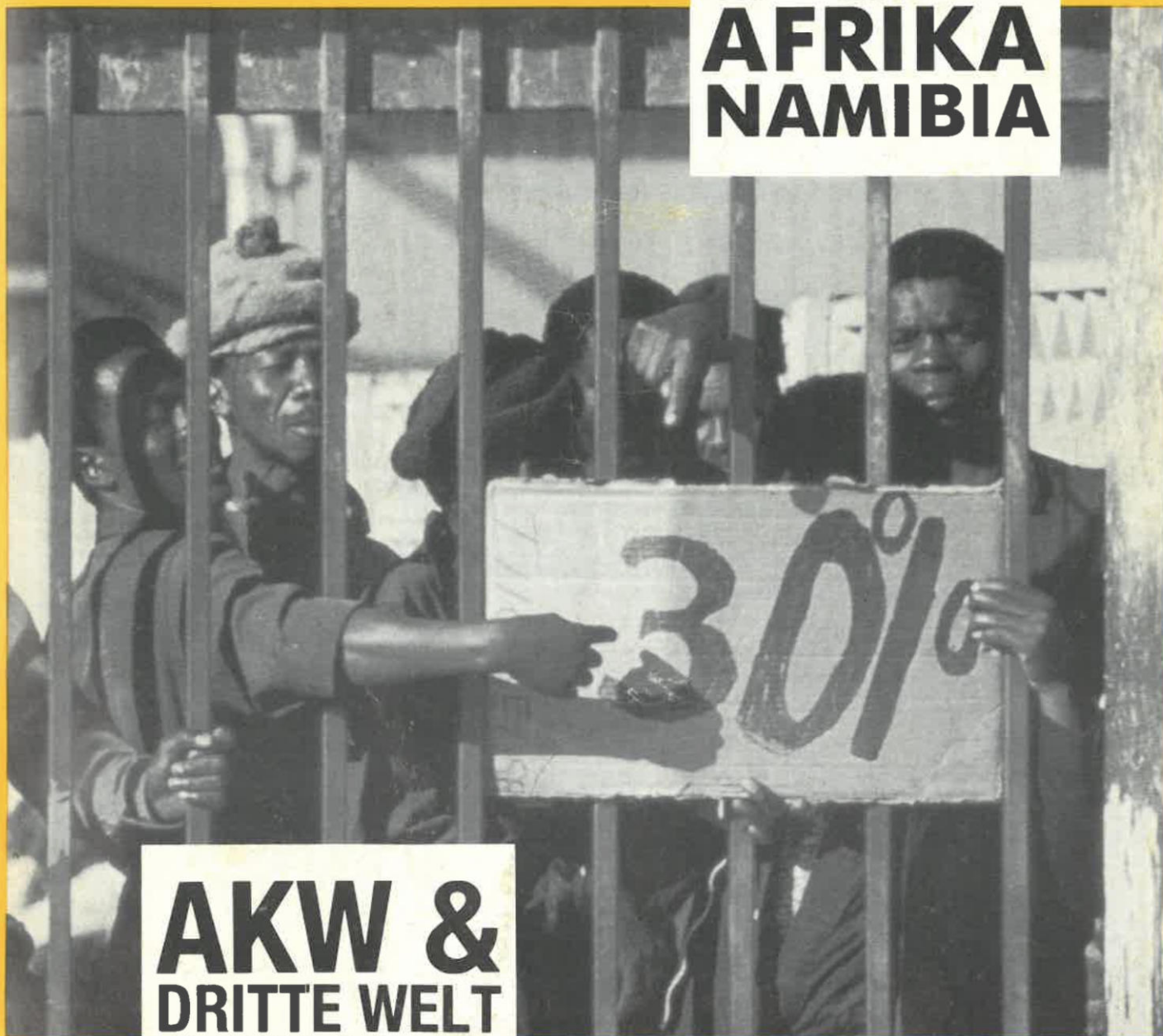
DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Oktober 1987

18. Jg., 9

3,- DM

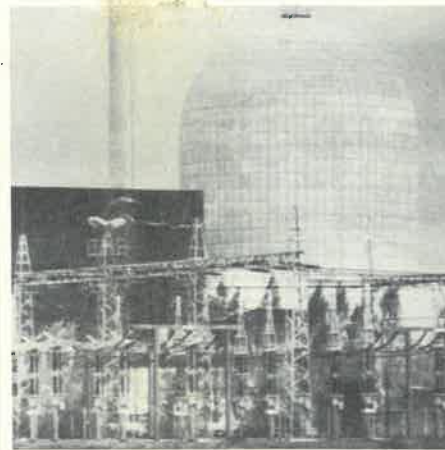
ARBEITER
STREIKS
SÜD
AFRIKA
NAMIBIA



AKW &
DRITTE WELT
CHINA &
FRIEDEN

Inhalt

Kommentar	
Die Apartheidmorde stoppen!	3
Südafrika	
Die Bergarbeiter hielten stand	4
Interview mit ANC-Führungsmittglied Joe Slovo über die Rolle von Arbeitern und Gewerkschaften im Befreiungskampf	7
Namibia	
Kahlschlag gegen Opponenten	9
Interview mit SWAPO-Generalsekretär Toivo ya Toivo über die Chancen im Ringen um die Unabhängigkeit	11
Korea	
Reportagen von Rainer Werning aus Südkorea: Die Sprache nicht verloren	12
Streikbewegung in Südkorea	14
Sri Lanka	
Nach dem Waffenstillstand – bringt Indien den Frieden?	16
China	
Wandel in der Friedensfrage	18
Persischer Golf	
Aktueller Stand	21
Bericht vom Kölner Forum für die Beendigung des Golfkrieges	21
Golf-Resolution Nr. 598 des UN-Sicherheitsrats	23
Israel	
Wie stark ist die Militärmacht Israel?	24
Israels SDI-Einstieg	28
Uruguay	
Bewährungsprobe für die Demokratie	30
Ausländerpolitik	
Wahlrecht für Ausländer	34
Energie	
Das weltweite Energieproblem (I)	
Braucht die Dritte Welt AKWs?	35
BRD-Entwicklungspolitik	
Der Jahresbericht des Entwicklungshilfeministeriums – ein Armutszeugnis	39
Kultur	
Interview mit der südafrikanischen Schriftstellerin Nadine Gordimer: Zu wenig Mut, um eine ganze Revolutionärin zu sein	41
Rezension	
China im Reformgewand	43
BRD-Infodienst	
Buchtip zu Chile, Chile-Solidarität, Südafrika-Materialien, BAYER: Prozeß gegen Kritiker, Termine	45
Kurzinformationen	
Philippinen, Kampuchea, Türkei, Libanon, Mauritius, Tschad/Libyen, Sudan, Argentinien	46



Südafrika/Namibia S.3

Streikkämpfe in den Industriezentren Südafrikas und Namibias forderten das Apartheidregime heraus. Pretoria antwortete mit Verhaftungen von Widerstandsführern, mit Hinrichtungen und der Verschärfung der Ausnahme Gesetze. Was lehren die Arbeiteraktionen? Wie stark treffen sie das Apartheidsystem? Wie sind sie in den Befreiungskampf einzuordnen?

Sri Lanka S.19

Das jüngst von den Präsidenten Sri Lankas und Indiens unterzeichnete Friedensabkommen hat Hoffnungen geweckt. Es soll den Bürgerkrieg zwischen Singhaesen und Tamilen beenden. Indische Truppen sollen bei der Normalisierung mithelfen. Doch deuten nicht neue Schießereien und Widerstände im Regierungslager darauf hin, daß der Friedensprozeß in Sri Lanka ohne Chance ist?

AKWs und Dritte Welt S.35

„Braucht die Dritte Welt Atomkraftwerke?“ Dieser seit Tschernobyl verstärkt aufgeworfenen Fragestellung gehen wir in einer Artikelreihe nach. Hermann Bömer unternimmt eine AKW-Bestandsaufnahme und -Einordnung in die globale Problemlage der Energieversorgung und Überlebenspolitik. Beiträge zur Atomwaffenfähigkeit sog. Frontstaaten der Dritten Welt und zu alternativen Energieträgern sollen folgen.

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich
Anschrift der Redaktion: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 06421/246 72
Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Bröner, Prof. Gunter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff
Redaktion: Wolfram Bröner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, A. Ebtahaj, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig
Ständige Mitarbeiter: Joachim Becker, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübben-Pistofidis, Flaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ricardo Ribera, Ludger Schmitz, Ulrich Schnell, Peter Schütt, Christoph Sode-mann, Dr. Rainer Werning.
Sonstige Mitarbeiter: A. J. Arndt, H. Bömer, H. Czapek, E. Olms, I. Rein, G. Schucher, D. Schulze-Marmeling, K. Söhnlein, H. Thomsen
Redaktionsschluß: 9. September 1987
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangaben und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 510868, 5000 Köln 51, Telex 2214284 pahl. **Vertrieb:** Telefon 0221/36002-0.
Adressenänderungen bitte rechtzeitig dem Verlag bekanntgeben.
Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.
Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.
AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** einmal im Vierteljahr beigelegt.
Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November.
Anzeigenleitung: Wolfgang Pitzer, Tel. 0221/3600247.
Druck: Plambeck & Co., Neuss
Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 370 100 50), Stadtspar-kasse Köln 106 522 38 (BLZ 370 501 98).
Anzeigen: World University Service, ISP-Verlag, FDCL, Sahara-Info, GEB, AG SPAK, Geheim
Titel: Gestaltung von Udo Tremmel
Fotonachweis: R. Werning, M. Kolter, W. Bröner, Korea-Infostelle, AIB-Archiv, Time, SWAPO, Middle East

Kurzinformationen

Kampuchea

Der indonesische Außenminister Mochtar Kusumaatmadja brachte am 21. August d.J. auf einer Pressekonferenz in Djakarta seine Enttäuschung über das vorausgegangene Treffen der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN; Indonesien, Philippinen, Brunei, Malaysia, Singapur, Thailand) zum Ausdruck. Der Bangkoker Außenministertreffen hatte am 16. August die von Mochtar mit Hanoi erzielte Übereinkunft, mit der man einer politischen Lösung des Kampuchean Konflikts nahezukommen schien, nicht gebilligt. Mochtar und sein vietnamesischer Amtskollege Nguyen Co Thach hatten am 29. Juli d.J. einen diplomatischen Durchbruch erzielt, als sie sich auf den gemeinsamen Vorschlag einigten, alle kampucheanischen Kräfte einschließlich der Regierung Heng Samrin sollten sich zunächst zu einer informellen Gesprächsrunde („cocktail party“) treffen. Die vietnamesische Seite sollte in einer „späteren Phase“ hinzukommen. Dagegen wandten Thailand und Singapur ein, der Abzug der vietnamesischen Truppen habe oben zu stehen. Der Bangkoker ASEAN-Gipfel bestand darauf, die vietnamesische Regierung müsse unmittelbar nach der Eröffnung einer Kampuchea-Dialogrunde hinzustoßen und einen 8-Punkte-Vorschlag der kampucheanischen Gegenkoalition (Hauptkraft sind Pol Pots Rote Khmer) als Diskussionsbasis akzeptieren. Eben dies ist die Forderung der Gegenkoalition und der VR China. Kein Wunder, daß Hanoi die ASEAN-Bedingungen zurückwies. Außenminister Thach umriß seine Position wie folgt: „Sehen Sie, unsere Lösung lautet: Ausschaltung von Pol Pot. Die andere Seite sagt: Abzug der Vietnamesen. Eine faire Lösung kann nur darin bestehen, die Interessen beider Seiten zu berücksichtigen. Das heißt: Abzug unserer Truppen und Ausschaltung von Pol Pot. Das ist doch ein fairer Vorschlag, oder?“

Philippinen

Am 28. August d.J. unternahm Oberst Gregorio Honasan mit 1.500 Soldaten einen Putschversuch gegen die seit 18 Monaten amtierende Regierung unter Corazon Aquino. Er wurde jedoch von loyalen Truppen niedergeschlagen. Die Rebellion erfolgte unmittelbar nach einem Generalstreik vom 26. August, zu dem die linke Gewerkschaftszentrale Bewegung 1. Mai

Protestdemonstration in Manila gegen Preiserhöhungen für Brennstoffe



(KMU), progressive Parteien und sogar der rechte Gewerkschaftskongreß der Philippinen (TUCP) aufgerufen hatten. Sie protestierten gegen massive Preiserhöhungen für Benzin und Heizöl. Der Streik legte in weiten Teilen des Landes das öffentliche Leben lahm und endete mit einer teilweisen Rücknahme der Erhöhungen. Diese nachgiebige Haltung gegenüber der Volksbewegung war wohl der letzte Auslöser für den Putschversuch, der wie bereits vier ähnliche Rebellionen zuvor zum Ziel hatte, die Regierung auf einen strammen Rechtskurs zu bringen. So lauteten folgerichtig die Vorwürfe der Putschisten, die Regierung gehe zu lasch gegen die Neue Volksarmee (NPA) vor, lasse es an der Fürsorge für die Militärs fehlen und Sorge sich nicht genug um deren materielle Ausstattung. Kritik geübt wurde auch an den Untersuchungen gegen Militärs, die Menschenrechtsverletzungen begingen. Die Regierung ist mittlerweile den Militärs in einigen Punkten entgegengekommen. Eine Solderhöhung um 60% und eine Aufstockung des Verteidigungshaushalts sind geplant. Dennoch ist die Gefahr nicht ganz gebannt. Oberst Honasan konnte mit 200 Getreuen in die Berge fliehen, wo er eine Gegenregierung ausrief. Aus Sympathie mit den 800 internierten Putschisten traten 600 Kadetten der Militärakademie Baguio, deren Absolvent Honasan ist, in den Hungerstreik. Und inzwischen forderte sogar Generalstabschef Fidel Ramos, der den Putsch unterdrückte, größere Mitbestimmung des Militärs in politischen Fragen.

Libanon

Zu einem Wiederaufflackern des „Lagerkrieges“ kam es Ende August/Anfang September d.J. In der Nacht vom 25./26. August belegte die Miliz der schiitischen Amal das palästinensische Flüchtlingslager Shatila (Südwestbeirut) mit schwerem Artilleriefeuer. Am 5. September griffen israelische Kampfflugzeuge das Palästinenserlager Ain el-Hilweh bei Sidon an und töteten 49 Menschen. Mit bisher 22 Luftangriffen in diesem Jahr sucht Tel Aviv die Austreibung der Palästinenser aus dem Südlibanon zu stimulieren. Der erneute Beschuß durch die Amal war die Antwort auf Versuche, Syrien und die Amal zur Aufgabe der weiter andauernden Belagerung der Flüchtlingslager im Libanon zu bewegen. So waren am 17. August die Insassen des zu 95% zerstörten Lagers Shatila für ein definitives Ende der Belagerung und die Dul-

dung des Wiederaufbaus in den Hungerstreik getreten. Sie protestierten ferner dagegen, daß die Versorgung mit Elektrizität, fließendem Wasser, Baumaterialien und Medikamenten nach wie vor blockiert wurde. Die Bewohner des Lagers Bourj Al-Barajneh solidarisierten sich am 22. August mit einem eintägigen Hungerstreik. Das Exekutivkomitee der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) rief am 20. August in Tunis die arabischen Regierungen und Führer auf, die Belagerten zu unterstützen, und appellierte an Syrien, die Blockade gegen Shatila und andere Lager aufzuheben. Das Außenministertreffen der Arabischen Liga vom 23. August in Tunis folgte diesem Ansinnen allerdings nicht. Amal-Führer Nabih Berri forderte am 31. August d.J. einmal mehr den Abzug der PLO aus bestimmten Positionen im Südlibanon und die Einrichtung von Überwachungskomitees, zusammengesetzt aus der Amal, syrischen Beobachtern, Palästinensern und libanesischer Armee, für die Lager. Für den Fall, daß die PLO seine Forderungen nachkomme, stellte Berri die Aufhebung der Belagerung und grünes Licht für den Wiederaufbau der zu 50-95% zerstörten Palästinenserlager bis zu Beginn des Winters Anfang November 1987 in Aussicht.

Türkei

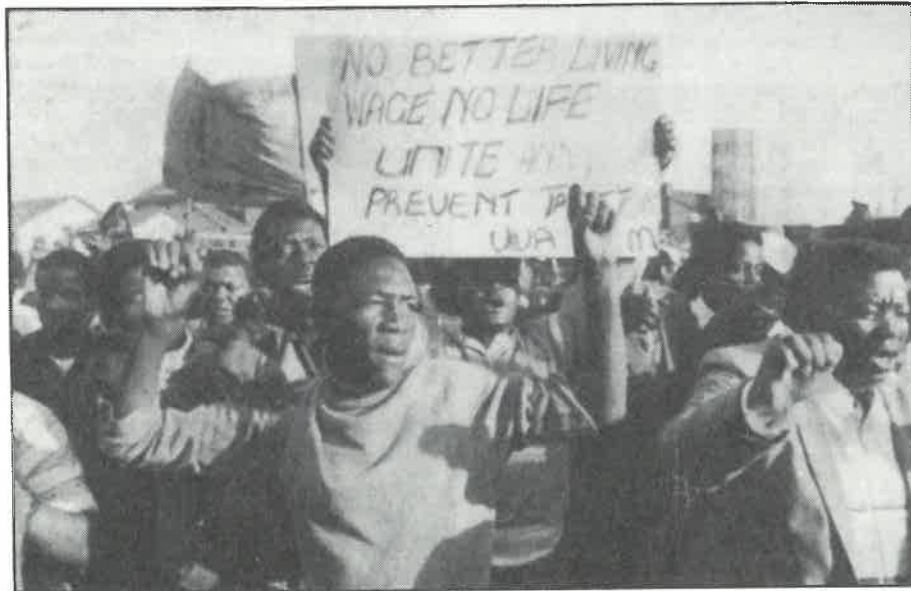
Am 6. September d.J. fand in der Türkei ein Referendum über die Aufhebung des Verbots der politischen Betätigung von 200 Politikern statt. Ihnen – darunter die vormaligen Ministerpräsidenten Süleyman Demirel (konservativ) und Bülent Ecevit (sozialdemokratisch) – war nach dem Militärputsch 1980 die politische Betätigung untersagt worden, was 1982 eine Volksabstimmung bis 1992 besiegelt hatte. Mit 50,4% fiel das Ergebnis für die Befürworter einer Aufhebung des Bannes denkbar knapp aus. Ministerpräsident Özal, ein entschiedener Gegner der Aufhebung, kündigte noch vor Beginn der Auszählung für November d.J. vorzeitige Neuwahlen an. Özal hofft, durch die einjährige Vorverlegung der Wahlen zu verhindern, daß vor allem seine schärfsten Konkurrenten Demirel und Ecevit rechtzeitig wieder politisch Fuß fassen können.

Tschad-Libyen

Mit einem Angriff auf den libyschen Militärstützpunkt Maaten-es-Sara am 6. September d.J. und anschließenden libyschen Luftangriffen auf die tschadische Hauptstadt N'Djamena hat sich der Konflikt zwischen den beiden nordafrikanischen Ländern weiter zugespitzt. Nachdem tschadische Truppen Ende März d.J. die libyschen Einheiten zum Rückzug aus dem Norden des Tschad gezwungen hatten (siehe AIB 5/1987, S. 59), drangen sie am 8. August d.J. in den sog. Aouzou-Streifen ein und eroberten die gleichnamige Oase. Nach mehreren erfolglosen Angriffen konnten libysche Einheiten diese jedoch am 29. August d.J. zurückerobern. Unter Berufung auf Verträge, die vor der Unabhängigkeit der beiden Staaten geschlossen wurden, hatte Libyen 1973 den Aouzou-Streifen an seiner Südgrenze annektiert. Es lehnt seitdem Verhandlungen über eine Rückgabe oder eine Einschaltung des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag ab.

Marianne Kolter

Die Bergarbeiter hielten stand



„Kein besseres Leben ohne bessere Löhne. Vereint Euch und wehrt Streikbrecher ab.“ „Arbeiter, vereint Euch.“ So lauteten Losungen streikender Bergarbeiter

Der größte Streik in der Geschichte Südafrikas ist beendet. Nach drei Wochen fuhrn die schwarzen Minenarbeiter am 1. September d.J. wieder in die Bergwerke ein.

Ihre Forderungen konnten sie mit diesem Streik nicht durchsetzen. Die Bergwerkskonzerne machten lediglich einige kleine Zugeständnisse im sozialen Bereich, so die Steigerung der Hinterbliebenenrente bei tödlichen Arbeitsunfällen von zwei auf drei Jahreslöhne und eine Erhöhung der Feiertagsgeelder von 55 auf 65%.

Unternehmer suchten Kraftprobe

Dabei, so „Die Zeit“ vom 21.8.1987, „wären die südafrikanischen Konzerne mit ihren Profiten in der Lage (gewesen), die Forderungen der Streikenden zu erfüllen:

- 30 Prozent mehr Lohn. Die Arbeitgeber boten bis zu 23,4 Prozent. Die weißen Bergleute verdienen aber das Drei- bis Fünffache der schwarzen Kumpel.

- 30 Tage Urlaub statt bislang 14 bis 18 Tage. Die Weißen haben bereits 35 Urlaubstage.

- Eine Gefahrenzulage; bei Todesfällen soll den Angehörigen das Fünffache des Jahresgehaltes ausgezahlt werden. Jahr

für Jahr sterben Hunderte von Bergleuten in den Schächten.

— Einen bezahlten Ruhetag am 16. Juni, dem Gedenktag des Massakers in Soweto 1976.“

Die Bilanz der letzten Jahre sah für die Bergwerksunternehmen ungewöhnlich gut aus, sie konnten ihre Gewinne um bis zu 70% steigern und machten 1985 einen Profit von 7,7 Mio Rand.

Dennoch verweigerten sie die Lohnerhöhung, die — so die Nationale Bergarbeitergewerkschaft (NUM) — die Lohnunterschiede zwischen den etwa 26.000 weißen und mehr als 600.000 schwarzen Bergarbeitern hätte verringern können. Letztlich lag die Lohnerhöhung dann auch bei den von den Unternehmern angebotenen 15-23%.

Die Tatsache, daß die Bergwerksunternehmen sich nicht auf die Forderungen der Minenarbeiter einlassen wollten sowie auch ihre Weigerung zu Beginn des Streiks, mit den Gewerkschaften zu verhandeln, deuten darauf hin, daß es den Unternehmen auf eine Kraftprobe ankam. In den Tagen vor dem Streik war denn auch von ihnen zu hören, daß sie nur mit wenigen Streiktagen rechneten. „...ich glaube, daß die Gegenseite noch vor Beginn des Streiks den Entschluß gefaßt hatte, uns kleinzumachen. Die wollten uns die Luft abschnüren und haben geglaubt, das würde wie früher inner-

halb von 48 Stunden gelingen. Da haben sie sich diesmal aber gründlich getäuscht.“ So Cyril Ramaphosa, der Generalsekretär der NUM, in einem Interview.¹

Während des Streiks wurden neun Arbeiter getötet, mehr als 500 verwundet und über 400 verhaftet. Unter Letzteren befanden sich auch Gruppen von regionalen und lokalen NUM-Leitungen.

Die staatlichen Sicherheitskräfte unterstützten die Werkschutzgruppen in Auseinandersetzungen mit den Streikenden, obwohl der Minister für Arbeit und Öffentlichen Dienst, Pieter T.C. du Plessis, in den ersten Streiktagen erklärt hatte: „Wir werden nicht eingreifen, weil wir Streiks als eine Angelegenheit allein zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern betrachten. Aber wenn wir irgendwie helfen können, den Konflikt zu lösen, stehen wir jederzeit zur Verfügung.“²

Waffe Massenentlassungen

Diese Nichteinmischung bestand dann allerdings lediglich in einer relativen Zurückhaltung der staatlichen Organe gegenüber den Streikenden, gemessen am „normalen“ südafrikanischen Standard. Die Unternehmen selbst nutzten Massenentlassungen als ihre wirksamste Waffe gegen die Streikenden.

Für die Betroffenen kann dies unter den Bedingungen Südafrikas mit einer Arbeitslosenquote von etwa 20% unter den Schwarzen existenzvernichtend sein, wenn es nach Arbeitskämpfen nicht gelingt, ihre Wiedereinstellung durchzusetzen.

zen.

Angesichts dieser Massenentlassungen bestand für die NUM die Gefahr, zerbrechen zu werden. Ein totaler oder auch nur große Teile der Minenbelegschaften umfassender Ersatz durch neue, noch nicht organisierte Arbeiter hätte für die NUM bedeutet, ihre Arbeit unter den Bergleuten wieder von neuem beginnen zu müssen. Immerhin war es ihr seit 1982 gelungen, mehr als 1/3 der Bergarbeiter (261.000) zu organisieren.

Auch die drohende Zersplitterung des Streiks durch ein Abbröckeln der Streikfront, so mußte die Gewerkschaft befürchten, hätte die zukünftigen Handlungsmöglichkeiten der Arbeiter nur einschränken können.

So entschloß sich die Gewerkschaft zu einem taktischen Rückzug. Dabei wies ihr Generalsekretär Cyril Ramaphosa darauf hin, daß die erfolgreiche organisatorische Durchführung des Streiks für weitere Arbeitskämpfe, ganz konkret die Tarifverhandlungen 1988, wesentlich günstigere Voraussetzungen geschaffen habe.

Auch ein „Sprecher der unabhängigen Labour Monitoring Group“ sagte, der Bergarbeiterstreik habe den Weg bereitet für ein Jahr der Arbeitskonflikte. Die Unternehmer würden nun eine härtere Linie vertreten gegenüber den seit 1979 zugelassenen schwarzen Gewerkschaften, besonders bei politischen Forderungen.

Während der letzten Monate kündigte die Regierung Pläne an, gegen die Gewerkschaften vorzugehen, um 'wilde Streiks' zu verhindern. Enstprechende

neue Arbeitsgesetze werden in den kommenden Monaten erwartet.“³

Für die Beurteilung der Streiks durch die Unternehmen und die Regierung des Landes ist mit Sicherheit von Bedeutung, daß in den sog. „liberalen“ Unternehmen, allen voran dem größten Bergwerkskonzern Anglo American Corporation, die Streikbeteiligung und der gewerkschaftliche Organisationsgrad allgemein als höher eingeschätzt werden als in jenen Unternehmen, die schon seit Jahren massiv gegen die Entwicklung der Gewerkschaften vorgegangen sind. Dies trifft vor allem auf Unternehmen zu, in denen burisches Kapital maßgeblichen Einfluß hat.

Gegenmacht Gewerkschaften

Da dieses Jahr in anderen Wirtschaftsbe- reichen ebenfalls durch Arbeitskämpfe gekennzeichnet war, steht die Regierung des Apartheidstaates unter einem starken Handlungsdruck, etwas gegen die seit Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre neu organisierte, sehr aktive Gewerkschaftsbewegung zu tun.

Im Post- und Fernmeldewesen streikten im August d.J. 20.000 Arbeiter für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. In der chemischen, der Metallindustrie und selbst unter den Farmarbeitern auf den Obstplantagen fanden in einzelnen Regionen Streiks statt.

Bei Daimler-Benz befand sich die Gesamtbelegschaft von 2.800 Arbeitern des Werks in East London seit dem 10. August d.J. im Ausstand, nachdem Daimler 188 gewerkschaftlich aktive Kollegen entlassen hatte. Die Konzernleitung versuchte, den Abbruch des Streiks mit Hilfe eines Ultimatums durchzusetzen, das allen Streikbeteiligten die Entlassung androhte.

In der Automobilindustrie Südafrikas berieten Betriebsräte Anfang September Solidaritätsstreiks mit den Daimler-Kollegen.⁴ Die IG Metall erklärte am 10.9.1987 zu den angedrohten Entlassungen, damit nutze Daimler-Benz die Situation, die durch ein Unrechtsregime geschaffen sei, für sich aus. Sie rief zu Solidaritätsaktionen für die streikenden Arbeiter in Südafrika auf, wie dies der DGB und die IG Bau, Steine, Erden bereits während des Bergarbeiterstreiks getan hatten.

Inzwischen wurde errechnet, daß der südafrikanischen Wirtschaft durch die Streiks 1987 bereits 5,5 Mio Arbeitstage verloren gegangen sind, während es 1986 „nur“ 1,3 Mio Arbeitstage gewesen waren. Damit, so die Frankfurter Allgemeine am 1.9.1987, ist 1987 „das turbulenteste Jahr in der Geschichte der Arbeiterbewegung des Landes“.

Und die Gewerkschaften sind zu einem der wichtigsten Faktoren innerhalb des Widerstandes gegen die Apartheid geworden. Sie verfügen (noch) über einen Apparat, der nicht durch gezielte Verhaftungen und das erzwungene Untertauchen von Aktivisten in den Untergrund in seinen Handlungsmöglichkeiten derart beschnitten ist, wie dies bei den Massenorganisationen, etwa den Mitgliedsverbänden der Vereinigten Demokratischen Front (UDF), der Fall ist.

Dies wird die südafrikanische Regierung in der nächsten Zeit angehen, wie folgende Meldung zeigt: „Letzten Freitag (7.8.1987) kündigte der Arbeitsminister M. Pieter du Plessis im Parlament an, daß bereits ein Gesetz erarbeitet werde, um die Macht der Gewerkschaften zurückzudrängen. 'Es ist unerlässlich', erklärte er, 'ein Gegengewicht zwischen den Kräften der Arbeiter und der Unternehmer zu haben. Zuviel Macht der einen wie der anderen könnte zur Revolution führen.'“⁵

Diese Androhungen stellen die Gewerkschaften vor die Aufgabe, ihr Überleben und ihre weitere Aktionsfähigkeit auch unter noch härteren Bedingungen sicherzustellen. Der wichtigste Schritt, den die Bergarbeiter und ihre Gewerkschaft in diese Richtung taten und die eigene Stärke voll zum Einsatz brachte, war die landesweite Durchführung des Streiks. Und dies gegen die wichtigste und wohl auch mächtigste Industriebranche des Landes.

Landesweite Streiks waren bis zu diesem Zeitpunkt nur an einzelnen Tagen, zur Durchsetzung des 1. Mai und des 16. Juni etwa, möglich. In allen anderen Industriebereichen sind die Arbeitskämpfe immer noch stark von regionalem und/oder lokalem Charakter. Die „Nationalisierung“ ist sicher eine der beiden Hauptaufgaben, vor denen die gesamte Arbeiterbewegung steht, ein Prozeß, der auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen ernst genommen wird, etwa unter den Jugendlichen und den Frauen. Für die Gewerkschaften steht zudem immer noch das Problem der Organisation der Arbeiter in den ländlichen Regionen (siehe auch Slovo-Interview) sowie den Homelands als auch die Notwendigkeit der stärkeren Einbeziehung der Arbeitslosen in die Politik der Arbeiterbewegung wie auch des Massenwiderstandes gegen die Apartheid.

Die zweite zentrale Aufgabe, die nach der Gründung des Dachverbandes Kongreß Südafrikanischer Gewerkschaften (COSATU) immer noch ansteht, ist die Vereinheitlichung der Aktionen mit jenen des Rates südafrikanischer Gewerkschaften (CUSA), die bisher auch nur in Ansätzen vorhanden ist.

Langfristig wäre ein festes, prinzipielles Bündnis oder gar eine Einheitsgewerk-



Damit die Wahrheit unüberhörbar wird:

Freiheitssender Mandela (Radio Freedom) – Stimme des ANC



Unterstützt den „Freiheitssender Mandela“!

Über 300.000 DM wurden innerhalb des Startjahres in der Bundesrepublik für die Solidaritätsaktion „Freiheitssender Mandela – Radio Freedom“ gesammelt. Eine Zwischenbilanz zur Jahresmitte 1987, so meinen wir, die sich sehen lassen kann und die zu neuen Taten ermutigt. Angesichts des vom Apartheidregime verschärften Ausnahmeregimes und der Zensur ist es für die Mobilisierung des Volkswiderstands in Südafrika von erhöhter Bedeutung, daß sie über den Äther mit unverfälschter Information versorgt werden kann. Die Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongreß (ANC) braucht dazu größere Sendekapazitäten. Der „Freiheitssender Mandela“ soll diese Lücke schließen helfen. Die vom Antimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK) initiierte Spendenaktion wird inzwischen auch von der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), dem Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), der Sozialistischen Jugendorganisation – Die Falken, den Jungdemokraten und der VVN-Bund der Antifaschisten mitgetragen. „Die Dritte-Welt-Zeitschrift AIB“ ruft dazu auf: Helfen Sie mit, der unterdrückten Mehrheit in Südafrika eine Stimme zu geben! Helfen Sie mit einer Spende beim Aufbau des „Freiheitssenders Mandela“!

Damit die Wahrheit unüberhörbar wird!
Einzahlungen auf das Sonderkonto Prof. Wulff,
Postgiroamt Frankfurt/Main, Nr.: 527055-602,
Kennwort „Radio Mandela“

schaft aller Kräfte innerhalb der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die sich für ein einiges, von Rassismus freies Südafrika einsetzen, für die Entwicklung des Kräfteverhältnisses in Südafrika zugunsten des gesamten Widerstandes sicher erstrebenswert.

Die Regierung Botha, die die Entwicklung der Arbeitskämpfe ebensowenig mit dem Ausnahmezustand stoppen konnte, wie es ihr gelungen ist, den Widerstand zu zerschlagen, scheint jedenfalls entschlossen, alle Register zu ziehen, um endlich das erwünschte Resultat der Friedhofsruhe im Lande zu erzielen. In seiner Rede⁶ während der Haushaltsdebatte des Parlaments am 13. August d.J. machte Staatspräsident Pieter W. Botha deutlich, daß er den Ausnahmezustand für ein unverzichtbares Element seiner Politik in der gegenwärtigen Lage ansieht, daß er aber noch Lücken in der Beschneidung der Möglichkeiten des Widerstandes sieht.

Ausnahmezustand mit Lücken

So sollen die Möglichkeiten der Widerstandsorganisationen, Gelder aus dem Ausland zu erhalten, weiter eingeschränkt werden – dies richtet sich auch direkt gegen die Gewerkschaften. Auch ausländische Botschaften bzw. ihre Angehörigen sollen genauer kontrolliert und ihre Bewegungsmöglichkeiten gegebenenfalls eingeschränkt werden. Botha kritisierte noch einmal das Treffen weißer Oppositioneller mit Vertretern des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) in Dakar/Senegal (siehe: AIB 8/1987, S. 23-24). Und er stellte in diesem Zusammenhang fest, daß in Zukunft die Paßvergabe für Auslandsreisen reduziert werde.

Der Staatspräsident äußerte sich auch zu möglichen Verhandlungen mit dem ANC, für die er zwei – unannehmbare – Bedingungen stellte: Gewaltverzicht und Distanzierung von den Kommunisten in den Reihen der Befreiungsbewegung. Besonders beachtet wurde die Ankündigung einer Verfassungsänderung einzig zu dem Zweck, die für 1989 vorgesehenen Wahlen einer neuen Regierung auf 1992 zu verschieben. Damit sicherte sich Botha sein Amt als Staatspräsident, der auch von den weißen Abgeordneten kaum noch kontrolliert werden kann, für zwei weitere Jahre.

Anmerkungen:

- 1) Der Spiegel, Bonn, Nr. 35/1987
- 2) International Herald Tribune, Paris, 12.8.1987
- 3) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 1.9.1987
- 4) Tageszeitung, Westberlin, 3.9.1987
- 5) Le Monde, Paris, 11.8.1987
- 6) Alle folgenden Angaben zu Regierungsplänen siehe: FAZ, 14.8.1987

Interview mit Joe Slovo Der Kampf der Arbeiter – Teil eines Mosaiks



Welchen Stellenwert mißt der illegale Afrikanische Nationalkongreß (ANC) den Streikämpfen des Sommers 1987 in den Arbeiterzentren Südafrikas zu? Wie ist die Kraftprobe zwischen Gewerkschaften und Apartheidsystem in den Befreiungskampf einzuordnen? Erste Antworten auf diese Fragen gibt Joe Slovo, eine der legendärsten Führungspersönlichkeiten des südafrikanischen Widerstands. Slovo war bis zum Vorjahr Stabschef des bewaffneten Arms des ANC, des Umkhonto we Sizwe („Speer der Nation“). Inzwischen ist er Vorsitzender der südafrikanischen Kommunistischen Partei und gehört dem ANC-Exekutivkomitee an.

J. SLOVO: Und natürlich wissen wir, daß es letztendlich nur eine Antwort gibt. Sie lautet, daß das Regime gestürzt und die Befreiung erreicht werden wird. Bis dahin wird der Kampf weitergehen...

Auch hat die Geschichte der Ereignisse der vergangenen Jahrzehnte gezeigt, daß der Kampf ohne die Einheit der Arbeiter nicht gewonnen werden kann. Von daher sind die beiden wichtigsten Dinge, die wir in jeder Schlacht, die wir als Teil dieses Krieges schlagen, anstreben müssen, Einheit und Organisation. Und durch Einheit und Organisation wird die Front als Ganzes voranschreiten bis zum Sieg, auch wenn sich einzelne Sektoren der Front möglicherweise einen Schritt zurückentwickeln werden.

Mehrere Taktiken bei Streiks

FRAGE: Bei stattfindenden Streiks kommt es auch zu Entlassungen von Arbeitern, denen die Rekrutierung neuer Arbeitskräfte folgt. Was sagen Sie zu dieser Situation?

J. SLOVO: Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, weltweit wie in unserem Land, war immer auch die Geschichte der jahrhundertalten Vorgehensweise unserer Feinde, Streikbrecher einzusetzen, Leute, die an die Stelle jener treten, die sich im Kampf befinden. Es gibt keine allgemeingültige Taktik, die auf alle Fälle anzuwenden ist, aber ich glaube, man kann sagen, daß eine ganze Reihe von Vorgehensweisen erforderlich sind.

Zum ersten ist es von grundlegender Bedeutung, daß die politische Bildung verstärkt wird, und zwar vor allem in den ländlichen Gebieten, aus denen eine große Zahl von Streikbrechern rekrutiert wird. Es sollte auf dem Land eine stärkere Organisation geben, damit diejenigen, die in die Städte geholt werden, um die streikenden Arbeiter zu ersetzen, erkennen, daß sie nicht nur diesen Arbeitern, sondern auch sich selbst in den Rücken fallen.

Es ist sehr wichtig, die Arbeitslosen zu organisieren. Dies ist schon deshalb so, weil Bosse und Staat aus den Reihen der Arbeitslosen diejenigen rekrutieren, die die streikenden Arbeiter ersetzen, und in ihrem Fall ist dies auch eine Frage der Organisation und Bildung. Darüber hinaus besteht natürlich auch die Notwendigkeit, Streikposten aufzustellen, effektive Streikposten, wie es bei einigen Gelegenheiten bereits geschehen ist, und es gibt eine Reihe anderer Taktiken. Fabrikbesetzungen haben in einigen Fällen dazu geführt, daß der Boß während des Streiks, zumindest für eine gewisse Zeit, seine Fabrik nicht wiederbekam. Dadurch wurde es ihm erschwert, neue Arbeitskräfte von außerhalb einzustellen.

Es gibt also, wie gesagt, nicht eine einzige Taktik. Wir müssen uns vielmehr auf alle Aspekte der möglichen Schritte und Maßnahmen konzentrieren, die ich versucht habe aufzuzeigen.

FRAGE: Die demokratische Gewerkschaftsbewegung führt eine Kampagne zur Erämpfung eines Mindestlohnes...

J. SLOVO: In erster Linie ist es eine Kam-

pagne, die den Arbeitern bessere Bedingungen sichern soll. Sie soll gewährleisten, daß die Bosse die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft nicht dermaßen auf die Spitze treiben, daß sie zu einem Leben unterhalb des Existenzminimums verurteilt wären.

Aber andererseits muß diese Kampagne – und ich meine, das ist passiert – mit dem politischen Kampf verbunden werden.

Im allgemeinen bin ich der Ansicht, daß das Regime und die Unternehmer versuchen werden, die Lasten der Wirtschaftskrise, in die sie durch den Kampf des Volkes und die äußere Isolation geraten sind, auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Die Kampagne für einen das Existenzminimum sichernden Mindestlohn ist im wesentlichen eine Kampagne, die sie daran hindern soll, ihre Absichten wahrzumachen.

FRAGE: Wenn man über einen Mindestlohn spricht, kommen einem die Sklavenlöhne und miserablen Arbeitsbedingungen der Arbeiter in den ländlichen Gebieten und auf den Farmen in den Sinn. Teils haben diese Arbeiter aufgrund der rigorosen Restriktionen nicht einmal eine Gewerkschaftsbewegung. Was ist unternommen worden, um die Arbeitsbedingungen und den Lebensstandard dieser Arbeiter zu verbessern?

Die Apartheid unrentabel machen!

J. SLOVO: Es ist klar, daß etwas getan wird. Die organisierte Gewerkschaftsbewegung betrachtet es als eine ihrer Hauptaufgaben zu versuchen, die arbeitenden Menschen auf dem Land zu organisieren. Und dies wurde eine der entscheidendsten und wichtigsten Aufgaben nicht nur der Gewerkschaftsbewegung, sondern der Bewegung insgesamt; für die Befreiungskräfte, für die Wohngebietsorganisationen.

Wo immer Kontakte zu Menschen aus den ländlichen Gebieten bestehen, ist es unerlässlich, ihnen die Notwendigkeit solidarischen Handelns zu vermitteln und sie anzuregen, sich zusammenzuschließen. Es gilt zu verhindern, daß sie als der vielleicht am meisten ausgebeutete Teil unseres Volkes (gegen die Bewegung) benutzt werden.

Und es ist klar, daß wir auf keiner Ebene zulassen dürfen, daß das Regime, daß die Bosse die ländlichen Gebiete gegen die Städte ausspielen, und die Antwort heißt Organisation.

FRAGE: Glauben Sie, daß die Wohngebietsorganisationen eine Rolle im Kampf der Arbeiter spielen?

J. SLOVO: Der Kampf in Südafrika ist ein großes Mosaik und erfolgt nicht nur auf einer



COSATU-Präsident Elija Barayi und ANC-Repräsentantin Winnie Mandela – Demonstration der Zusammengehörigkeit von Gewerkschafts- und Befreiungsbewegung

Ebene.

Die Ereignisse zeigen, daß zwischen den Organisationen in den Fabriken und den Wohngebieten, zwischen Aktionen in den Fabriken und in den Wohngebieten eine absolute, untrennbare Verbindung besteht. Es ist auch klar, daß die Wohngebietsorganisationen mit dem Kampf der Arbeiter verknüpft sein müssen.

Denn was sind Wohngebietsorganisationen eigentlich? Sie sind die Arbeiter, die sich auf einer wieder anderen Ebene im Kampf befinden. Und in gewissem Sinn ist der Kampf in den Wohngebieten die Kehrseite der Medaille zum Kampf in den Fabriken.

Das ist so, weil der Kampf für den Mindestlohn vom Kampf gegen hohe Mieten, gegen hohe Buskosten, gegen hohe Preise, gegen die Art und Weise, wie wir regiert werden, ja, gegen das gesamte System der Unterdrückung und Apartheid nicht getrennt werden kann. Und deshalb ist die Verbindung zwischen diesen beiden Seiten, zwischen der Fabrik und der Township (Vorstadt; d. Red.), zwischen der

setzt wurden.

Dies gilt, solange die Fahne der Befreiungsbewegungen nicht auf den Gewerkschaftshäusern weht. Und daher wurde mit der Erklärung dieses Jahres zum Jahr des Voranschreitens der Volksmacht der Rahmen für jede Aktion abgesteckt, die die Arbeiter ergreifen.

FRAGE: Kann man sagen, daß der von den Bergarbeitern bezogene Standpunkt, die Kontrolle über die Bergbaugebiete zu übernehmen, falls die Diskriminierung nicht aufgegeben wird, eine Reaktion auf die Aufforderung ist, die Apartheid funktionsunfähig zu machen?

J. SLOVO: Dies ist ein weiteres Beispiel für die enorme Kreativität, die die Menschen selbst in ihrem Kampf gezeigt haben.

Es gab eine massive Zunahme an Initiative, an Kreativität. Das Volk entwickelt tagtäglich neue Taktiken. Man kann Beispiele aus vielen Bereichen anführen, darunter Sit-ins in Fabriken, die Schaffung von Verteidigungskomitees, die Schaffung von Amabutho (kleine Kampfeinheiten; d. Red.), die Einrichtung von Volkskomitees.

Im Bereich der Beziehungen zwischen Unternehmen und Arbeitern findet derselbe Prozeß statt. Die jüngste Entscheidung der Bergarbeitergewerkschaft, ihre Familien entgegen der von den Grubenbesitzern erlassenen Vorschriften in die Unterkünfte mitzunehmen, ist ein weiteres Beispiel für das, was ich meine.

Der Kampf endet nicht am Fabriktor

Und es gibt keinen Zweifel daran, daß das, was Sie in Ihrer Frage erwähnten, Teil des Prozesses ist, die Apartheid nicht nur unregierbar, sondern auch unrentabel zu machen.

Und die Apartheid ist vom Profit abhängig. Wenn man sie unrentabel macht, macht man die Apartheid unregierbar.

FRAGE: Auf welche Art und Weise können Ihrer Meinung nach die Arbeiter ihren Beitrag zu den gegenwärtigen Massenkämpfen in den Townships und Städten leisten?

J. SLOVO: Ich glaube, eines ist klar, und das ist, daß der Kampf nicht am Fabriktor endet. Wir alle, die Gewerkschaftsbewegung, der ANC, die Kommunistische Partei, wir alle sprechen davon, daß die Arbeiterklasse die dominierende Rolle spielt.

Es ist klar, daß die Arbeiter in der ersten Reihe stehen müssen, und zwar nicht nur in der Gewerkschaftsbewegung, sondern auf jeder Ebene, wo sie in der Mehrheit sind. Und das sind sie auf jeder Ebene unserer Gesellschaft. Sie müssen an der politischen Untergrundarbeit des ANC teilnehmen. Sie müssen sich an unserer Parteiorganisation beteiligen und sie stärken. Sie müssen in den Wohngebietsorganisationen mitarbeiten, sie führen und stärken. Sie müssen im Umkhonto we Sizwe mitarbeiten. Sie müssen in der Vereinigten Demokratischen Front mitarbeiten.

Und dies alles verweist darauf, daß der Kampf nicht bloß ein gewerkschaftlicher Kampf ist. Es müssen, auf welcher Ebene auch immer, die Arbeiter sein, die – aufgrund ihrer Verantwortung für die wirkliche Befreiung – die dominierende Rolle spielen müssen.

FRAGE: Die nationale Befreiungsbewegung und die demokratische Gewerkschaftsbewegung fordern größere Einheit beim Handeln, d.h. einen Gewerkschaftsdachverband in einem Land. Doch heute gibt es in Südafrika mehrere Gewerkschaftsverbände, zum Beispiel COSATU (Kongreß Südafrikanischer Gewerkschaften; d. Red.) und AZACTU (Azanische Gewerkschaftskonföderation; d. Red.). Bedeutet dies Ihrer Meinung nach eine Behinderung oder eine Schwächung des Kampfes der Arbeiter?

J. SLOVO: Nun, dies unterstreicht wieder das Argument, das ich bereits angeführt habe, nämlich daß die gesamte Zukunft unserer Revolution in überwiegendem Maße vom politischen Niveau und dem Organisationsgrad der Masse unserer arbeitenden Bevölkerung abhängt.

Eines der Schlüsselinstrumente organisierter Stärke ist eine vereinte und kämpferische Gewerkschaftsbewegung, die einer wirklichen nationalen Befreiung unbeugsam verpflichtet ist. Bekanntlich war die Gründung der COSATU ein bedeutender Schritt in diese Richtung. Die Entstehung von CUSA (Rat Südafrikanischer Gewerkschaften; d. Red.)-AZACTU, also eines konkurrierenden schwarzen Gewerkschaftsverbands, kann unserer Meinung nach hingegen nur die Feinde des Volkes freuen.

Es ist unsere Aufgabe, überall dort, wo wir uns aufhalten, dafür zu sorgen, daß die Losung „Ein Land, ein Gewerkschaftsverband“ in diesem Jahr Realität wird. Diese Botschaft muß verbreitet werden und unsere arbeitenden Menschen überall erreichen. Denn wir sind der Ansicht, daß es zwischen wahren Gewerkschaftsführern keine Meinungsverschiedenheiten geben kann, die groß genug sind, um eine Uneinigkeit der im Kampf gegen die Rassisten stehenden Kräfte auf diesem entscheidenden Sektor zu rechtfertigen.

Wir fordern nicht nur die Führer von CUSA-AZACTU auf, die möglicherweise eigene Interessen verfolgen, sondern auch die Tausenden von Arbeitern, die immer noch den mit diesen Organisationen verbundenen Gewerkschaften angehören und die nicht die gleichen Beweggründe haben wie einige der Führer, wir sagen ihnen: Sorgt dafür, daß diese Führer wieder zur Herde zurückkehren. Sorgt dafür, daß sie der COSATU beitreten. Sorgt dafür, daß sie die Losung „Ein Land, ein Gewerkschaftsverband“ Wirklichkeit werden lassen.

Sozialismus nicht aktuell

FRAGE: Es gibt einige Gewerkschaftsführer, die sagen, die Arbeiter müßten jetzt in den Kampf für den Sozialismus eingebunden werden. Was sagen Sie dazu?

J. SLOVO: Wir sehen keinen Konflikt zwischen dem Kampf für nationale Befreiung und für Sozialismus. Wir sind in der Tat der Meinung, daß der Sieg im Kampf für nationale Befreiung, mit dem die Volksmacht in Südafrika errichtet werden wird, daß ein einziges, demokratisches, auf der Freiheitscharta basierendes Land ein unverzichtbarer Schritt auf dem Weg zur Schaffung der Bedingungen zum Aufbau des Sozialismus darstellt.

Natürlich sind wir der Ansicht, daß die Arbeiter in dieser Phase politisch gebildet und ideologisch und organisatorisch vorbereitet werden müssen, damit sie nach dem Sieg als unabhängige Kraft eine entscheidende Rolle im Zusammenwirken der Klassenkräfte spielen können, die an die Macht kommen. Und dies wird als solches die Bedingungen für ein geordnetes Voranschreiten in Richtung auf eine sozialistische Gesellschaft schaffen.

Deshalb sehen wir auch keinen Konflikt zwischen beidem. Vielmehr sehen wir das eine als absolut unverzichtbaren Schritt auf dem Weg zur Erreichung des anderen an. Diejenigen, die den Kampf einengen wollen, diejenigen, die die gegen das Regime zu mobilisierenden Kräfte auf diejenigen beschränken wollen, die bereit sind, das klassische Sozialismuskonzept zu akzeptieren, schaden nicht nur dem nationalen Befreiungskampf, sondern auch den Aussichten, später einmal eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen.

(Quelle: BBC Monitoring Report (Radio Freedom), 10.8.1987, in: ANC News Briefing, London, Nr. 32, 17.8.1987, S. 2-4)

Namibia

Petra Sittig Kahlschlag gegen Opponenten



Polizeieinsatz gegen Demonstranten in Windhuk

Die interne Führung der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) sowie mehrere führende Gewerkschafter wurden in der Nacht vom 18. auf den 19. August d.J. in Namibia verhaftet. Dies tat die südafrikanische Sicherheitspolizei¹ unter Berufung auf § 6 des Terrorismusgesetzes, welches Festnahmen auf unbestimmte Zeit und an unbekanntem Ort aufgrund eines bloßen Verdachtes erlaubt.

Festgenommen wurden Hendrik Witbooi, Vizepräsident der SWAPO, Daniel Tjongarero, stellvertretender nationaler Vorsitzender der SWAPO, Nico Besinger, Kosekretär für auswärtige Beziehungen der SWAPO, John Pandeni, Generalsekretär der Namibischen Nahrungsmittelgewerkschaft (NAFAU) und Anton Lubowski, Rechtsanwalt, Schatzmeister des Gewerkschaftsdachverbandes Nationale Union Namibischer Arbeiter (NUNW)². Zusätzlich zu diesen Festnahmen wurden in derselben Nacht Büros der Namibischen Nationalen Studentenorganisation (NANSO) und des Gewerkschaftsdachverbandes NUNW in Windhuk sowie verschiedene Häuser von SWAPO-Mitgliedern durchsucht.³

Ferner wurde am Abend des 26. August d.J. Ben Ulenga, der Generalsekretär der Gewerkschaft der Minenarbeiter von Namibia (MUN), die dem Gewerkschaftsdachverband NUNW angeschlossen ist, auf dem Flughafen von Windhuk festgenommen. Dies, obgleich noch am Vortag Polizeinspektor Tubby Kaaijk geäußert hatte, daß auch Ulenga verhaftet werden würde.⁴

Ulenga hatte im Ausland für die NUNW

geworben. Er war erst 1984 nach achtjähriger Haft auf Robben Island entlassen worden. Vor seiner jetzigen Festnahme sagte er: „Es gibt keinerlei Rechtfertigung für meine Verhaftung, denn ich habe kein Verbrechen begangen.“⁵

Dieser Ansicht schloß sich am 11. September d.J. auch der Oberste Gerichtshof in Windhuk an. Er erklärte die Verhaftungen für „unrechtmäßig“ und ordnete die Freilassung der sechs Verhafteten aus dem berichtigten Gefangenengänger Osire an.

„Dieser gerichtliche Erfolg“, so die SWAPO in einer Pressemitteilung vom 11. September d.J., „ist vor dem Hintergrund massiver internationaler Proteste und Solidaritätskundgebungen von Regierungen, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und vielen internationalen und nationalen Organisationen, Solidaritätsgruppen und Einzelpersonen errungen worden.“

Streik in den Erzminen

Die Verhaftungswelle begann allerdings nicht erst mit der Verhaftung der SWAPO-Führung, sondern schon Anfang Juli d.J., als 21 Mitglieder der SWAPO-Jugend verhaftet wurden.⁶ Dies geschah im Zusammenhang mit einer Kundgebung der SWAPO-Jugendliga auf dem Sportplatz in Katutura am 5. Juli d.J. Die Verhaftungswelle in Namibia, so wird gemutmaßt⁷, hat offenbar zu tun mit dem Namibia-Tag, der von der SWAPO jeweils am 26. August gefeiert wird. Dieser Tag ist der Jahrestag (1987

der 21. Jahrestag) der Aufnahme des bewaffneten Kampfes gegen die Besatzungstruppen Südafrikas.

„Am 26. August 1966“, so die Rückschau der SWAPO, „griffen die erschrockenen Kader des militärischen Flügels der SWAPO zu den Waffen und griffen die feindlichen Besatzungstruppen in Ongulumbashe im Nordwesten Namibias an.“⁸

Der Namibia-Tag ist ein „nationaler Feiertag“, an dem es in ganz Namibia zu politischen Mobilisierungen kommt. Diese sind von der Besatzungsmacht unerwünscht.

Weiterhin stehen die Verhaftungen im Zusammenhang mit dem durchgeführten Streik in den Erzminen von Tsumeb,⁹ Kombat und Otjibase (s.u.), wohingegen sich die offizielle Erklärung des Generalmajors J.G. Myburgh auf eine Bombenexplosion im Parkhaus des Windhuker Gustav-Voigt-Zentrums am 16. Juli d.J. bezog. Diesen Verdacht wies der Anwalt der SWAPO-Politiker, Hosea Angula, energisch zurück.¹⁰

Der Streik in den Erzminen von Tsumeb, Kombat und Otjibase begann am 23. Juli d.J. und dauerte vier Wochen. Es beteiligten sich daran 4.600 Arbeiter.

Die Gewerkschaft der Minenarbeiter in Namibia (MUN) hatte eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 45 Stunden, Entschädigungen bei Unfällen, Maßnahmen zur Sicherheit am Arbeitsplatz, bessere Wohnbedingungen und vor allem eine Lohnerhöhung um 120% gefordert. Die Tsumeb Corporation (TCL) ließ jedoch den Streik für illegal erklären, da die Arbeiter eine gesetzlich vorgeschriebene Frist von 21 Tagen vor Streikbeginn, in der ein Vermittlungsausschuß tagen soll, nicht beachtet hatten.¹¹ Nach Ablauf eines Ultimatums an die Arbeiter, wieder ihre Arbeit aufzunehmen, entließ die TCL die Streikenden.

Der Streik der MUN wurde von einem

Verhafteter MUN-Gewerkschaftsführer Ben Ulenga



„Arbeiter, vorwärts zu einem Programm für den Sozialismus“ heißt es auf diesem Transparent auf einer gewerkschaftlichen Kundgebung

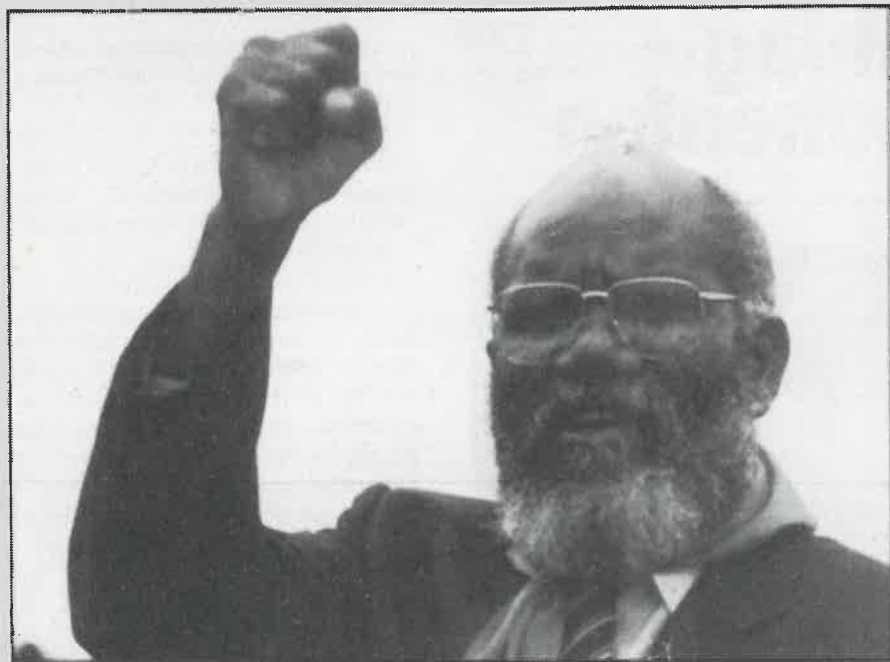
Gewerkschaftsorganisation und den Bürgerinitiativen absolut untrennbar.

FRAGE: Der ANC hat das Jahr 1987 zum Jahr des Voranschreitens der Volksmacht erklärt (siehe O. Tambo in: AIB 3/1987, S. 4-7; d. Red.). Was bedeutet das für die Arbeiterklasse?

J. SLOVO: Nun, es gibt den Arbeitern, wie übrigens allen Schichten unserer unterdrückten Gesellschaft, den Rahmen vor, innerhalb dessen all ihre Aktionen, sei es in der Fabrik oder auf Wohngebietsebene, stattfinden müssen.

Da ich glaube, daß es völlig klar ist, braucht man diese Sache nicht näher auszuführen. Es kann keine langfristige Lösung der Probleme geben, mit denen sich die Arbeiter, sei es in der Fabrik oder zu Hause konfrontiert sehen, sofern die Apartheid nicht zerschlagen ist, sofern die Ziele der Freiheitscharta nicht durchge-

Interview mit Toivo ya Toivo Unabhängig noch vor dem Ende der Apartheid!



Vor knapp drei Jahren wurde Herman Toivo ya Toivo, der 16 Jahre vom südafrikanischen Apartheidregime inhaftiert worden war, aus dem berüchtigten Gefängnis von Robben Island freigelassen. Heute agiert der 63jährige Toivo, einer der Gründer der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), als deren Generalsekretär. Während eines kürzlichen USA-Aufenthaltes befragte ihn in New York Newsweek-Korrespondent Terry E. Johnson.

FRAGE: Welche Art von Gesellschaft streben Sie in einem unabhängigen Namibia an?

H.T. JA TOIVO: Wir kämpfen jetzt um die politische Macht. Wenn wir die einmal erlangt haben, werden wir anfangen, Namibias Wirtschaft anzukurbeln.

Das wird ein schwieriger Kampf sein, denn unsere Wirtschaft ist mit der Südafrikas verflochten. Während seiner Herrschaft hat Südafrika nichts für die Verbesserung unserer Ökonomie getan. Unsere zukünftige Wirtschaft wird in Richtung Sozialismus in Gang gebracht werden.

Wir werden dafür sorgen, daß der natürliche Reichtum unseres Landes für das Wohlergehen des namibischen Volkes verwendet wird.

FRAGE: Wird Namibias Unabhängigkeit Ihrer Ansicht nach vor oder nach der Durchsetzung der Mehrheitsregierung in Südafrika erfolgen?

H.T. JA TOIVO: Soweit ich es beurteilen kann, wird Namibias Unabhängigkeit vor der Zerstörung der Apartheid in Südafrika erfolgen. Bis zur Mehrheitsherrschaft in Südafrika steht aber noch ein langer Weg bevor.

Die Kämpfe in Namibia und innerhalb Südafrikas ergänzen sich. Was wir in Namibia tun, wird die Demokratie in Südafrika beschleunigen. Wenn Südafrika seine Mehrheitsregierung erhält, werden wir automatisch unabhängig werden.

Wenn die Regierenden in Südafrika erst einmal den Druck spüren, der auf sie durch den Krieg in Namibia und jenen innerhalb Südafrikas ausgeübt wird, werden sie von Nami-

bia ablassen, ihre Truppen abziehen und sie nach Hause schicken müssen, um ihre dortigen Interessen zu verteidigen.

FRAGE: Wie ist Ihre Einschätzung der gegenwärtigen militärischen Lage in Namibia?

H.T. JA TOIVO: Die südafrikanischen Streitkräfte erhöhen den Druck auf die SWAPO und die ganze namibische Bevölkerung.

Frauen und Kinder sind getötet, Eigentum ist zerstört worden. Die Zerstörung ist wahllos. Folter und Prügel gehören zur Routine. Die Südafrikaner haben sich auch eine neue Taktik einfallen lassen: In der Nacht walzen sie mit ihren Casspir-Militärfahrzeugen die Häuser unserer Leute nieder. Viele unserer Leute sind überfahren und getötet worden. Sie sperren auch Kinder ein, und sie benutzen sie dazu, ihre eigenen Eltern auszuspionieren.

Südafrika zerstört wahllos

Das sind die Methoden, die die Südafrikaner anwenden, um das namibische Volk in die Knie zu zwingen, aber wir sind überzeugt, daß alle ihre Versuche zum Scheitern verurteilt sind. Diese Taktiken sind die letzten Hufschläge eines sterbenden Pferdes. Ganz gleich was geschieht, wir sind zuversichtlich, daß wir, das namibische Volk, unser Mutterland befreien werden, wie lange es auch dauern wird.

FRAGE: Welche Taktiken benutzen die SWAPO-Kämpfer in ihrem Kampf gegen die mächtige südafrikanische Militärmaschine?

H.T. JA TOIVO: Eine Vielzahl von Taktiken, sowohl politischer als auch militärischer Art.

Am 16. Juli explodierte eine gewaltige Bombe in der Nähe des Kala Hari Sand Hotels in Windhuk. Die Bombe explodierte in einer Garage, wo südafrikanische Militärfahrzeuge geparkt sind und außerdem in der Nähe der militärischen Hauptquartiere.

Viele Militärfahrzeuge wurden zerstört. Das war das Werk der SWAPO.

FRAGE: Gegenwärtig läßt Südafrika seine Verteidigungskräfte und Südwestafrikanische Territorialstreitkräfte, die beide gemischtrassige Einheiten sind, überall in Namibia aufmarschieren. Sind irgendwelche schwarzen Soldaten zur SWAPO übergelaufen?

H.T. JA TOIVO: Meines Wissens ist die Zahl der Soldaten, die von den südafrikanischen Streitkräften abgefallen sind, nicht sehr groß. Die meisten Leute, die auf der südafrikanischen Seite kämpfen, sind Söldner und irreguläre Namibier, die daran interessiert sind, sich an Blutgeld zu bereichern, indem sie ihre eigenen Brüder und Schwestern verraten. Das sind die Leute auf der südafrikanischen Seite.

FRAGE: Die Reagan-Administration hat die Unabhängigkeit Namibias mit dem Abzug der kubanischen Truppen in Angola verknüpft („Linkage“). Sind Sie der Meinung, daß diese beiden Punkte miteinander in Verbindung gebracht werden sollten?

H.T. JA TOIVO: Die Reagan-Administration hat versucht, hieraus eine Ost-West-Angelegenheit zu machen. Ja, wir erhalten Unterstützung aus sozialistischen Ländern und auch aus nichtsozialistischen Ländern.

Die namibische Frage ist eine internationale Frage und alle Mitglieder der Vereinten Nationen spielen darin eine Rolle. Sobald freie und gerechte Wahlen unter der Aufsicht und Kontrolle der Vereinten Nationen organisiert werden, ist das namibische Volk als freie Nation an der Reihe zu entscheiden, was es will und wie es das bekommen wird.

Nichts Neues von Crocker

Hinsichtlich der kubanischen Truppen möchte ich sagen, daß diese auf Wunsch der angolanischen Regierung eines souveränen Staates, in Angola sind. Sie halten sich dort wegen der Gefahr einer Invasion Südafrikas auf.

FRAGE: Führt die SWAPO mit der Reagan-Administration Gespräche, in welchen sie sich um Unterstützung aus den USA bemüht?

H.T. JA TOIVO: Nein, absolut keine. 1985 traf ich Chester A. Crocker (stellvertretender Staatssekretär für afrikanische Angelegenheiten) in Washington. Er hatte wirklich nichts zu sagen außer dem „Linkage“-Gerede.

Während der letzten Jahre ging er in Südafrika ein und aus und traf sich mit Staatsoberhäuptern. Nach jeder Reise erzählt er der Welt, daß Fortschritte gemacht worden seien. Welche Fortschritte? Wir glauben nicht an Worte, wir glauben an Taten.

Letztlich wird Namibias Unabhängigkeit nicht von der amerikanischen Administration abhängig sein. Der namibische Kampf ist und wird vom namibischen Volk selbst durchgeführt werden. (Aber) der Druck, der von der internationalen Öffentlichkeit ausgeübt wird, spielt eine bedeutende Rolle.

Wir sind auch der Meinung, daß – wenn eine andere, uns freundschaftlicher gesonnene Regierung in den USA an die Macht kommen sollte – dies die Unabhängigkeit Namibias beschleunigen dürfte.

(Quelle: Newsweek, New York, 24.8.1987, S. 52)



Sympathiekundgebung für die SWAPO in Windhuk

Kaufboykott gegenüber Geschäften von Weißen in Tsumeb unterstützt, der ebenfalls von den Minenarbeitern organisiert worden war. Tatsächlich hatten die weißen Geschäfte „keine Kunden mehr“¹².

Der Kaufboykott sollte niedrige Preise durchsetzen und den Widerstand gegen die südafrikanische Besatzung bekunden. Trotz der Unterstützung durch den Kaufboykott und der hohen Streikbeteiligung schlug der Arbeitsstreik bei TCL jedoch weitgehendst fehl.

Von den entlassenen Arbeitern wurden ca. 1.000 mit neuen Arbeitsverträgen wieder eingestellt. Zu vermuten ist, daß bei diesen Einstellungen eine Auslese getroffen worden ist und aktive Gewerkschafter kaltgestellt wurden.

Ein derartiges Vorgehen der Konzernleitung mußte zur Nichtdurchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen führen, das die wieder eingestellten Arbeiter mit neuen Verträgen nicht an die Forderungen des Streiks für bessere Arbeits- und Tarifbedingungen anknüpfen konnten. Sowohl die Verhaftungen der führenden Gewerkschafter als auch die Entlassungen der Arbeiter deuten auf eine beabsichtigte Zerschlagung der sich neu etablierenden (siehe AIB-Interview mit Ben Ulunga, Barnabas Tjizun, Anton Lubowski, Gewerkschaften im Aufwind, in: AIB 6/1987) Gewerkschaftsbewegung in Namibia hin. Eine starke Gewerkschaftsbewegung in Namibia ist unerwünscht.

Es darf angenommen werden, daß sich das „Beispiel Südafrika“, wo eine inzwischen starke gewerkschaftliche Bewegung die Konzerne zu Zugeständnissen zwingen kann, in Namibia nicht wiederholen soll.

Positiv zu bewerten sind die internationalen Proteste z.B. von Seiten der UNO und der EG, von Parteien, kirchlichen Kräften und Gewerkschaftsvertretern in der BRD.

Die Bundesregierung gab auf Drängen von Außenminister Hans-Dietrich Genscher gegenüber dem südafrikanischen Botschafter in Bonn, Willem Rudolph Retief, eine Erklärung ab, die auch der Regierung in Pretoria übermittelt wurde. Darin heißt es, „die Bundesregierung habe mit großer Besorgnis von den Maßnahmen der Behörden in Namibia gegen führende SWAPO-Politiker, gegen Gewerkschafter und gegen die Kirche Kenntnis genommen.“ Diese Maßnahmen gefährdeten die internationalen Bemühungen um eine Implementierung (Erfüllung; d. Red.) der Sicherheitsresolution 435, die zur Unabhängigkeit Namibias führen soll und in der der SWAPO eine besondere Rolle zugewiesen worden sei.“¹³

Diese besondere Rolle der SWAPO ist allerdings exakt das Problem der südafrikanischen Regierung und ihrer Marionetten in Windhuk.

Die SWAPO als Vorkämpferin gegen Apartheid fordert ein unabhängiges Namibia. Dieses realisiert, würde aber sowohl für Südafrika als auch für andere kapitalistische Industriestaaten sowie für eine Unzahl von Konzernen hohe wirtschaftliche Verluste beinhalten.

„Südafrika will nämlich Namibia, die letzte Kolonie Afrikas, nicht ernsthaft in die Unabhängigkeit entlassen.“¹⁴ So Hendrik Witbooi noch vor seiner Verhaftung. Eine erstarkende SWAPO mußte daher auch verstärkte Repressalien hervorrufen.

Anmerkungen:

- 1) Namibia Communications Center, London, Telex 8950511, London, 19.8.1987
- 2) Vgl. ebd.
- 3) Ebd.
- 4) Unsere Zeit, 29.8.1987
- 5) Frankfurter Rundschau (FR), 29.8.1987
- 6) SWAPO of Namibia, Nachrichten-Rundbrief, Juli 1987
- 7) Die GRÜNEN im Bundestag, Pressemitteilung Nr. 727, 19.8.1987
- 8) SWAPO of Namibia, SWAPO-Erklärung zum 21. Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Befreiungskampfes in Namibia, 26.8.1987
- 9) FR, 21.8.1987
- 10) Vgl. ebd.
- 11) Ebd.
- 12) SWAPO of Namibia, Nachrichten-Rundbrief von Juli 1987
- 13) Süddeutsche Zeitung, 21.8.1987
- 14) FR, 10.8.1987

NAMIBIA	DIN A 2 Querformat Siebdruck	Kalender 1988
	DM 24.80	
	Bestellungen an:	
	World University Service	
	Deutsches Komitee e.V.	
	Goebenstr. 35 62 Wiesbaden Telefon 06121 / 4 55 25	
	ISBN 3-92 28 45-01-0	



Angehörige der Ermordeten von Kwangju stechen auf Strohuppen ein, die die Herrschenden darstellen

Rainer Werning Die Sprache nicht verloren Reportagen aus Südkorea (II)

„Im Justizpalast fliegen die Vögel,
und die Justizsiegel sind moosbewach-
sen.

Da der Bürgermeister sehr sauber regiert,
kommt es zu keinem Prozeß.

Das beste Urteil ist schlimmer noch als
kein Prozeß”,

zitiert der Dichter Moon Byeong-nan ein
Gedicht aus der Spätzeit der Yi-Dynastie
(1392-1910).

Hierin widerspiegelte sich die neokon-
fuzianische Auffassung über Moralität
und Legalität. Die alten Könige lenkten
die Geschicke mit moralisch-ethischen
Prinzipien. Erst die späteren Generatio-
nen kontrollierten die Welt mit Gesetzen
und Dekreten.

Die Hoffnung auf eine weltliche Ord-
nung ohne Gerichtsverfahren besang das
obige Gedicht.

„Auf makabere Weise”, erläutert Herr
Moon, „machte sich das Chun-Regime
gerade in Kwangju keine Mühe mit Ge-
richtsverfahren und Urteilen. Stattdes-
sen machte es hier kurzen Prozeß und
demonstrierte, daß es weder moralisch
noch legitim ist.

Sie hätten die Szenen im Mai, anlässlich
des 7. Jahrestages des Massakers miter-
leben müssen, um zu begreifen, wie tief
noch immer die offenen Wunden sind:
Mütter und Angehörige der Erschos-
senen und Erschlagenen legten auf den
Gräbern frische Blumen nieder. Ihr Wei-
nen trankte eine Wut, die sie befähigte,
mit Messern aufgestellte Strohuppen
der Machthaber zu traktieren.

Das Han, das zur Selbstüberwindung
drängende Leiden, schien den Toten
neues Leben einzuhauchen. Für die Herr-
schenden war selbst ein Friedhof gefähr-
lich geworden; gewaltsam hinderten sie
Leute daran, sich ihm zu nähern. Es gab
Festnahmen. Der Wagen eines Polizei-
spitzels wurde von der empörten Menge
in Brand gesteckt.”

„Die Juni-Demonstrationen in sämt-
lichen größeren Städten zeigten — Kwan-
gju ist überall, die Geographie eines
Leids, das überwunden sein will. Auf
dem Friedhof von Kwangju finden sie
u.a. das Grab You Donguns, eines ehe-
maligen Theologiestudenten an der
Hanshin Universität in Seoul.

Begegnung in Kwangju

Die Grabaufschrift trägt seine letzten
Worte, die er dem besorgten Vater zuge-
rufen hatte: 'Wir sind jetzt aufgerufen,
eine neue Geschichte zu machen.' Packende
Worte, die Europäern viel-
leicht zu pathetisch anmuten. Aber es ist
die Sprache unseres Minjung.”

Die Sprache, genauer die Literatur, ist
Moons eigentliches Werkzeug. Offiziell
schlug man es ihm schon vor Jahren aus
der Hand, als er, Assistenzprofessor für
Koreanische Literatur an Kwangjus
Choson Universität, von der Hochschule
relegiert wurde.

„Durch die Auseinandersetzung mit un-
serer Literatur, vor allem den Volksge-

chten”, erinnert er sich, „wurde ich
politisiert. Deren Inhalte — Erzählungen
von Unterdrückung und Leid — hatten
sich in der Geschichte nicht gewandelt.
Nur die Ausdrucksformen, die von schel-
misch-listiger Heiterkeit bis hin zur hor-
chenden Melancholie reichten, waren im
Laufe der Zeit andere geworden.”

„Als Chuns diktatorischer Vorgänger
Park Chung Hee zu Beginn der 70er
Jahre das Kriegsrecht ausrief und sich
mit seiner sog. „Yushin”(Erneuerungs)-
Verfassung anschickte, soziale Unter-
drückung und politischen Protest ein-
zubetonieren, zwang uns das, Farbe und
Sprache zu bekennen.

Was tun? Uns verängstigt in den Nischen
der Gesellschaft zusammenkauern?
Aufblicken zu den Machtkuppeln der
Militärs, ihnen zu schmeicheln und ihre
Taten durch unsere Worte zu rechtferti-
gen? Oder hätte man gar Diplomat wer-
den, seine Sprache verlieren und sich die
Rede vergolden lassen sollen? ”

Für sich zog Herr Moon, dessen Bücher
nach wie vor verboten sind, die Konse-
quenz und schloß sich u.a. dem in den
70er Jahren gegründeten Rat für die
Praxis der freien Literatur an. In ihm
haben sich Schriftsteller zusammenge-
funden, die sich für die Wiederherstel-
lung der Menschenrechte einsetzen, das
Leben der Arbeiter, Bauern und städti-
schen Armen porträtieren und damit
deren Realität und Bestrebungen in den
weitergehenden Kampf gegen Imperialis-
mus und die Überwindung der erzwun-
genen Teilung des Landes einbeziehen.
Getreu dem Bekenntnis des Rates, daß
Literatur in die Politik hineinwirken
muß und in diesem Sinne Partei für das
Minjung ergreift, kommt Herr Moon auf
die Gegenwartsprobleme zu sprechen.

„Wir sind heute Zeugen eines tragiko-
mischen Ränkespiels unter den Herr-
schenden”, hebt er hervor, „gleichzeitig
aber haben wir nach langer Zeit die
Chance einer demokratischen Umgestal-
tung der Gesellschaft. Dennoch bin ich
persönlich skeptisch.

Die parlamentarische Opposition ist zu
sehr personenfixiert. Für das Minjung ist
weniger von Interesse, wer von den bei-
den Führern, Kim Young Sam oder Kim
Dae Jung, sich besser in Szene setzt. Es
geht doch um programmatische Alter-
nativen zum Regime, um neue politi-
sche, soziale und wirtschaftliche Inhalte.
Da hat die Opposition einen Nachhol-
bedarf, bedenkt man, daß vor allem Kim
Young Sam sehr US-freundlich einge-
stellt ist und bislang kein wirtschaftspoli-
tisches Konzept vorlegte, das der Bin-
nenmarktorientierung Rechnung trägt.
Das erleichtert es dem Regime, einen
Keil in die Reihen der parlamentarischen
Opposition zu treiben, wobei Kim Dae
Jung als 'kommunistenfreundlich', da-
mit als politisch unkalkulierbares Risiko

abgestempelt wird.”

„In der außerparlamentarischen Opposi-
tion gibt es hingegen noch immer nicht
überwundene Tendenzen des Maximalis-
mus — will sagen, daß einige die Illusion
schüren, die drei Grundübel unserer Ge-
sellschaft, Militärdiktatur, ausländische
Kontrolle und die nationale Entzweiung,
ließen sich in einem Handstreich aus der
Welt schaffen. Sämtliche Oppositions-
gruppen müssen die Bedeutung der ak-
tuellen Hauptaufgabe erkennen — die
Wiederherstellung der Demokratie.
Dafür gilt es, die gemeinsamen Kräfte zu
vereinen.

Eine solche Position ist mehrheitsfähig.
Ein Alles-oder-Nichts birgt die Gefahr in
sich, dem Regime mit seinem bewährten
Teile-und-herrsche-Prinzip die Initiative
zu überlassen.

Was schließlich die Olympischen Spiele
betrifft, so glaube ich, daß die Herr-
schenden und der 'freie Westen' sie auf
jeden Fall nutzen möchten, um Nord-
korea auf Dauer zu isolieren.”

Mai 1980. Die Spuren des Kwangju-
Massakers waren kaum verwischt, als
Präsident Chun einen „massiven Verstoß
gegen die nationale Sicherheit” witterte.
134 Intellektuelle des Landes hatten zur
Feder gegriffen und eine „Deklaration
für Menschenrechte und Demokratie”
veröffentlicht. Für dieses „Kapitalver-
brechen” wanderte auch Imm Chai
Kyung hinter Schloß und Riegel. Fünf
Monate lang blieb er mit zahlreichen an-
deren Journalisten inhaftiert.

„Das war”, sagte der einstige Leitartikler
und politische Kommentator großer
Seouler Tageszeitungen verbittert, „die
zweite große Verhaftungswelle, die
hauptsächlich uns betraf. Landesweit
wurden mehrere hundert Journalisten
gefeuert. Einige mußten ins Gefängnis.

1975 waren bereits 200 Journalisten
mundtot gemacht und auf die Straße
gesetzt worden.”

„Spätestens seit 1980 existieren bei uns
nur noch Zeitungen. Es gibt aber keine
Presse mehr; die Medien zeichnet fortan
eine Stromlinienförmigkeit aus.

Gefragt war ein zwischen Langeweile
und Jubel pendelnder Verlautbarungs-
journalismus. Die Kollegen in Arbeit und
Lohn wurden nach und nach zu Cla-
queurs degradiert.”

Ironisch fügt Herr Imm hinzu: „Natür-
lich bestehen in der Medienlandschaft
Unterschiede — sie indes betreffen den
Grad der Loyalität gegenüber dem Re-
gime.”

Bis heute hätte sich daran wahrschein-
lich wenig geändert, gäbe es nicht „Mal”.
Gut und gerne könnten diese drei Buch-
staben als Initialen für Mut, Ausdauer
und List stehen.

Stachel der Kritik

„Mal”, ins Deutsche übersetzt „Das
Wort”, zählt trotz seiner Auflagen-
schwäche — 20.000 gedruckte Exem-
plare — zu den wichtigsten Informations-
quellen im Lande. Im Dezember 1984,
wenige Wochen vor den letzten Wahlen
zur Nationalversammlung, hatten sich
über 200 Journalisten, die geschäft wor-
den waren und sich jahrelang durch Ge-
legenheitsjobs über Wasser gehalten hat-
ten, im Rat für eine demokratische Pres-
sebewegung (CDPM) zusammenge-
schlossen.

Trotz erzwungener Illegalität bestand
der CDPM darauf, gegen den Strich zu
bürsten, das Informationsmonopol der
zur Konformität verdamnten Zeitungen
etwas aufzuweichen. Im Frühjahr 1985

erschien die erste Ausgabe der von ihm
herausgegebenen „Mal” mit zwei
Schwerpunkthemen — Korruptions-
affären innerhalb der Regierung und eine
Debatte über die Perspektiven der Wie-
dervereinigung.

„Von Anfang an”, sagt Imm, heute im
engeren CDPM-Vorstand aktiv, „verfü-
gen wir über einen ausgezeichneten Mit-
arbeiterstab — allesamt politisierte und
professionelle Journalisten. Zwei
Schuhe drückten uns; mit brutaler Regel-
mäßigkeit wurde unsere Zeitung von der
Polizei beschlagnahmt, was die ständige
Finanznot vergrößerte.

Beharrlichkeit und sorgfältig recher-
chierte Beiträge über 'heiße Eisen' mach-
ten uns interessant und verschafften uns
Glaubwürdigkeit unter einer ständig
wachsenden Leserschaft. Leute aus allen
gesellschaftlichen Schichten unterstütz-
ten uns moralisch und finanziell, durch
Spenden und Abonnements. Das er-
laubte uns Nachdrucke bereits konfis-
zierter 'Mal'-Ausgaben.”

„Trotz des seit Sommer 1980 bestehen-
den 'Programms zur Reinhaltung der
Presse', mit dem das Regime u.a. Zeitun-
gen dichtmachte, die Entsendung von
Regionalkorrespondenten nur der quasi-
staatlichen Nachrichtenagentur 'Yon-
hap' gestattete und den beiden gegängel-
ten Fernseh- und Rundfunkstationen
KBS und MBC lukrative Werbespots zu-
schanzte, gelang es uns, immer wieder
den Stachel der Kritik anzusetzen.”

Stolz fügt Herr Imm hinzu: „Unser Hit
war zweifellos die Veröffentlichung der
täglichen vom Informationsministerium
herausgegebenen sog. Presserichtlinien
im Herbst 1986. Durch sie ließ sich das
alltägliche Maßregeln und Bevormunden
der Regierung in all ihren Verästelungen
nachzeichnen. Den Präsidenten galt es
demnach stets vorteilhaft ins Bild zu
setzen. Über Aktionen der Opposition
durfte entweder gar nicht oder nur als
'vom Norden gesteuertes Agententum'
berichtet werden.”

„Unsere Veröffentlichung verunsicherte
die Machthaber so sehr, daß unser Gene-
ralsekretär und einstiger Präsident der
Koreanischen Journalisten-Vereinigung,
Kim Tae Hong, sowie zwei weitere Kol-
legen, Kim Joo Eun und Shin Hong Bom,
eingesperrt und gefoltert wurden. Mit-
unter zwang man sie, drei Tage und drei
Nächte lang wach zu bleiben.
Wieder einmal zieh man sie des Ver-
stoßes gegen das 'Nationale Sicherheits-
Gesetz'. Nur dem Druck der Straße ist es
zu verdanken, daß sie im Juni d.J. —
verurteilt zwar — erst einmal auf Bewäh-
rung freigelassen werden mußten.”

Wie er Roh Tae Woos „8-Punkte-Erklä-
rung” und die künftige Arbeit des CDPM
einschätze, frage ich.

„Es gab kein 'politisches Wunder', wie
das US-Magazin 'Newsweek' in seiner

Studenten- und Arbeiterdemonstration in der südlichen Hafenstadt Pusan



Arbeiter fordern ihr Recht



Streikende Arbeiter bei Daewoo

Als am 29. Juni d.J. die Militärdiktatur Chun den Massenprotesten nachgab und die meisten Demokratisierungsforderungen der bürgerlichen Opposition akzeptierte, konnten auch die „Chaebol“, d.h. die südkoreanischen Großunternehmer, aufatmen. Eine Demokratisierung der Wirtschaft und soziale Verbesserungen für die Arbeiter waren nicht vorgesehen.

Auch einem möglichen Wahlsieg der oppositionellen Demokratischen Wiedervereinigungspartei (RDP) von Kim Young Sam und Kim Dae Jung bei der Präsidentenwahl am 20. Dezember 1987 sehen die Unternehmer mit Gelassenheit entgegen. „Bei einem politischen Machtwechsel“, so die Neue Zürcher Zeitung vom 4./5. Juli 1987, „wäre kaum mit einer grundlegenden Kursänderung in der Wirtschaftspolitik zu rechnen.“

Streiks ohne Gewerkschaften

Doch die „Chaebol“ hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht, wie sich bald zeigen sollte.

An der Demokratisierungsbewegung hatten aus sehr naheliegenden Gründen nur wenige Arbeiter teilgenommen. „Wenn wir an Kundgebungen teilnehmen, gehen wir größere Risiken als die Studenten ein“, erklärte ein Arbeiter aus dem Seouler Vorort Yong-dung-Po. „Einerseits, wenn man verhaftet wird, schlägt die Polizei härter zu... Andererseits kann man sicher sein, in den nächsten Stunden entlassen zu werden.“

Dies wiederum bedeutet, auf eine schwarze Liste beim Arbeitsministerium gesetzt zu werden. Ein Anruf des Unternehmers, bei dem sich der Entlassene um eine neue Stelle bewirbt, genügt, um zu erfahren, ob der Bewerber politisch oder gewerkschaftlich tätig war. Von den Demonstrationen wurden die Arbeiter aber auch mit einfacheren Mitteln, etwa durch die Verlängerung der Arbeitszeit abgehalten.

Nachdem aber am 29. Juni d.J. demokratische Reformen erkämpft waren, nutzten die Arbeiter die so entstandenen Freiräume, um ihre eigenen Forderungen durchzusetzen. Trotz des Fehlens von Gewerkschaften breitete sich eine Welle meist unkoordinierter Arbeitskämpfe über das ganze Land aus. Anfang August d.J. befanden sich bereits durchschnittlich 100 Betriebe im Streik,

Mitte August waren es 300 und Anfang September fast 800. Vom 29. Juni bis 6. September waren insgesamt 3.200 Betriebe bestreikt worden, gegenüber 174 in der gesamten ersten Jahreshälfte.

Betroffen waren die meisten Gebiete der südkoreanischen Wirtschaft (Schiff- und Kraftfahrzeugbau, Chemie, Elektronik, Bergbau und Transport) und darunter vor allem die „Chaebols“ Hyundai und Daewoo (Mischkonzerne mit Schwerpunkt bei Schiffbau und Automobil), Lucky Goldstar und Samsung (beide Elektronik).

Die Forderungen der Arbeiter gleichen sich in den meisten Fällen: Zulassung unabhängiger Gewerkschaften, Lohnerhöhungen und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die Forderungen nach unabhängigen Gewerkschaften steht im Vordergrund, da bisher eine Gegenmacht, um den Unternehmern soziale Forderungen abzurufen, fast gänzlich fehlt.

Zwar sind von ca. 9 Mio Arbeitern 830.000 in der Föderation Koreanischer Gewerkschaften (FKTU) organisiert, doch ist dieser Verband vollständig der Regierung ergeben. Gewerkschaften dürfen nur auf Betriebsebene (mit Zustimmung von FKTU und Regierung) gegründet werden. Zusammenschlüsse nach dem Prinzip der Industriergewerkschaft sind ebenso untersagt wie politische Betätigung. Bei Streikabsicht müssen wiederum die Behörden um Erlaubnis gefragt werden.

Unabhängige Gewerkschaften, oft mit Hilfe von christlichen Gruppen wie der Städtischen Industriemission (UIM) geschaffen, wirken meist im Untergrund. Erst im November 1986 wurde erneut eine Reihe von ihnen verboten.

Dies macht es möglich, „daß es in vielen koreanischen Unternehmen“, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 7.9.1987 schreibt, „auch heute noch kaum vorstellbare frühkapitalistische Verhältnisse gibt.“ Was die Arbeitsbedingungen und Entlohnung angeht, ist Südkorea in der Tat rekordverdächtig. Obwohl gesetzlich eine Arbeitszeit von 48 Stunden gilt, belauft sie sich im Durchschnitt, nach offiziellen Angaben, auf 54,8 Wochenstunden. Die Regel ist aber eher eine 72-Stunden-Woche, da die Arbeiter zu Überstunden gezwungen werden oder diese ableisten müssen, wenn sie ihre

Familie ernähren wollen.

Obwohl gesetzlich vorgeschrieben, wird oft nicht einmal ein freier Tag in der Woche gewährt, ganz zu schweigen von 12 vorgesehenen Urlaubstagen. Den Busfahrern gelang es erst jetzt, durchzusetzen, daß ihnen wenigstens zwei Tage Urlaub im Jahr gewährt werden.

Den frühkapitalistischen Arbeitsbedingungen entspricht auch eine hohe Zahl von Arbeitsunfällen (141.809 im Jahr 1986). 1.660 Arbeiter kamen dabei ums Leben.

Durchschnittlich tragen die koreanischen Arbeiter nur 200 \$ Monatslohn nach Hause, während ihre Kollegen in den ähnlich regierten Staaten Taiwan und Singapur immerhin auf 300 bzw. 400 \$ kommen. Selbst nach Angaben der FKTU verdienen 13,2% der Arbeiter und 63,9% der Arbeiterinnen, deren Durchschnittslohn mehr als 50% unter dem ihrer Kollegen liegt, weniger als das Existenzminimum. In den 80er Jahren sind die Löhne nur halb so schnell gestiegen wie die Produktivität.

Diese Bedingungen erklären auch die Härte der Auseinandersetzungen bei einigen Konzernen. Vor allem bei den Hyundai-Werken in Ulsan und denen von Daewoo (u.a. eine Schiffswerft auf der Insel Koje) kam es zu Betriebsbesetzungen, zur Stürmung von Rathäusern und Verwaltungsgebäuden und zu Massendemonstrationen. Bei diesen wurden Lastwagen und Bagger mitgeführt, und die Arbeiter hatten sich mit Knüppeln und Sandstrahlgeräten bewaffnet. Der Daewoo-Arbeiter Lee Sok Kyu wurde am 22. August durch eine Tränengasgranate der Polizei getötet.

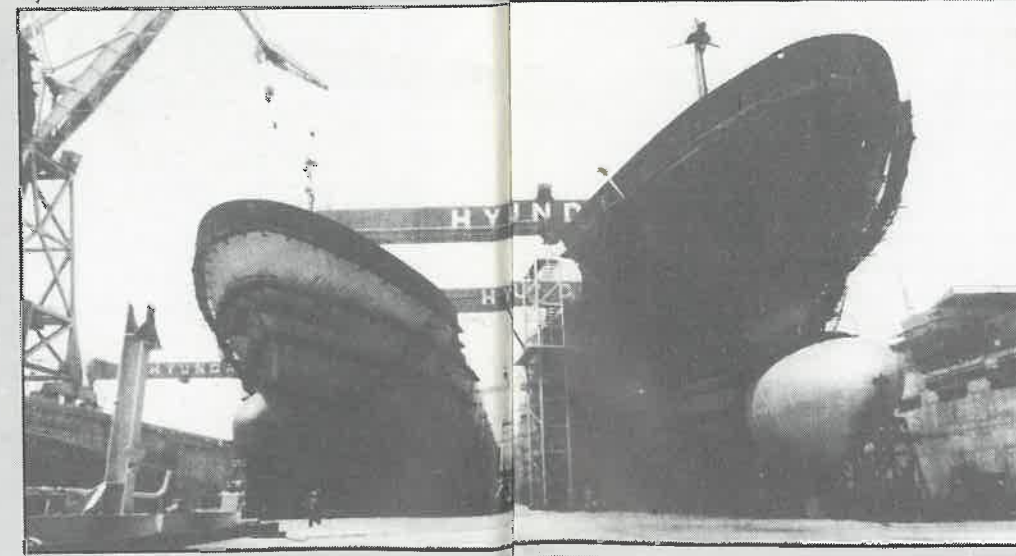
Zuckerbrot und Peitsche

Die Hyundai-Arbeiter konnten am 18. August die Anerkennung einer unabhängigen firmenweiten Gewerkschaft und Lohnverhandlungen durchsetzen. Diese mußten aber einzeln in den jeweiligen Betrieben geführt werden. Nachdem die Unternehmer Lohnforderungen von 17% nicht nachkamen, traten sie Anfang September erneut in den Streik.

Den Daewoo-Arbeitern war nach 20 Tagen Streik eine Erhöhung von 23% gewährt worden. Im Durchschnitt konnten in den bestreikten Betrieben Lohnsteigerungen von 14-20% erzielt werden.

Die Regierung reagierte auf die Streikwelle mit einer Zuckerbrot-und-Peitsche-Politik.

Hyundai-Werft in Ulsan



Der Präsidentschaftskandidat der Diktatur, Roh Tae Woo, erklärte zu Beginn die Forderungen der Arbeiter für berechtigt. Arbeitsminister Lee Hunki rief die Unternehmer auf, das Los der Arbeiter zu verbessern, da sie sonst riskieren müßten, sich einer „möglicherweise gewalttätigen Agitation im Arbeitsbereich zu stellen“.

Gleichzeitig wurde davor gewarnt, die Wettbewerbsvorteile der koreanischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt zu gefährden. Ihre Verluste wurden Ende August auf je 500 Mio \$ bei der Produktion und beim Export beziffert.

Beruhigend auf die Arbeiter sollen auch die Verfassungsgrundsätze wirken, auf die sich die regierende Demokratische Gerechtigkeitspartei (DJP) und die RDP geeinigt haben. Sie sollen in ihrer endgültigen Fassung im September vom Parlament und im Oktober durch ein Referendum angenommen werden. Sie sehen u.a. das Recht vor, sich zu organisieren, zu streiken und Kollektivverträge auszuhandeln.

Nach den Protesten, die der Tod von Lee Sok Kyu auslöste, und nach der mit Vorlesungsbeginn am 1. September zu erwartenden Reaktivierung der Studentenbewegung verschärfte die Regierung die Repression. Premierminister Kim Chung Yul erklärte am 27. August, seine Regierung werde „von jetzt an alle ihre Machtbefugnisse einsetzen, um die unreinen linken Kräfte aus der Gesellschaft zu eliminieren“. Linke Kräfte hätten die Universitäten und Gewerkschaften infiltriert und würden „ernsthaft Kämpfe führen, um das freie demokratische System zu stürzen“. Am Tag darauf leitete der Staatsanwalt eine Fahndung nach 1.608 „linken Radikalen“ ein, darunter auch 33 führende Mitglieder der Föderation der Universitätsstudenten von Seoul und der neugegründeten landesweiten Studentenorganisation Chon-daehyop.

Anfang September bekamen die Streikenden die neue Linie zu spüren. 135 bzw. 90 Arbeiter wurden in zwei besetzten Werken von Hyundai und Daewoo verhaftet, gegen 123 Anklage erhoben. Die Arbeiter ließen sich jedoch nicht einschüchtern.

10.000 protestierten am 7. September mit einem Sitzstreik in der Hyundai-Werft in Ulsan gegen die Verhaftung ihrer gesamten Gewerkschaftsführung durch den Geheimdienst und lehnten eine Fortsetzung der Lohnverhandlungen vor ihrer Freilassung ab.

Nico Biver

Ausgabe vom 13. Juli schrieb. Tausende hat das Regime inhaftiert. Es gab Selbstverbrennungen, immer wieder Folter und Mord.

Auf diesem blutigen Fundament herrscht das Regime seit seinem Machtantritt. Die gewaltigen Demonstrationen, Protestmärsche und der mittlerweile breit angelegte Widerstand trieben Chun und Roh seit Juni so sehr in die Enge, daß sie und Washington handeln mußten, um die Situation nicht außer Kontrolle gleiten zu lassen.

Wundersam ist vielmehr, daß der internationalen Öffentlichkeit bislang nur der südkoreanische 'Wirtschaftsboom' vorgeführt, dessen soziale und politische Trümmer indes als notwendige Begleiterscheinungen eines 'Entwicklungsmodells' heruntergespielt wurden! Nicht freiwillig gab das Regime nach; der Ruf der Straße zwang es zu Zugeständnissen. Für uns ergeben sich – auch nach dem Verbot der jüngst erschienenen 12. 'Mal'-Ausgabe, die Nordkorea gewidmet war – jetzt zumindest Möglichkeiten, mit Journalisten im Lande bessere Kontakte zu knüpfen und Unterstützung von Kollegen im Ausland zu erhalten. Wir haben uns ein ehrgeiziges Ziel gesteckt – den Aufbau einer Tageszeitung.

Als Sprachrohr der bislang ungehörten Stimmen ist sie längst überfällig und in Diskussion mit möglichst vielen oppositionellen Gruppen notwendig.“

„Chaebol“ heißt frei übersetzt „Geldclique“. Darunter fallen die gigantischen Industrie- und Finanzkonglomerate wie Samsung, Hyundai, Lucky-Goldstar und Daewoo.

Die Macht der „Chaebol“

Allein diese „Chaebol“ kontrollieren in enger Verflechtung mit nordamerikanischem und japanischem Kapital Südkoreas Wirtschaftsleben. Die Samsung wie die Hyundai-Gruppe setzen jährlich jeweils mehr als 30 Mrd DM um, eine selbst im internationalen Vergleich beachtliche Größenordnung.

Ihre Position verdanken die „Chaebol“, nahezu durchgängig von einzelnen Großfamilien geprägt, der seit dem Ende des Koreakriegs (1950-53) eingeschlagenen Wirtschaftspolitik Seouls. „Dabei sind Planung und Lenkung in einer Weise organisiert“, schrieb kürzlich das renommierte Wirtschaftsmagazin „Asian Wall Street Journal“ (Hongkong), „die an die Vorbilder der ehemaligen japanischen Kolonialmacht erinnern. Die Koreaner mögen die Japaner nicht, aber sie ahmen sie in erstaunlichem Maße nach.“

Das gilt gleichermaßen für die wirtschaftspolitische Führung wie auch für die Leitung der meisten Industriegruppen. Der Hauptunterschied in der Indu-

striepolitik liegt zwischen beiden Ländern allerdings darin, daß in Tokio weit aus subtiler als in Seoul verfahren wird.“ Die Fahrt von Ulsan zur Hafenstadt Pusan, der mit ca. 3,5 Mio Einwohnern zweitgrößten City im Südzipfel der koreanischen Halbinsel, dauert knapp eineinhalb Stunden. Fast so lange wie das Umfahren des Hyundai Corporation-Komplexes in Ulsan. 1960 war dieser Ort noch ein verschlafenes Fischerne mit 30.000 Seelen. Heute ist Ulsan zu einem stattlichen Gemeinwesen mit 600.000 Einwohnern herangewachsen, von denen gut 1/6 Arbeiter und von diesen wiederum der Löwenanteil bei Hyundai beschäftigt ist.

Der koreanische „Wilde Westen“

Hyundai unterhält hier Chemieanlagen und Wasserwerke, baut und repariert Schiffe (einschließlich Großtanker) und fertigt Autos. Eines seiner Modelle, der „Excel“, wurde 1986 in Kanada und den Vereinigten Staaten ein Verkaufsschlager. Allein in den USA setzte das Unternehmen im Vorjahr über 160.000 „Excels“ ab.

Träger sozialer Einrichtungen wie Wohnblocks, Freizeitheime und Schulen ist kein anderer als Hyundai. Deren Arbeiter werden über dem Landesdurchschnitt bezahlt, mit dem Ergebnis, daß sich eine – wenngleich dünne – Arbeiteraristokratie etablierte. Für sie ist Hyundai zu einer Art „Korea Corporation“ geworden.

Dennoch: Hyundais Boom wirft Schatten voraus, seit die Schiffbauindustrie weltweit tiefe Einbrüche verzeichnet und der Grad der Importlastigkeit extrem hoch ist. Der Großteil des Maschinenparks und der Ersatzteile muß noch immer vom großen Nachbarn Japan eingeführt werden. Zudem zeichnet viele koreanische Unternehmen eine chronische Überschuldung und dünne Eigenkapitaldecke aus.

„Die Zahl und die Höhe fauler Schuldner in Korea ist erschreckend“, konstatierte im Frühjahr die in Genf ansässige „Capital Intelligence“, eine private Firma zur Abschätzung des Länderrisikos für internationale Kapitalbewegungen. „Eine ganze Reihe von koreanischen Branchen“, so resümierte die Korea-Studie der Hongkong-Niederlassung von „Capital Intelligence“, „ist technisch gesprochen bankrott.“

Das freilich wird sich erst noch zeigen müssen. Es gibt auch so düstere Kapitel in Hyundais „Erfolgsgeschichte“. Das hausinterne Werkschutz- und Bespitzelungssystem hat mit tatkräftiger Duldung und Unterstützung der örtlichen Polizei mehrere größere Streiks – wie im Jahre 1974 – niedergeknüppelt.

Eine den Namen verdienende Gewerkschaft existiert nicht. Umweltverschmutzung, auf Schritt und Tritt spürbar, und Ulsan sind in der letzten Zeit zum Synonym geworden. 40.000 Menschen, hauptsächlich Bauern, Fischer und Arbeiter, mußten wegen der gesundheitsgefährdenden Luftverpestung durch die chemische Industrie umsiedeln.

Auflagen zur Reinhaltung von Luft und Gewässern sind staatlicherseits kein Thema. Und für die Verursacher sind das „Lappalien“, solange sich dagegen kein nennenswertes Protestpotential formiert.

Ansätze dazu entstanden erst im September 1985 mit der Gründung der Vereinigung der sozialen Missionspraxis in Ulsan. Zwar schlossen sich dieser maßgeblich auf Initiative von Christen entstandenen Vereinigung bis heute sechs sektorale Gruppen – darunter Frauen, Umweltschützer, Arbeiter, Bauern, Kulturschaffende und Jugendliche – an. Ihr Einfluß ist jedoch noch gering und auf die Koordinierung der Arbeit untereinander beschränkt.

„Ulsan“, unterstreicht der Präsident der Vereinigung, der katholische Priester Son Duk Man, die Schwierigkeit seiner Arbeit, „hat keine Tradition des Widerstandes. Es ist sozusagen eine koreanische Spielart des 'Wilden Westens', eine erst in jüngster Zeit hochgezüchtete 'Boomtown', in der das Gefühl sozialer Mobilität relativ stark ausgeprägt ist.“

Sri Lanka

Karl Söhnlein Bringt Indien den Frieden?



Waffenübergabe der tamilischen Guerilla an indische Truppen

Am 29. Juli d.J. unterzeichneten Indiens Ministerpräsident Rajiv Gandhi und Sri Lankas Präsident Junius Jayewardene in Colombo ein Abkommen zur Beendigung der militärischen Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen und den tamilischen Befreiungsbewegungen.

Die Frage, ob der Vertrag von Sri Lanka einen dauerhaften Frieden und eine Lösung des ethnischen Konfliktes bringen wird, ist nicht einfach zu beantworten. Sicher ist nur, es handelt sich um einen von Indien erzwungenen Kompromiß.

Die tamilischen Organisationen kämpften seit vier Jahren politisch und militärisch für einen unabhängigen Staat Tamil Eelam im Norden und Osten der Insel. Dieses Ziel konnten sie nicht erreichen.

Zwar wird mit dem Vertrag den Tamilen weitgehende Autonomie in einer zusammengelegten Nord- und Ostprovinz zugesprochen, was selbstverständlich ein eigenes Parlament und die Regelung staatlicher Hoheitsfunktionen beinhaltet. Aber das autonome tamilische Gebiet wird weiterhin ein Teil des srilankischen Staates bleiben. Über den endgültigen Verbleib der multiethnischen Ostpro-

vinz, die zu etwa gleichen Teilen von Tamilen, Moslems und Singhalesen besiedelt ist, soll 1988 ein Referendum entscheiden.

Erreicht wurde auch, daß die tamilische Sprache wieder landesweit gleichberechtigt neben Englisch und Singhalesisch gelten soll. Dies ist eine Forderung für die die Tamilen seit 1956 kämpfen. Bis zur Errichtung einer regionalen tamilischen Volksmacht wird Indien für die Sicherheit der Bevölkerung bürgen, und von der Guerilla wird die Entwaffnung verlangt.

Ein Kompromißabkommen

Nach anfänglichem Zögern hat sich auch die militärisch stärkste Befreiungsorganisation, die Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE) für das Abkommen ausgesprochen. LTTE-Chef Prabhakaran erklärte nach seiner Rückkehr aus dem indischen Exil in der tamilischen Hauptstadt Jaffna vor Zehntausenden seiner Anhänger, Indien lasse ihnen keine andere Wahl als die Waffen niederzulegen. Der Kampf für ein separates Tamil Eelam werde aber mit allen anderen Mitteln fortgeführt.

Die Konflikte der extrem nationalistischen Befreiungstiger mit der indischen Besatzungsmacht sowie mit anderen tamilischen Gruppen scheint vorprogrammiert.

So kam es bereits Mitte September d.J. zu den ersten Übergriffen der LTTE gegen die sozialistische Volksbefreiungsfront von Tamil Eelam (PLOT), wobei mindestens 50 Menschen umgekommen sind. Auch verschärfen sich die Konflikte zwischen hinduistisch-tamilischen und moslemisch-tamilischen Bevölkerungsgruppen in der Ostprovinz.

Wie aber ist die Zustimmung Präsident Jayewardenes zu dem srilankisch-indischen Abkommen zu erklären?

Immerhin hat seine Regierung seit dem Machtwechsel 1977 durch staatlich organisierte Massaker an der tamilischen Minderheit in den Jahren 1977, 1981 und 1983 erst den bewaffneten Kampf ausgelöst und den Separatisten massenhaft Zulauf gebracht. Und Sri Lanka hatte seit 1983 alle unter Mitwirkung von Indien zustande gekommenen Waffenstillstandsabkommen lediglich zur militärischen Aufrüstung seiner Streitkräfte genutzt.

Colombo setzte auf Gewalt

Die Ausbildung und Ausrüstung der Armee wurde u.a. von Israel, Pakistan und Südafrika bewerkstelligt. Jayewardene ließ seine Soldateska mit unglaublicher Brutalität unter der tamilischen Bevölkerung im Norden und Osten des Landes wüten.

Hunderttausende von Flüchtlingen und 6.000 Tote sind die Bilanz des vierjährigen Krieges. Zudem ließ die Regierung über 5.000 tamilische Jugendliche in südliche Gefangenenlager verschleppen. Das sollte den „Boys“, wie die Kämpfer zärtlich von der Bevölkerung genannt werden; potentielle Mitstreiter entziehen.

Aber auch in der singhalesischen Bevölkerung hat der Krieg tiefe Spuren hinterlassen. Tote sind in der Armee und bei der Zivilbevölkerung zu beklagen. Singhalesische Flüchtlinge gibt es etwa 100.000. Die Wirtschaft steht wegen der immensen Militärausgaben und der ausbleibenden Touristen vor dem Ruin.

Bisher fehlt jeglicher Hinweis, daß sich die Regierung aufgrund der schrecklichen Bilanz des Krieges von ihrem erklärten Ziel des „militärischen Endsieges“ und der „Ausrottung der Terroristen im Norden“ abbringen ließ.

Die im Frühjahr durchgeführte Großoffensive im Osten und Norden brachte die tamilischen Kämpfer und Zivilisten in starke Bedrängnis. Und in der ersten Juniwoche liefen beim Militär alle Vorbereitungen zur Erstürmung der 800.000

Einwohner zählenden Stadt Jaffna. Indien machte damals die Weltöffentlichkeit durch den spektakulären Abwurf von Lebensmitteln und Medikamenten über Jaffna auf die Lage der bedrängten Tamilen aufmerksam. Rajiv Gandhi rief die Welt zur Solidarität mit den Tamilen auf und warnte Sri Lanka unmißverständlich vor weiteren militärischen Schritten, da Indien einen „Völkermord am tamilischen Volk niemals hinnehmen werde“.

Das Militär blies darauf die Erstürmung der tamilischen Hauptstadt ab.

Es ist anzunehmen, daß die Regierung Sri Lankas nicht aus eigener Einsicht plötzlich zu einer politisch-vertraglichen Regelung des ethnischen Konfliktes bereit war.

Alles deutet darauf hin, daß Indien für den Fall einer weiteren Eskalation der Gewalt mit einer militärischen Intervention gedroht hat. Dies nicht nur, um den Tamilen beizustehen, sondern auch um eine weitere imperialistische Einmischung in Sri Lanka zu stoppen und einer Eskalierung ethnischen Konflikte in Indien vorzubeugen.

Dies wird aus dem zum Vertrag gehörenden Briefwechsel deutlich. Dort heißt es in einem Schreiben von Gandhi an Jayewardene vom 29.7.1987: „...in diesem Sinne haben Sie während unserer Diskussion eingewilligt, auf einige Interessen Indiens einzugehen, wie folgt:

1. Ihre Exzellenz und ich werden zu einem gemeinsamen Verständnis der Bedeutung und der Beschäftigung von ausländischem Militär und Geheimdienstpersonal kommen, um sicherzustellen, daß solche Präsenz nicht die indisch-srilankanischen Beziehungen berührt.
 2. Trincomalee oder irgendein anderer Hafen wird nicht zur militärischen Nutzung durch irgendein anderes Land freigegeben, das die Interessen Indiens verletzen könnte.“ (Übersetzung: Süd-Asien-Büro, Wuppertal)
- Indien und Sri Lanka gehören zur Bewe-

gung der nichtpaktgebundenen Staaten. Aber seit dem Machtwechsel 1977 hatte sich Sri Lanka schrittweise von bestimmten Prinzipien nichtpaktgebundener Politik entfernt und dem Imperialismus Tür und Tor geöffnet. Die Sendeerlaubnis für die „Stimme Amerikas“ und die „Deutsche Welle“ sowie das militärische Engagement Israels, Pakistans und Südafrikas sind die herausragenden Beispiele dafür. Und es war wohl nur noch eine Frage der Zeit, bis Sri Lanka dem Drängen der USA nach militärischer Nutzung des Tiefseehafens Trincomalee nachgegeben hätte. Gegen harte Dollars natürlich, aber die braucht Sri Lanka dringender denn je.

Singhalesischer Widerstand

Das Abkommen hat die Gefahr einer Teilung der Insel in ein nichtpaktgebundenes Tamil Eelam und ein proimperialistisches Rest-Sri-Lanka vorerst verhindert. Ob die Friedensregelung von Dauer sein wird, hängt nun im wesentlichen von den singhalesischen politischen Kräften ab. Selbst in der regierenden Vereinigten Nationalpartei (UNP) ist das Abkommen umstritten. Die stärkste Oppositionspartei, die Freiheitspartei Sri Lankas (SLFP) von Frau Bandaranaike, lehnt es rundweg ab. Und die aus maoistischen Wurzeln hervorgegangene singhalesische Volksbefreiungsfront (JVP) bekämpft das Abkommen mit Waffen.

Lediglich drei größere linke, vorwiegend singhalesische Parteien, die Volkspartei (SLMP), die Sozialistische Partei (LSSP) und die Kommunistische Partei (CPSL) befürworten eine Autonomieregelung für die Tamilen. Aber ihr Einfluß darf nicht überschätzt werden.

Der Weg bis zur Ratifizierung und Verwirklichung des Vertrages ist noch weit und dornenreich. Eine Chance für eine friedliche Lösung des ethnischen Konfliktes ist er allemal.

Buddhistische Mönche protestieren gegen das Autonomieabkommen



Neuerscheinung!
Tim Kuschnerus
Rainer Werning

DIE PHILIPPINEN
UNTER
AQUINO

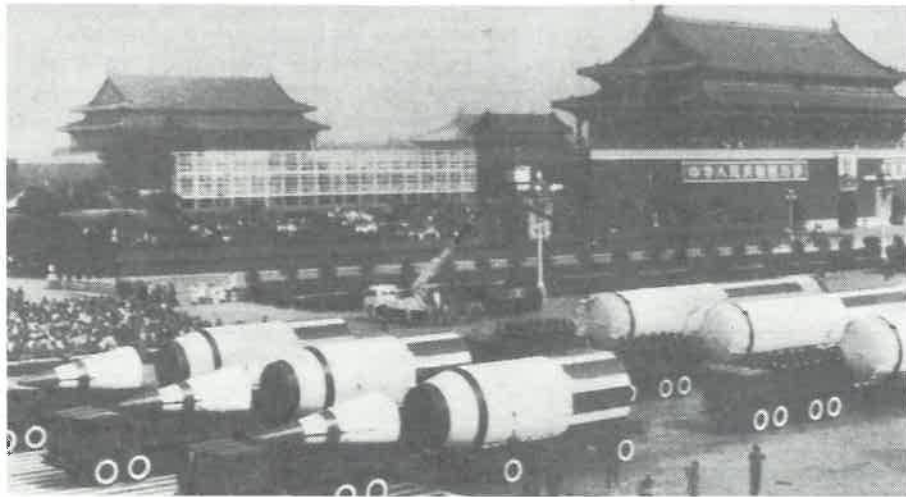
Facetten
eines
Machtwechsels

isp pocket 29

ISP-Verlag GmbH
- Postfach 11 10 17 -
6000 Frankfurt/M. 1
September 1987
148 Seiten - 17.80 DM

Günter Schucher

Wandel in der Friedensfrage



Vorführung von Atomraketen bei einer Parade in Beijing 1984

„Symptomatisch für den Wandel der chinesischen Außenpolitik seit Maos Tod ist die veränderte Beurteilung des Krieges.“¹ In der Tat haben sich in der chinesischen Außenpolitik seit dem Ende der 70er Jahre Veränderungen vollzogen, die alle, die die „chinesische Karte“ schon in ihrem Spiel gegen die Sowjetunion zum Trumpf erklärt hatten, zum Umdenken zwangen.

Die Volksrepublik China (VR China) begann nicht nur, sich aktiver zu Abrüstungsproblemen zu äußern, sie veränderte generell ihre Einstellung zur atomaren und konventionellen Abrüstung. Die undifferenzierte Beurteilung aller internationalen Fragen allein unter antisowjetischen Gesichtspunkten wich einer differenzierteren antihegemonistischen Strategie, die die Erhaltung des Friedens zur *conditio sine qua non* sowohl des eigenen wirtschaftlichen Aufbaus als auch von „Entwicklung“ überhaupt erklärte, und umgekehrt in der Existenz von Unterentwicklung eine Quelle des Krieges sieht.

Programmatisch festgelegt wurden die neuen Ansätze auf dem 12. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) im September 1982.²

Im Hauptreferat erklärte der inzwischen abgesetzte Generalsekretär Hu Yaobang, die „volle Realisierung der Interessen Chinas (werde) nicht losgelöst von den Gesamtinteressen der ganzen Menschheit erfolgen“. „Wir halten an der unabhängigen Außenpolitik fest...: China hängt sich nicht an irgendeine Großmacht oder irgendeinen Staatenblock an

und unterwirft sich auch nicht dem Druck irgendeiner Großmacht.“ China betrachte den „Kampf gegen den Hegemonismus und die Wahrung des Weltfriedens ... heutzutage (als) die wichtigste Aufgabe der Völker der Welt.“

Die außenpolitische Doktrin lautet: „Unabhängigkeit“ sowie „Frieden und Entwicklung“. Dabei sind diese Prinzipien im einzelnen bereits vor dem Parteitag formuliert worden, hier wurden sie allerdings zu einem einheitlichen Konzept zusammengeführt, das seitdem in der Praxis weiter konkretisiert wurde. Seine Merkmale sind:

1) Langfristige globale politische Ziele, z.B. in der Form „strategischer Gemeinsamkeiten mit den USA“ gegen die

Waffeneinkauf im Westen: Chinesische Offiziere inspizieren einen französischen Panzer



UdSSR, wurden zunehmend vom nationalen Interesse an der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierung des eigenen Landes verdrängt. Die dafür benötigte Bewahrung einer „friedlichen Umwelt“ zählt neben der Modernisierung selbst und der Wiedervereinigung mit Taiwan zu den drei Hauptaufgaben chinesischer Politik.

2) Strikter Antisowjetismus wurde durch das Prinzip, den „Hegemonismus“ gleich welcher „Supermacht“ (also auch der USA) zu bekämpfen, abgelöst.

3) Die Dritte-Welt-Politik wurde entideologisiert, d.h. die Entwicklungsländer nicht als antisowjetische Manövrierarmee gesehen, sondern deren Interessen selbst in den Vordergrund gerückt und in einen engen Zusammenhang zur Lösung der globalen Hauptfrage gestellt: „Frieden und Entwicklung sind unteilbar.“ Chinas neues Konzept läßt sich exemplarisch festmachen an der Einstellung zum Krieg, zu Verhandlungen und zur Aufrüstung.

3. Weltkrieg vermeidbar

Noch am 31.7.1978 bezeichnete die Renmin Ribao (Volkszeitung) den „unvermeidlichen dritten Weltkrieg“ als „Gesetzmäßigkeit“. Inzwischen ist eindeutig klargestellt: der Krieg kann vermieden werden.

Wurde also zunächst noch mit dem Gedanken gespielt, die beiden „Supermächte“ könnten sich in einer Konfrontation selbst schwächen und China als lachender Dritter dastehen, so setzte sich ab 1979 mehr und mehr die Erkenntnis durch, daß im Nuklearzeitalter niemand mehr von einem Weltkrieg profitieren könne. „Die Lösung politischer Streitigkeiten zwischen Nationen mit militärischen Mitteln oder die Überwindung einer politischen Ideologie oder eines sozialen Systems mit Gewalt geht in einer solchen atomaren Ära einfach nicht!“³

Die Möglichkeit, den Krieg zu verhindern, sieht China gegeben, da die Friedenskräfte schneller wachsen als die Faktoren für den Krieg. Zu diesen Kräften werden vor allem die Dritte Welt und zweitens die internationale Friedensbewegung gerechnet. Friedensinitiativen

galten noch 1981 als „Handlanger Moskaus“, heute begreift sich China selbst als Protagonisten der Weltfriedensbewegung und lädt zu Konferenzen ein.

1975 ermahnte die chinesische Führung die USA, hinsichtlich des sowjetischen „Entspannungsgeredes“ nicht zu gutgläubig zu sein, heute heißt es: „Entspannung ist besser als Spannung, und eine Abrüstung in kleinem Maßstab ist besser als gar keine Abrüstung.“⁴ Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR werden begrüßt („Dialog ist besser als Konfrontation“), wenn sie ernsthaft geführt werden, praktische Ergebnisse anstreben und nicht auf Kosten Dritter gehen.

Beiträge zur Abrüstung

China spricht sich entschieden gegen das Wettrüsten in allen seinen Formen aus. Die „Grundeinstellung“ zur Abrüstung erläuterte Ministerpräsident Zhao am 21.3.1986 auf der ersten großen Friedenskundgebung in China seit Ende der 50er Jahre⁵: vollständige Vernichtung aller Kernwaffen; Einstellung der Nukleartests; Verpflichtung aller kernwaffenbesitzenden Staaten, nicht als erste Nuklearwaffen einzusetzen; Abschaffung der Mittelstreckenraketen in Europa und Asien; Reduzierung der konventionellen Waffen; Verbot und Vernichtung der chemischen Waffen; Nutzung des Weltraums ausschließlich für friedliche Zwecke. Die Verhinderung des Wettrüstens im Weltall sei die gegenwärtig drängendste Frage.

Von alten Vorschlägen übernommen wurden die Forderungen nach einer Demokratisierung der Abrüstungsberatungen und nach Vorleistungen der „Supermächte“, was lange Zeit – wegen der geforderten Höhe wohl auch nicht zu Unrecht – als Ausrede gewertet wurde, nicht selbst aktive Beiträge leisten zu müssen.

Heute hebt China die eigenen Abrüstungsbeiträge besonders hervor⁶: Als einziges Atomwaffen besitzendes Land hat es sich neben der UdSSR verpflichtet, diese nicht als erste einzusetzen; seit 1981 werden keine Atomtests mehr in der Atmosphäre durchgeführt; 1985 wurde beschlossen, die Armee um 1/4, gleich 1 Mio Mann, zu reduzieren, der Anteil der Militärausgaben am Haushalt sank von 17,5% 1979 auf 10,5% 1985; Rüstungsbetriebe werden auf zivile Produktion umgestellt, 2/3 der über 400 Betriebe haben bereits – auch wegen gekürzter staatlicher Aufträge – die Produktion militärischer Erzeugnisse eingeschränkt; die Schaffung atomwaffenfreier Zonen wird seit langem befürwortet, am 10.2.1987 trat China dem Rarotonga-Vertrag für einen atomwaf-



Premierminister Zhao Ziyang bei Ronald Reagan: Die Zeit des antisowjetischen Bündnisses ist passé

fenfreien Südpazifik bei; 1986 brachte der chinesische Vertreter erstmals zwei eigene Abrüstungsvorschläge in die UNO ein.

Zu den friedensstabilisierenden Schritten der VR China ist sicherlich auch die Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern zu rechnen. Die Existenz eines sozialistischen Lagers und erst recht ein Bündnis mit diesem lehnt China zwar nach wie vor ab, aber es sieht deutliche Gemeinsamkeiten.

Als er in Sofia die Bilanz seiner Reise durch fünf sozialistische Länder zog, sprach Zhao Ziyang von vier „herausragenden Eindrücken“: Alle arbeiten für den Frieden, alle wollen gute Beziehungen zu China, alle entwickelten eine den eigenen Bedingungen entsprechende Politik und erzielten damit sichtbare Erfolge beim sozialistischen Aufbau.⁷ Die Reform ist laut Zhao der einzige Weg, die Überlegenheit des Sozialismus zur Geltung zu bringen. Hier könne man voneinander lernen.⁸

Die Art und Weise der Aufnahme von Parteibeziehungen ist in mancher Hinsicht typisch für die gegenwärtige Politik: Die Vergangenheit wird ausgeklammert. Voraussetzung ist nicht mehr die Distanzierung von der UdSSR („Unabhängigkeit und Selbständigkeit“), sondern es werden die nationalen „Unterschiede, die durch die historischen Besonderheiten und die konkrete Situation bedingt sind“, hervorgehoben und deren Verständnis und Respektierung zur Grundlage der Beziehungen gemacht.⁹ Für alle Staaten, auch die sozialistischen untereinander, sollen die fünf Prinzipien der

friedlichen Koexistenz die Basis der Beziehungen abgeben, für Parteibeziehungen dementsprechende vier Prinzipien.¹⁰

Auch weiterhin gibt es Aspekte in der chinesischen Außenpolitik, die an Mao erinnern. Das ist nicht verwunderlich, wenn man sich vor Augen führt, daß sich die Neukonzentrierung in einem widersprüchlichen Prozeß vollzieht, in dem sog. Restmaoisten, Pragmatiker, Befürworter des sozialistischen Weges und Anhänger einer weiteren Öffnung zum Westen um den richtigen Weg des sozialistischen Aufbaus ringen.

Für die Außenpolitik gilt dabei, daß hier die theoretische Auseinandersetzung mit dem Maoismus am wenigsten ausgeprägt ist. In der Mao bewertenden „Resolution“ vom Juni 1981 wurde ebenso wie auf dem 12. Parteitag die weitere Gültigkeit von Maos Beiträgen zur Außenpolitik betont, wenn auch Supermacht-Theorie, Antisowjetismus und Drei-Welten-Theorie nicht direkt beim Namen genannt wurden.

Der 12. Parteitag berief sich bei der Formulierung der Außenpolitik zwar auf die „wissenschaftliche Theorie des Marxismus-Leninismus und der Maozedong-Ideen“, eine marxistische Analyse der Ursachen der Spannungen in der Welt fand aber nicht statt, im Gegenteil wird das Kriterium „Gesellschaftssystem“ für Chinas Haltung zu Problemen ausdrücklich abgelehnt. Die Unterscheidung von Ländern nach ihrem System oder ihrer Ideologie geht laut Außenminister Wu „an der Realität vorbei“.¹¹

Dies führt dazu, daß die VR China zwar

durchaus parallele Forderungen zu den sozialistischen Ländern hat (während der UN-Vollversammlung 1985 stimmte sie z.B. zu 86% mit der UdSSR aber nur zu 14% mit den USA)¹², aber die Abrüstungsvorschläge der SU eigentlich nicht zu den Friedensvorschlägen zählt und koordinierte Aktionen ablehnt. Die sowjetischen Vorschläge sind die — vom eigenen Volk und den wirtschaftlichen Schwierigkeiten erzwungenen — Vorschläge einer „Supermacht“, denen stets die Vorschläge der anderen, ebenfalls nach Einflußerweiterung strebenden, entgegengesetzt werden. Beide „Supermächte“ sind in chinesischen Augen nicht ernsthaft an Abrüstung interessiert.



Die Mannschaftsstärke der chinesischen Streitkräfte wurde um ein Viertel reduziert

Und sollten tatsächlich Honeckers gegenüber Gorbatschows Vorschläge zur Verhinderung des Wettrüstens im All begrüßt worden sein,¹³ so nur als Verhandlungsgrundlage. Denn nach wie vor klagt die VR China auch die UdSSR an, den Rüstungswettlauf im All voranzutreiben.¹⁴ Wie Gorbatschow fordert auch die chinesische Führung, „in neuen Bahnen (zu) denken“. Und auch hinsichtlich der Verknüpfung von Abrüstung und Entwicklung gibt es große Ähnlichkeiten. Doch diese werden abgetan mit dem Hinweis, „keiner von beiden (USA und UdSSR; G.S.) (habe) seine grundlegende Strategie geändert“ (Zhao).¹⁵ Stattdessen kommt es zu parallelen Aktionen mit den USA vor allem im asiatisch-pazifischen Raum (Afghanistan, Kampuchea-Vietnam). Dort ist auch eine gewisse Neutralität gegenüber amerikanischen Militariserungsbestrebungen zu beobachten, obwohl die USA gerade im Südpazifik verstärkt aufrüsten und sich, im Gegensatz zur UdSSR, den Beschlüssen zur Schaffung einer atomwaf-

fenfreien Zone widersetzen. Und nicht zuletzt entwickelt sich spätestens seit 1983, als die USA China in die Gruppe V ihrer Handelspartner aufnahmen und damit die Belieferung mit elektronischen und militärischen Gütern erleichterten, die militärische Zusammenarbeit mit den USA (und der EG). Wurde 1982 für 350 Mio \$ sog. zweifach nutzbare Technologie in den USA gekauft, so erhöhte sich diese Summe bis 1984 auf 2 Mrd \$.¹⁶ Ihre Weiterentwicklung wurde von Deng im Gespräch mit US-Verteidigungsminister Weinberger ausdrücklich begrüßt. Einen Monat später ankerten im Hafen von Qingdao amerikanische Kriegsschiffe, möglicherweise mit Atomwaffen an

UdSSR auch weiterhin die größere „Bedrohung“ auszugehen. Dafür sprechen nicht nur Äußerungen chinesischer Politiker,¹⁹ sondern auch der Zeitpunkt des Wandels in der außenpolitischen Orientierung: Er vollzog sich nach der Amtsübernahme Reagans, dem die „Leistung“ bescheinigt wurde, mit seiner Aufrüstungspolitik das strategische Patt zur UdSSR hergestellt zu haben.²⁰ Abschließend sei noch auf die militärische Modernisierung in China eingegangen, die doch eine der „Vier Modernisierungen“ ist. Sie hat seit 1979 gegenüber den anderen drei Bereichen (Industrie, Landwirtschaft und Wissenschaft-Technik) an Bedeutung verloren. Der finanzielle Rahmen wurde für die 80er Jahre gekürzt und selbst CIA-Schätzungen gehen von höchstens 10% des Brutto sozialprodukts aus.²¹ Der 1985 beschlossene Abbau des Personals (ohnehin nur 1/4 der Kosten) paßt aber auch in die Modernisierungsstrategie, die Qualität statt Quantität sucht und in diesem Sinne u.a. Ausbildung und Übungen, Kommandostrukturen und Organisation, Logistik u.a. zu verbessern sucht. Vorrang erhielten dabei der Ausbau der Raketenysteme und die Marine, was auf die Vorrangstellung des südasiatischen Raums in der chinesischen Militärpolitik hindeutet.

Nationalismus bleibt dominant

Weder Kontinuität noch Diskontinuität dürfen außer acht gelassen werden, will man beurteilen, ob die chinesische Außenpolitik wieder „sozialistisch“ genannt werden kann oder ob es sich nur um eine taktische Modifizierung handelt, um schließlich mit einer gestärkten wirtschaftlichen Basis doch die alten großmachtchauvinistischen Interessen verwirklichen zu können. Die These von der taktischen Modifizierung trifft jedoch weder die Tiefe des Wandels noch dessen Bedeutung für den Erhalt des Weltfriedens und führt zur Unterschätzung dementsprechender Ansatzpunkte für die Friedenskräfte. Vielmehr erfordern die „Interessen einer sukzessiven wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft (Chinas) auf jeden Fall einen Abbau der internationalen Spannungen und eine Wende zur Abrüstung“. Allerdings ist das politische Denken eines jeden Landes, das sich zum Sozialismus bekennt (was China nach den Studentendemonstrationen noch eindeutiger tut), stets beeinflusst von den Besonderheiten seiner historischen und nationalen Entwicklung.²² Und dazu zählt zweifelsohne die starke Dominanz nationalistischer Ideen. Die Ablehnung eines klassenmäßigen

Herangehens an außenpolitische Fragen, die anhaltende Verfolgung geo- und machtpolitischer Interessen in Indochina und das Festhalten an der Supermachttheorie sprechen dafür, daß diese nationalistische Komponente nach wie vor vorhanden ist. Auch ist nicht zu leugnen, daß es zunächst einmal pragmatische Gründe waren, die den Wandel herbeiführten, zumal sein Architekt (Deng) nicht nur für die Normalisierung mit der UdSSR, sondern auch für die strategische Allianz mit den USA und die Drei-Welten-Theorie mitverantwortlich zeichnet. Und schließlich ist nicht ganz von der Hand zu weisen, daß es auch weiterhin ein Ziel chinesischer Außenpolitik ist, den eigenen Spielraum zwischen den „Supermächten“ dadurch zu erweitern, daß man hilft, den Zustand des „Gleichgewichts“ zwischen ihnen zu erhalten. Dies zeigt sich auch in der Behandlung regionaler Krisen in der Dritten Welt.

Anmerkungen:

- 1) KAS-Auslandsinformationen, 2. Jg., Nr. 8/1986, S.5 (KAS = Konrad-Adenauer-Stiftung)
- 2) Alle folgenden Zitate nach: Der XII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas. Dokumente, Beijing, S. 66-79
- 3) Beijing Rundschau (BR), Beijing, Nr. 14/1987, S.24
- 4) Deng laut Süddeutsche Zeitung (SZ), 5.5.1987
- 5) Vgl. Renmin Ribao (RNMB), Beijing, 22.3.1986
- 6) BR, Nr. 43/1986, S. 16ff.
- 7) Vgl. RMRB, 20.6.1987
- 8) Vgl. z.B. RMRB, 2.6.1987 und 10.7.1986
- 9) RMRB, 25.10.1986
- 10) Vgl. RMRB, 13.6.1987
- 11) BR, Nr. 38/1986, S. 4; Nr. 40/1986, S. 18 und Nr. 4/1986, S. 5f.
- 12) Deutsche Volkszeitung, 6.9.1985
- 13) In der chinesischen Presse wurde dieser Punkt nicht erwähnt, ebenso wenig wie Weinbergers SDI-Werbung Anfang Oktober 1986 in Beijing.
- 14) Vgl. RMRB, 26.7.1987
- 15) BR, Nr. 21/1987, S.7
- 16) „V“ galt bis dahin nur für die Verbündeten in Westeuropa. Vgl. Ya-chün Chang, Military Relations Between Peking and Washington, in: Issues & Studies, 23. Jg., Nr. 4/April 1987, S. 50ff., hier S. 60 f. Vgl. Kim/Hammersmith, U.S.-China Relations in the Post-Normalization Era, 1979-1985, in: Pacific Affairs, 59. Jg., Nr. 1/Frühjahr 1987, S. 83 und 87. Zur Kooperation mit westeuropäischen Ländern siehe: China aktuell (Ca), Hamburg, Nr. 6/1986, S. 355 ff.
- 17) Vgl. RMRB, 10.10.1986
- 18) Vgl. SZ, 22.6.1986
- 19) Zhao erklärte 1984 gegenüber dem japanischen Ministerpräsidenten Nakasone in Beijing, daß „die Hauptbedrohung ... aus der Sowjetunion kommt“, Frankfurter Rundschau, 26.3.1984. Ähnlich äußerte sich auch Generalkonsul Wang am 4.12.1986 bei einem Vortrag an der Universität Hamburg.
- 20) Vgl. BR, Nr. 24/1985, S. 21
- 21) Vgl. Ca, Nr. 9/1986, S. 589
- 22) Vgl. Neue Zeit, Moskau, Nr. 38/1986, S.20

Persischer Golf

Durch die Entsendung weiterer NATO-Kriegsschiffe in den Persischen Golf und die Wiederaufnahme des Luft- und Tankerkrieges durch Irak und Iran blieb die Lage in der Region Ende August/Anfang September d.J. gespannt.

Nach einer sechswöchigen Pause hatten am 29. August irakische Kampfflugzeuge die Bombardierungen iranischer Städte (Ahwaz und Isfahan), von Erdölverladeeinrichtungen (Inseln Lavan, Sirri und Farsi) und von Öltankern wieder aufgenommen. Der Iran beantwortete die Angriffe mit der Beschießung der irakischen Hafenstadt Basra und des Ortes Dukan sowie von Handelsschiffen im Golf. Obwohl von Teheran mehrfach angedroht, fanden jedoch bisher keine Angriffe auf kuwaitische Tanker statt, die sich unter US-amerikanischem Geleitschutz befinden.

Die irakische Regierung sucht mit der erneuten Ausweitung der Luftangriffe offenbar zu verhindern, daß der zu Land dominierende Iran durch eine hohe Erdölausfuhr die Mittel für eine Großoffensive erhält. Außerdem wird die Eskalation vom Irak damit gerechtfertigt, daß Teheran auf diese Weise zur Annahme der Resolution 598 des UN-Sicherheitsrates (siehe Kasten), die u.a. einen sofortigen Waffenstillstand vorsieht, gezwungen werden solle — eine zweifelhafte Logik. Einzelne Politiker des Iran hatten die UN-Resolution zurückgewiesen, da sie den Irak nicht als Aggressor benennt, eine offizielle Reaktion der Regierung Khamenei aber stand Anfang September, als UN-Generalsekretär Perez de Cuellar eine Reise nach Teheran ankündigte, immer noch aus. Am 25. August forderte die Arabische Liga den Iran auf, bis zum 20. September einem Waffenstillstand zuzustimmen. Andernfalls könnten die arabischen Länder, nach Aussagen des Generalsekretärs der Liga, Chadli Klibi, die diplomatischen Beziehungen zu Teheran abbrechen.

Obwohl die UN-Resolution alle Staaten auffordert, „sich jeder Handlung zu enthalten, die zu einer weiteren Verschärfung und Ausweitung des Konflikts führen könnte“, nimmt die Präsenz von Kriegsschiffen der NATO-Staaten im Golf weiter zu. Nach den USA, Großbritannien, Italien und Frankreich beschlossen am 7. September auch die Niederlande, Kriegsschiffe (zwei Minensuchboote) zu entsenden. Von Belgien wird gleiches erwartet.



Verpaßter Frieden Irak-Iran

Bericht vom Internationalen Forum zum Golfkrieg

Während am Persischen Golf wieder einmal die Kampfhandlungen zwischen dem Irak und Iran eskalierten, wandte sich vom 28.-31. August d.J. in Köln ein Internationales Forum gegen diesen Krieg und die Unterdrückung in beiden Ländern.

Die von den irakischen Studenten- und Jugendorganisationen GUSIR und IDYF initiierte Veranstaltung stand unter dem Motto „Für die sofortige Beendigung des irakisch-iranischen Krieges und die Solidarität mit beiden Völkern in ihrem Streben nach Frieden und Demokratie“. Unterstützt wurde das Forum von der in London beheimateten „In-

ternationalen Kampagne für Frieden und Demokratie im Irak und Iran“, irakischen und iranischen Oppositionskräften, von den GRÜNEN, der DKP, der VVN-Bund der Antifaschisten und einer Reihe bundesdeutscher Persönlichkeiten.

Zwar befaßten sich die mehr als 200 Teilnehmer der Kölner Konferenz auch eingehend mit der rechtlichen und kulturellen Lage in beiden Golfstaaten, doch standen erwartungsgemäß das Golfkriegsszenario und die Grunderfordernisse für eine breite Antikriegsbewegung im Vordergrund.

Der Hauptredner des Forums, ein Repräsen-

tant des irakischen Friedensrates, bezeichnete die Lage am Golf unmittelbar vor dem 7. Jahrestag des irakisch-iranischen Krieges (Beginn 20. September 1980) als explosiver denn je und als Gefahr für den Weltfrieden. Das zeige die erneute Ausdehnung des Kriegsgeschehens durch die Aufstockung der westlichen Kriegsflottenpräsenz am Golf auf 50 Schiffe an. Dies und das Ausmaß der Zerstörungen mache die unverzügliche Beendigung des Krieges zum Gebot.

Seine Bilanz: Über 1 Mio Tote, 3 Mio Vertriebene, wirtschaftliche Verluste von insgesamt 500 Mrd \$ für beide Länder. Beide diktatorischen Regimes nutzten den Kriegszustand, um eine soziale Wende nach rechts und eine verschärfte Repression (zehntausende Hinrichtungen, politische Gefangene!) durchzuführen.

Die jüngste Eskalation des Golfkrieges (Tankerkrieg, Städtebombardements, C-Waffen-Einsatz, türkische Invasionen usw.) drohe nun in eine neue Internationalisierung einzumünden, die durch eine stark erweiterte Militärpräsenz und Interventionsbereitschaft der USA und anderer NATO-Mächte (Großbritannien, Frankreich, Türkei; BRD-Assistenz) geprägt sei.

Lösungsansatz durch die UNO

Dem Krieg ein Ende zu setzen, dafür sah der Redner positive Anzeichen auf internationaler Ebene. Insbesondere der Beschluß Nr. 598 des UN-Sicherheitsrates vom Juli d.J. und der Vermittlungsrahmen der UNO hätten einen realistischen Lösungsweg anzubieten. Dem stünden als Negativposten die kriegsschürenden Aktivitäten der USA, der NATO und Israels sowie die Haltung beider kriegführender Regimes gegenüber:

„So erklärt Iran offen sein Bestehen auf der Fortsetzung des Krieges, andererseits setzt Irak diesen Krieg praktisch fort und eskaliert ihn, wobei er offiziell seine Bereitschaft zur Einstellung der Kriegshandlungen erklärt... Die beiden Regimes setzen die Politik des Terrors und der Repressalien in ihren Ländern fort und verletzen die internationalen Bestimmungen für Menschenrechte.

Wir unterstützen die vom UN-Generalsekretär unternommenen Anstrengungen zur Verwirklichung des Beschlusses des Sicherheitsrates zur Einstellung der Kriegshandlungen, um damit Washington die Chance für die Realisie-

rung seiner Ziele im Golf zu nehmen und diesen Spannungsherd, der durch einen kleinen Funken explodieren kann, zu beseitigen.“ Dabei komme den friedliebenden Kräften der Bundesrepublik die besondere Aufgabe zu, die Bonner Regierung unter Druck zu setzen, um sie zur Einstellung jeder militärischen Ausbildung und von Waffenlieferungen an die kriegführenden Länder zu zwingen.

Fremde Kriegsflotten abziehen!

Abschließend entwickelte der Repräsentant des irakischen Friedensrates folgenden Forderungskatalog des Kölner Forums:

„Alle Kräfte der Demokratie und des Friedens in der Welt sind aufgefordert, ihre Solidarität mit den Völkern Iraks und Irans fortzusetzen und zu aktivieren für:

1. die unverzügliche Beendigung des irakisch-iranischen Krieges durch die beiden Konfliktseiten und die Beilegung der umstrittenen Fragen durch Verhandlungen;
2. den Rückzug der Truppen beider Seiten zur vor dem Krieg bestehenden Staatsgrenze;
3. die unverzügliche Einstellung der Verletzungen aller internationalen Bestimmungen;
4. die Sicherung der Achtung der Unabhängigkeit und der Souveränität beider Länder und die Sicherung der Rechte beider Völker auf Selbstbestimmung entsprechend ihrem freien Willen bezüglich der Wahl der erwünschten sozial-politischen Ordnung;
5. den Austausch der Kriegsgefangenen und die Einhaltung der internationalen Abkommen bezüglich der Kriegsgefangenen;
6. die Bestimmung der Verantwortlichen für den Ausbruch des Krieges und die internationale Verurteilung der Verantwortlichen;
7. die Unterdrückung der beiden Regimes, damit sie den Terror, die Repressalien und jegliche Verletzung der Charta für Menschenrechte einstellen. Sowie die Forderung nach der Freilassung aller politischen Gefangenen und die Aufdeckung des Schicksals der Vermißten. Weiterhin die Sicherung der demokratischen Freiheiten und der Rückkehr der zwangsmäßig Deportierten inner- und außerhalb Iraks und der Garantie der Rückkehr der Emigranten sowie des Ersatzes der ihnen zugefügten Verluste;
8. den Abzug der ausländischen militärischen Flotten und Truppen aus dem Golf und die Sicherung der Schifffahrtswegfreiheit für alle Länder im Golf;



Hauptredner des Kölner Forums (v.l.n.r.): Vertreter des irakischen Friedensrates, Stan Newens, Peter Schütt

9. die Abschaffung der ausländischen Militärstützpunkte im Golfgebiet und die Beseitigung jeglicher Privilegien für ausländische Flotten;
10. die Ausübung politischen Druck auf die USA und die NATO-Staaten, darunter die Türkei, damit sie ihre Unterstützung und Ermunterung für die Fortsetzung des Krieges sowie die Intensivierung ihrer militärischen Präsenz aufgeben. Weiterhin die Entlarvung ihrer Pläne und Komplote zur Schwächung beider Länder und eventuellen Einmischung sowie die Entlarvung der skandalösen Rolle Israels an diesen Taten, die der 'Iran-Gate'-Skandal veranschaulicht.“

Ein Waffenembargo erzwingen

Stan Newens, Europaparlamentarier der britischen Labour Party und Vorsitzender der „Internationalen Kampagne für Frieden und Demokratie im Irak und Iran“, bezeichnete es als das dringendste Anliegen des Kölner Forums, zur Mobilisierung der bundesdeutschen Öffentlichkeit für den Frieden in der Ölregion beizutragen. Dies sei ein gewichtiger Schritt im Rahmen der Internationalen Kampagne, die am 15. Juli 1986 in London von Parlamentariern und Prominenten aus Großbritannien, Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, Dänemark, Griechenland, der BRD und den USA ins Leben gerufen worden war.

Newens unterstrich die Aussage seines Vordrängers, daß weder das irakische noch das iranische Volk durch diesen Krieg etwas zu gewinnen hätten, außer Zerstörung, Tod und Repression. Eigentliche Profiteure seien die waffenliefernden Konzerne und Staaten, die – wie Großbritannien – teilweise beide Seiten nach Kräften mit Rüstungsgütern belieferten. Den westlichen Regierungen müsse klar gesagt werden, daß der gegenwärtige militärische Aufmarsch am Persischen Golf durch nichts zu rechtfertigen sei. Ironischerweise hätte Washington die Bombardierung des US-Kriegsschiffes „Stark“ durch irakische Kampfflugzeuge dazu benutzt, die eigene Flottenpräsenz gegen den Iran auszubauen.

Als vordringliche Aufgaben für die Kampagne nannte Newens: Druck zu machen für die An-

wendung der UN-Resolution 598 (Wortlaut siehe Kasten); zu mobilisieren für ein effektives Waffenembargo gegen beide Kriegsparteien; die oppositionellen irakischen und iranischen Kräfte zu unterstützen, die Anstrengungen zu verdoppeln, um den Einfluß der Antikriegsbewegung auf die Öffentlichkeit gerade in den westlichen Hauptländern zu erhöhen.

Ein Repräsentant des GRÜNEN-Bundesvorstands bezeichnete es als ein Manko der Öffentlichkeitsarbeit, daß die Verstrickung des BRD-Kapitals in den Golfkrieg hierzulande zu wenig bekannt geworden sei. Auch habe sich die bundesdeutsche Friedensbewegung dieses Themas zu wenig angenommen. Ferner sei eine engere Zusammenarbeit mit der Opposition des Irak und Iran vonnöten.

Der DKP-Vertreter Peter Dietzel schloß daran die Forderung an die Bundesregierung an, die Grenzen für alle Iraker und Iraner zu öffnen, die vor den Furien des Krieges Rettung suchten. Desweiteren müsse Bonn jegliche weiteren bundesdeutschen Lieferungen an Kriegsgerät und Waffen an die beiden kriegführenden Staaten unterbinden. Schließlich erfordere es die durch den Spannungskurs der USA in der Golfregion bedingte Eskalationsgefahr, für eine Beendigung des Krieges einzutreten.

Peter Schütt, Schriftsteller und Sprecher des Hamburger Komitees gegen den Golfkrieg, begründete anschaulich, weshalb der Krieg die BRD sehr viel angehe. So seien bundesdeutsche Ausrüstungen und Waffen vor Ort stark vertreten. So sei die BRD der größte Handelspartner des Iran (1986: 35 Mrd \$). Und sie rangiere auch beim Irak mit vorne (1986: 13 Mrd \$). Allein dies strafe die Behauptung der Regierung Kohl Lügen, man habe keine realen Einflußmöglichkeiten auf das Kriegsgeschehen.

Antikriegsbewegung à la Vietnam

Daß sich in jüngster Zeit auf weltpolitischem Feld die Bemühungen für eine Beendigung des Golfkrieges verstärkten, sei begrüßenswert, reiche aber nicht hin. Es bedürfe, wie das historische Beispiel des Vietnamkrieges (1972/73) gezeigt habe, einer weltweiten Protestbewegung.

Anders als im Fall Vietnam, Nicaragua oder Südafrika, wo das Parteiengreifen für die eine oder andere Seite leichtfalle, sei dies beim Golfkriegsszenario sehr kompliziert. Die Lösung dieses Problems könne nur darin bestehen, einfach gegen den Krieg Partei zu ergreifen, ihn an sich zu bekämpfen. Und eben dies sei eine große Herausforderung an die Friedensbewegung.

Auf Widerspruch stieß Schütts These, dabei sei die Diskussion, wer den Krieg begonnen habe oder welches Regime schlimmer sei, nicht förderlich. Der Vertreter der irakischen Nationaldemokratischen Front hielt dem entgegen, es sei unerläßlich, die Seite zu benennen, die den Krieg 1980 entfesselt habe: „Wie soll der Krieg beendet werden, wenn wir nicht klarstellen, wer ihn begonnen hat?“ Von daher solle auch Punkt 6 des Forderungskatalogs des irakischen Friedensrates beibehalten werden. Schütt wandte zurecht dagegen ein, daß dieser Aspekt zwar für die diplomatische Weltbühne von Bedeutung sein möge. Bei der Entfaltung von Solidaritäts- und Friedensaktivitäten aber habe er sich als hinderlich erwiesen. Vielmehr komme es darauf an, hierzulande breitere Kreise dafür zu gewinnen, praktisch etwas gegen die Waffenlieferungen, für den Stop des Golfkriegs zu tun.

Bleibt anzumerken, daß die Aburteilung der Kriegsverursacher für die Völker und Oppositionskräfte des Irak und Iran zwar ein wich-

Golf-Resolution 598 des UN-Sicherheitsrats

Am 20. Juli d.J. verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einstimmig eine Entschließung zur Beendigung des Golfkrieges zwischen Irak und Iran. Sie hat folgenden Wortlaut.

Der Weltsicherheitsrat bekräftigt seine Entschließung 582 (1986), ist zutiefst besorgt, daß trotz seiner Aufrufe zu einem Waffenstillstand der Konflikt zwischen Iran und Irak unvermindert andauert, wobei es weiter schwere Verluste an Menschenleben und materielle Zerstörung gibt, beklagt den Beginn und die Fortdauer des Konfliktes, beklagt auch die Bombardierung rein ziviler Bevölkerungszentren, Angriffe auf die neutrale Schifffahrt oder zivile Flugzeuge, die Verletzung internationaler Menschenrechte und anderer Gesetze in einem bewaffneten Konflikt sowie vor allem den Einsatz chemischer Waffen entgegen den unter dem Genfer Protokoll von 1925 eingegangenen Verpflichtungen, ist überzeugt, daß es zu einer weiteren Ausweitung des Konfliktes kommen könnte, ist entschlossen, ein Ende aller militärischen Handlungen zwischen Iran und Irak herbeizuführen,

ist überzeugt, daß eine umfassende, gerechte, ehrenhafte und dauerhafte Regelung zwischen Iran und Irak erzielt werden sollte, erinnert an die Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und vor allem an die Verpflichtung aller Mitgliedsstaaten, ihre internationalen Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln auf eine Art beizulegen, in der der internationale Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, stellt fest, daß es sich bei dem Konflikt zwischen Iran und Irak um einen Bruch des Friedens handelt.

Gemäß Artikel 39 und 40 der Charta der Vereinten Nationen

1. fordert (der Sicherheitsrat), daß Iran und Irak in einem ersten Schritt zu einer Verhandlungslösung das Feuer sofort einstellen, alle militärischen Operationen zu Lande, See und in der Luft beenden und unverzüglich alle Streitkräfte auf die international anerkannten Grenzen zurückziehen;
2. ersucht den Generalsekretär um die Entsendung eines Beobachterteams der Vereinten Nationen zur Nachprüfung, Bestätigung und Überwachung des Waffenstillstandes und Rückzugs und fordert den Generalsekre-

tär ferner auf, in Konsultationen mit den Parteien die erforderlichen Maßnahmen zu treffen und dem Sicherheitsrat darüber Bericht zu erstatten;

3. dringt darauf, daß Kriegsgefangene nach der Beendigung der Feindseligkeiten und in Übereinstimmung mit der Dritten Genfer Konvention vom 12. August 1949 unverzüglich freigelassen und repatriert werden;
4. ruft Iran und Irak dazu auf, mit dem Generalsekretär bei der Verwirklichung dieser Resolution und bei der Vermittlung von Bemühungen zur Erzielung einer umfassenden, gerechten und ehrenhaften, für beide Seiten annehmbaren Regelung aller offenen Fragen in Übereinstimmung mit den in der Charta der Vereinten Nationen enthaltenen Grundsätzen zusammenzuarbeiten;
5. fordert alle anderen Staaten auf, größte Zurückhaltung zu üben und sich jeder Handlung zu enthalten, die zu einer weiteren Verschärfung und Ausweitung des Konflikts führen könnte, und auf diese Weise die Verwirklichung der jetzigen Entschließung zu erleichtern;
6. fordert den Generalsekretär auf, in Konsultationen mit Iran und Irak die Frage zu prüfen, ob ein unparteiliches Gremium mit der Untersuchung der Verantwortung für den Konflikt zu beauftragen ist, und dem Sicherheitsrat so bald wie möglich Bericht zu erstatten;
7. ist sich der Höhe des Schadens bewußt, der während des Konflikts entstanden ist, sowie der Notwendigkeit von Aussöhnungsbemühungen mit angemessener internationaler Unterstützung nach Beendigung des Konflikts, und ersucht in dieser Hinsicht den Generalsekretär, ein Expertenteam mit der Prüfung der Frage eines Wiederaufbaus zu beauftragen und dem Sicherheitsrat Bericht zu erstatten;
8. fordert den Generalsekretär ferner auf, in Konsultationen mit Iran und Irak sowie anderen Staaten in jedem Gebiet Maßnahmen zu prüfen, die Sicherheit und Stabilität in dem Gebiet fördern;
9. ersucht den Generalsekretär, den Sicherheitsrat ständig über die Verwirklichung dieser Entschließung zu unterrichten, und
10. beschließt, notfalls erneut zusammenzutreten, um weitere Schritte zu erwägen, damit die Befolgung dieser Entschließung gewährleistet wird.

(Quelle: Frankfurter Rundschau, 22.7. 1987)

tiges Anliegen sein mag. Aber sie ist doch hier wie da ein nachgeordnetes Problem bzw. sogar ein unlauteres Antifriedensargument Teherans. Und im Rahmen einer internationalen Kampagne vermag sie den Kreis der ohnehin zu wenigen Engagementwilligen nur unnötig einzuzengen.

Ein bundesdeutscher Diskutant bezweifelte sodann, ob die Forderung nach einem umfassenden Waffenembargo nicht den Sieg einer Seite, des bevölkerungsreicheren und schlechter bewaffneten Iran, befördern helfe? Das wiederum könne zur Errichtung einer islamischen Herrschaft über den Irak führen...

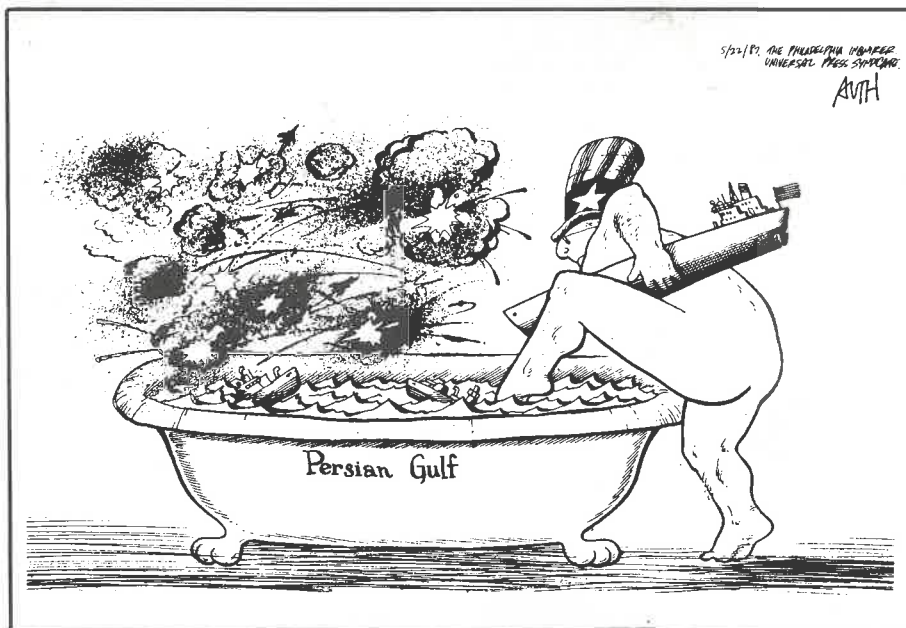
Der Vertreter der irakischen Nationaldemokratischen Front beharrte auf der Waffenembargo-Forderung, da man sie im Kontext mit den anderen Forderungen wie Waffenstillstand, UNO-Vermittlung usw. sehen müsse. Schütt fügte hinzu, daß 93% aller im Golfkrieg verwandten Waffen, aus dem Ausland stamm-

ten. Deshalb müsse ein Embargo starke Wirkung zeigen.

Alles in allem gab das Kölner Forum wertvolle Anstöße, um in der Entfaltung einer bundesdeutschen Antikriegskampagne ein Stück voranzukommen. Das 1985 gegründete Hamburger Komitee gegen den Golfkrieg hat mit der Sammlung von inzwischen 12.000 Unterschriften für einen Kriegs- und Waffenexportstopp vorgemacht, daß auch hierzulande eine breitere Öffentlichkeit ansprechbar ist.

Ein Manko des Forums gilt es dabei allerdings rasch abzubauen, nämlich die bislang zu geringe Bereitschaft von Friedensbewegung, Gewerkschaften und bundesdeutscher Sozialdemokratie die Antikriegskampagne mitzutragen. Bitter nötig wäre auch eine stärkere Unterstützung der irakischen und iranischen Kriegsgegner und Verfolgten. Hier gilt es der britischen Vorhutbewegung nachzueifern.

Wolfram Brönnert





Ellen Olms/Dietrich Schulze-Marmeling Militärmacht Israel

Als „Rückgrat der industrialisierten kapitalistischen Welt im Herzen einer unterdrückten Welt“ bezeichnete der französische Orientalist Maxime Rodinson den Staat Israel.¹ Der Jude Jakob Taut spricht von einem „kolonialistischen Siedlerstaat, der vom Imperialismus abhängig und mit ihm verbunden ist“.² Der ehemalige israelische Verteidigungsminister Ezer Weizmann definierte Rolle und Bedeutung Israels wiederum wie folgt: „Israel ist das stabilste westliche Land in der Region; es befindet sich in der vordersten Linie zur Verhinderung der sowjetischen Expansion im Nahen Osten. (...) Es ist in der Gegenwart und in der Zukunft mit den USA und dem Westen verbunden, und seine Sicherheitsbasis ist Teil der westlichen Infrastruktur.“³

„Abhängigkeit“ und „Verbundenheit“ (mit dem imperialistischen Lager) sind tatsächlich die zentralen Charakterzüge des israelischen Staates und seines Status im internationalen System. Zwar erfreut sich Israel innerhalb des imperialistischen Lagers einer relativen Autonomie, andererseits ist der Staat auf die finanzielle und militärische Rückendeckung seiner Politik durch die USA und die NATO angewiesen.

Dabei haben Israels Beziehungen zum Imperialismus verschiedene Stadien durchlaufen: In den 50er und 60er Jahren war Israel zunächst stärker mit Frankreich und der BRD liiert. Die Deckungsgleichheit zwischen französischen und israelischen Positionen ergab

sich aus Frankreichs Engagement im Algerienkrieg.

Was die BRD anbelangt, so verstand diese es, ihre Wiedergutmachungspflicht mit ihren strategischen Interessen in der Nahostregion zu verbinden. Diese Ära ist sehr eng mit dem Namen Franz-Josef Strauß verknüpft, der in den 50er Jahren von Ben Gurion als Staatsgast eingeladen wurde, um die Atomforschung zwischen beiden Ländern voranzutreiben. Wenn gleich die Rolle dieser und anderer westeuropäischer Staaten nicht unterschätzt werden darf, so war doch jene finanzielle und militärische Unterstützung, die Israel seitens der USA erfuhr und bis heute noch erfährt, von herausragender Bedeutung.

Stabilster Faktor der Region

Vor dem Junikrieg von 1967 fungierte Israel in Asien und in Afrika als Agent der ehemaligen europäischen Kolonialmächte. Seine geographische Lage ermöglichte es ihm, eine Brücke zwischen Europa, Afrika und Asien zu bilden. Der junge, kolonialgeschichtlich unbelastete israelische Staat, der der Dritten Welt (ausgenommen die arabischen Staaten) als einer von ihnen erschien, öffnete den westeuropäischen Bourgeoisien Märkte in Asien und auf dem afrikanischen Kontinent, die ihnen aus historischen, politischen und ökonomischen Gründen zunächst verschlossen blieben. Mit dem Junikrieg von 1967 diskreditier-

te sich Israel jedoch in den Augen zahlreicher Völker und Staaten der Dritten Welt und konnte seine politische und ökonomische Agentenrolle nicht länger wahrnehmen. Seither ist eine verstärkte Hinwendung Israels zu den offen repressiven und prowestlichen Regimes an der Peripherie des Weltsystems zu registrieren (s.u.).

Seit Mitte der 70er Jahre sind die Beziehungen Israels zum Imperialismus von gewissen Irritationen gekennzeichnet, ohne daß sie deshalb zur Disposition stehen würden.

Das Interesse der USA an Stabilität (im imperialistischen Sinne) und einer prowestlichen Ordnung in der Region kollidiert partiell mit der Logik des zionistischen Selbstverständnisses, das zur Eröffnung neuer Spannungsfelder führt und die Befriedung älterer wie einen Ausgleich mit den „moderaten“, prowestlich orientierten arabischen Staaten erschwert.

Es liegt im strategischen Interesse von USA und NATO, zumindest Teile der arabischen Welt in das westliche Lager hinüberzuziehen und in das eigene Vorgehen gegenüber der UdSSR und den sozialrevolutionären Bewegungen in der Region einzubinden. Neben Israel gilt es weitere Garantien westlichen Einflusses in der Region aufzubauen, wobei sich das Hauptaugenmerk der NATO diesbezüglich auf Ägypten und Saudi-Arabien richtet, die beide seit Jahren umfangreiche Militärhilfen erhalten.

Das ausschließliche Setzen auf Israel birgt zudem die Gefahr in sich, in der

arabischen Welt jeglichen Kredit zu verspielen und Einfluß zu verlieren. Doch gelangten USA und NATO nach dem Nahostkrieg von 1973 zusehends zu der Erkenntnis, daß Israel auf die Dauer starker regionaler Verbündeter bedürfe, auch zwecks Entlastung der eigenen Kräfte.

Die periodischen Proteste Tel Avivs gegenüber der Aufrüstung Ägyptens und Saudi-Arabiens sind denn auch weniger von der Furcht getragen, an diese Staaten gelieferte Waffen könnten eines Tages zum Einsatz gegen Israel kommen. Die Aufrüstung Saudi-Arabiens erfolgt in der Form der abhängigen Militarisierung und zwar in ihrer extremsten Variante. Es ist kaum davon auszugehen, daß sich die saudische Armee ohne die Hilfe der um die zehntausend westlichen Militärberater in Bewegung setzen könnte.⁴

So geht es Israel vielmehr um die Wahrung seines Status als zentraler Brückenkopf und erster Ansprechpartner des Imperialismus in der Region. Zudem dienen die Proteste der Begründung zusätzlicher finanzieller und militärischer Hilfeleistungen des Westens an Israel, quasi als Kompensation für die an arabische Staaten ergangenen Rüstungslieferungen.

Da Israel jedoch auch aus der Sicht von USA und NATO der weitaus stabilste und zuverlässigste Faktor in der Region ist, die prowestlichen arabischen Staaten hingegen von Zerrissenheit und kulturellen wie sozialen Auseinandersetzungen gekennzeichnet sind, wird die imperialistische Politik hinsichtlich der Bevorzugung Israels auch in Zukunft keine einschneidenden Veränderungen erfahren. Der einzig sichere Trabant auf lange Sicht bleibt Israel.

Einzigartige Rückendeckung

Dementsprechend erhält Israel ungleich mehr Finanz- und Rüstungshilfe durch die USA als die prowestlichen arabischen Staaten. Da Israel ökonomisch wie militärisch völlig „über seine Verhältnisse“ lebt, ist es auf die Fortsetzung der bevorzugten Behandlung durch den Imperialismus angewiesen.

Die imperialistische Rückendeckung Israels vollzieht sich in folgenden Formen:

— Die hohe Auslandsverschuldung Israels, Ausdruck seiner Kriegswirtschaft bzw. der deformierten Struktur seiner Ökonomie, wird seitens der NATO-Staaten gedeckt.

Hier ist von Interesse, daß die Zusammensetzung der israelischen Auslandschuld gänzlich anderer Natur ist, als man dies von anderen Schuldnerstaaten kennt. Ca. 80% der Schulden bestehen gegenüber Staaten (hauptsächlich USA und BRD), nicht gegenüber Privatban-

ken. Dies ermöglicht eine relativ problemlose Umwandlung von Krediten in Schenkungen.

Solange wie Israel für die NATO einen strategischen Wert darstellt, der als Basis für die Bekämpfung sozialrevolutionärer Einflüsse in einer für den Westen bedeutsamen Region unersetzbar ist und deshalb erhalten bleiben muß, werden die USA und die BRD Israel an der Frage der Verschuldung kaum zugrundegehen lassen.

— Umfangreiche militärische und ökonomische Hilfeleistungen ermöglichen es Israel, das militärische Kräfteverhältnis in der Region zu seinen Gunsten zu gestalten.

Den quantitativ größten Sprung erlebten die israelischen Militärausgaben und Rüstungsimporte im Zeitraum 1966-67 bis 1971-72. Seinerzeit verfünffachte sich der israelische Militärhaushalt.

Im gleichen Zeitraum wuchs der Umfang der Rüstungsimporte von 88 Mio auf 116 Mio US-\$.⁵ 1982 erhielt Israel — pro Kopf berechnet — vierzehnmal so viel Auslandshilfe durch die USA wie Ägypten, immerhin der wichtigste Garant amerikanischer Interessen nach Israel.⁶

Das Verhältnis der israelischen Militärausgaben gegenüber allen arabischen Staaten wird mit 2:1, gegenüber Syrien und Jordanien mit 4:1, beziffert.⁷ Israel zählt zu den wenigen Staaten, die seitens der USA hochqualifizierte Rüstungsgüter erhalten, deren Transfer eigentlich nur in NATO-Staaten gestattet ist und deren Einführung somit auf dem NATO-Markt und in der Dritten Welt zeitgleich erfolgt (und nicht erst dann, wenn das Waffensystem aus der Sicht der NATO als — bezüglich der NATO-Strategie der „flexible response“ — überholt gilt).

Zu diesen Staaten zählten Anfang der 80er Jahre außer Israel noch Ägypten, Saudi-Arabien, Südkorea, Pakistan, Venezuela und Marokko.

— Die strategische und militärpolitische Zusammenarbeit zwischen der NATO und Israel läßt sich am Beispiel des Libanonkrieges von 1982 illustrieren.

Vorab seien jedoch jene zwei Voraussetzungen genannt, auf denen die israelische Sicherheitspolitik beruht. 1. Die USA garantieren dafür, daß durch Waffen- und Technologieimporte wie Finanzhilfen die Überlegenheit der israelischen Streitkräfte gegenüber jeder arabischen Allianzbildung und Rüstung erhalten bleibt und daß sie Israels Unverletzlichkeit unter allen Bedingungen wahren würden, inklusive Kriegsdrohungen und militärische Auseinandersetzungen, was letztere anbelangt bis hin zur Konfrontation mit der UdSSR. 2. Es muß verhindert werden, daß die UdSSR den arabischen Staaten einen entsprechenden Beistand leistet.

Bestell-Coupon

(bitte einsenden an: AIB-Leser/-innen-Service, Postfach 510 868, 5000 Köln 51)



- ☐ Ich abonniere das AIB ab Nr. ____ / ab sofort
☐ Ich bestelle ____ Expl. AIB Nr. ____**
☐ Ich bestelle ____ Expl. AIB-Sonderh. Nr. ____

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 24 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr: DM). Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

Einzelheft 3 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 bzw. 2,50 DM (zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorausbezahlung (z. B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

Name/Vorname _____

Straße/Nr. _____

Postleitzahl/Wohnort _____

Datum/Unterschrift _____

Gewünschte Zahlungsweise (bitte ankreuzen):

☐ Bankinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Kontonummer _____

Bankleitzahl _____

Geldinstitut _____ in _____

☐ Rechnung

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB Leser/-innen-Service, Postfach 510 868, 5000 Köln 51, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum/Unterschrift _____

Werbepremie

Der oben aufgeführte AIB-Abonnent wurde von mir geworben:

mein Name _____

meine Adresse _____

mein Prämienvorschlag aus dem AIB-Angebot _____

AIB
DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Hg.: Martina Racki

neu
Frauen in der
Selbstverwaltungswirtschaft
ISBN 3-923 126-79-2
ersch. Herbst 1987
ca. 200 Seiten
M 83 — ca. DM 24,-

In subjektiven Berichten selbstverwaltet arbeitender Frauen und empirischen Untersuchungen wird das gegenwärtige Bild der Frauenarbeit in selbstverwalteten Betrieben unter verschiedenen Aspekten dargestellt und analysiert. „Staatsknete“, „Selbsthilfe“, Autonomie sind neben anderen gesellschaftspolitischen Reflexionen ebenfalls Themenschwerpunkte des Bandes.

Rolf Schwendter
**GRUNDLEGUNGEN ZUR
ALTERNATIVEN ÖKONOMIE**
Bd. 1: Die Mühlen der Berge
M 72 — 292 Seiten
Bd. 2: Die Mühlen der Ebenen
M 73 — 267 Seiten
je Band DM 24,-
zusammen DM 39,-

Dokumentiert wird die Diskussion um die Alternative Ökonomie von ihren Anfängen im 19. Jahrhundert und ihrem Neubeginn in den frühen 70er Jahren, über Klassiker der neueren Diskussion (Bartning, Roth u.a.) bis hin zu aktuellen Problemen wie Bankengründung, Alterssicherung, Alternativforschung...



**B. Flieger
PRODUKTIV-
GENOSSEN-
SCHAFTEN
oder der
Hindernislauf
zur Selbst-
verwaltung**
339 S.
M 61 — DM 24,-

Produktivgenossenschaften haben eine lange Tradition in Dtl. Diese Aufarbeitung der Geschichte und insbes. der Schwierigkeiten genossenschaftlicher Organisation, soll heutigen Produktivgenossenschaften alte Fehler vermeiden helfen.



Hg: Projektgruppe
**VORWÄRTS-
BEFREIUNG**
Genossenschaftliche
Selbsthilfe im
Bergischen Land
223 S. — DM 19.80

Israel marschierte seinerzeit nicht ohne die Zustimmung Washingtons in den Libanon ein.

Noch kurze Zeit vorher genehmigte die US-Administration den Verkauf von 75 F-16-Bombern an Israel. Parallel dazu billigte das Senatskomitee für Auswärtige Beziehungen die Erhöhung der Wirtschaftshilfe an Israel um 123 Mio \$ sowie die Umwandlung der Gesamtsumme — immerhin 910 Mio \$ — in eine Schenkung.

Im ersten Quartal des Jahres 1982 erhielt Israel von den USA militärische Ausrüstungsgegenstände im Werte von 217.698.000 \$. Dies bedeutete gegenüber den Lieferungen, die im gleichen Zeitraum des Jahres 1980 Israel erreichten, eine Verzehnfachung. Im Mai und Juni des Jahres 1982 verschifften die USA 40 M-60-Panzer nach Israel. Außerdem erhielt Israel mit Computern ausgerüstete steuerbare Bomben („Smart Bombs“) mit verzögerter Zündung und von höchster Zielgenauigkeit, die später gegen Wohngebäude in Beirut eingesetzt wurden.

Gleichklang beim Libanonkrieg

Noch bevor der israelische Einmarsch begann, befahlen die USA den Aufmarsch ihrer Kriegsflotte vor der Küste des Libanon. Am Tag, als die israelische Invasion startete, unterhielten die USA eine gigantische Kriegsflotte im Mittelmeer und vor der libanesischen Küste.

Der Flugzeugträger „Kennedy“ gab Israel Deckung aus der Luft und schützte Israels Operationen zur See gegen mögliche arabische Gegenangriffe. Der Flugzeugträger „Eisenhower“, ausgerüstet mit atomar bewaffneten Bombern, bezog Stellung im maritimen Einflußbereich der UdSSR nahe Kreta.

Von der UdSSR sollte dies so verstanden werden, daß die USA darauf vorbereitet und dazu bereit seien, den Libanonkrieg zu einer Auseinandersetzung mit der UdSSR zu eskalieren, sollte diese den Palästinensern und arabischen Kräften zur Hilfe eilen.⁸

Die israelische Ökonomie war stets eine kapitalistische, allerdings eine schwache und strukturell deformierte. Seit dem Nahostkrieg von 1973 hat Israel seine Bemühungen um die Herstellung von Rüstungsgütern in eigener Regie wie den Export von Waffen stetig verstärkt.

Mit dieser Orientierung auf eine nationale Waffenfertigung versuchte Israel gleich zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Zum einen hatte der Krieg von 1973 dokumentiert, daß die israelische Armee hinsichtlich der Form ihrer Kriegführung von den USA abhängig war. Sie war nicht dazu in der Lage, Zeitpunkt und Tempo der Kriegführung unabhän-

gig vom US-Nachschub zu gestalten. Diese Abhängigkeit reduzierte Israels politische Optionen und ermöglichte Henry Kissinger, die Israelis zu einem gewissen Einlenken gegenüber Ägypten und Syrien wie zur Beendigung des Krieges zu einem Zeitpunkt zu bewegen, der für die USA von Vorteil war. Der Aufzug eines eigenen militärisch-industriellen Komplexes sollte Israels politischen Spielraum — auch und gerade gegenüber den USA — erweitern, wenngleich die israelische Rüstungsproduktion mit der US-Rüstungsindustrie eng verzahnt ist.

Aufsteiger unter Rüstungsexporteurern

Zwar werden 96% des Gesamtproduktionswertes durch einheimische Herstellung erzielt. Indessen existiert aufgrund der sehr engen Beziehungen zur US-Rüstungsindustrie und der großen Menge US-amerikanischer Teile in israelischen Waffen kein entsprechender Maßstab an Unabhängigkeit in der israelischen Rüstungsindustrie.

Desweiteren erhoffte sich Israel dadurch eine Behebung der strukturellen Defizite seiner Ökonomie. Ähnlich wie andere „Schwellenländer“ in der Dritten Welt spekulierte man auf den sog. „Spilloff-Effekt“: Da zur Produktion technologisch anspruchsvoller Waffensysteme (und nirgendwo sind die technologischen Ansprüche derart groß, wie in der Rüstungsindustrie) eine qualifizierte und diversifizierte Industriestruktur benötigt wird, würde die unmittelbare Rüstungsproduktion motivierend bezüglich des Aufzugs weiterer Industriezweige, die dann als Zulieferer fungieren würden, wirken.

Tatsächlich wurde der deformierte Charakter der israelischen Ökonomie lediglich auf neuer Ebene reproduziert. Nahezu die gesamte Metall- und Elektronikindustrie Israels dient als „Sklave“ für die Waffenproduktion und den Waffenexport.

Die Metallindustrie, die durch die Orientierung auf Rüstungsproduktion geschaffen wurde, ist nicht auf die Bedingungen und Bedürfnisse des zivilen Marktes ausgerichtet und hat hier keine Möglichkeit, mit ausländischen Firmen zu konkurrieren. Die gegenwärtige Industriestruktur ist dadurch gekennzeichnet, daß ein großer militärischer Sektor existiert, um den herum sich ein Spektrum verschiedener Zulieferindustrien gruppiert, die letztendlich nicht mehr als Subunternehmen der Rüstungsindustrie sind.

1980 betrug der Anteil der Rüstung am Gesamtexport bereits 40%. 25% der israelischen Arbeitskraft waren in der mit der Rüstungsproduktion korrespondierenden Industrie beschäftigt.⁹ Der

militärische Sektor ist der alles dominierende Faktor im ökonomischen Leben des Landes.

Aufgrund der hohen Stückkosten der Produktion größerer Waffensysteme, und dies gilt insbesondere für die periphere Waffenfertigung, wohnt dem ein Zwang zum Rüstungsexport inne. Denn das Problem der hohen Kosten ist nur dadurch zu lösen, daß entweder lediglich kleine Reihen hergestellt werden, was jedoch militärisch nicht sinnvoll ist, oder aber die Kosten pro Rüstungsgut durch größere Produktionsmengen verringert werden.

Diese größeren Mengen finden jedoch im eigenen Land keinen Absatz. So bietet der Rüstungsexport die Möglichkeit, einen Teil der Kosten für die Ausrüstung der eigenen Armee zu kompensieren.

Israel ist mittlerweile zum bedeutendsten Waffenproduzenten in der Dritten Welt avanciert, hat somit Indien diesbezüglich überflügelt.

Im Zeitraum 1980-84 produzierte Israel Waffen im Werte von 1.342 Mio \$. Beide Staaten zeichneten im selben Zeitraum für 47% des Gesamtproduktionswertes an Waffen in der Dritten Welt verantwortlich.

Desweiteren ist Israel nach Brasilien der größte Waffenexporteur in der Dritten Welt. Die dominante Stellung beider Staaten im Bereich des peripheren Waffenexports wird daraus ersichtlich, daß auf Israel und Brasilien nicht weniger als 75% aller Waffenexporte aus der Dritten Welt entfallen. Unter den Dritte-Welt-

Waffenexporteuren stellt Israel den einzigen Staat, der Waffen aller vier Kategorien (Flugzeuge, gepanzerte Fahrzeuge, Raketen und Schiffe) ausführt.¹⁰ Die Kunden israelischer Waffenexporte lassen sich in folgende drei Kategorien einteilen:

1. Dritte-Welt-Länder und solche Staaten, die es aus politischen Erwägungen vorziehen, zumindest Teile ihrer Waffenarsenale nicht bei den Großmächten zu beziehen.
2. Entwickeltere Staaten, die die Qualität israelischer Waffen und deren Preise bevorzugen.
3. Staaten, denen es schwerfällt, schnell von anderen Staaten jene Rüstungsgüter zu erhalten, die sie begehren (da international diskreditiert — z.B. Südafrika — und/oder aggressiven Charakters).

Was Israels Politik gegenüber der letzten Staatengruppe anbelangt, so spielt Tel Aviv hier im Rahmen einer internationalen proamerikanischen Arbeitsteilung eine ähnliche Rolle wie Saudi-Arabien. Israel und Saudi-Arabien sind zwei wesentliche Eckpfeiler der amerikanischen „Counterinsurgency“-Strategie (Aufstandsbekämpfung; d. Red.) zur Eliminierung emanzipatorischer Regimes und Bewegungen in der Dritten Welt.

Saudi-Arabien betätigt sich als Sponsor diverser proamerikanischer strategischer Projekte, nicht nur in der Region des Nahen-/Mittleren Ostens, sondern auch in Afrika und auf dem lateinamerikanischen Subkontinent. Somit finden die enormen Finanzüberschüsse der Saudis,

die ansonsten eine Gefahr für die Stabilität des westlichen Finanzsystems darstellen könnten, aus der Sicht Washingtons eine produktive Verwendung.

Wo immer die US-Administration finanzielle Nöte drücken, steht die saudische Regierung hilfreich zur Seite.

So finanziert Saudi-Arabien die „Contras“ in Nicaragua wie die UNITA-Rebellen in Angola. Israel ist im Rahmen dieser Arbeitsteilung für die militärische Ausrüstung von Regimes zuständig, deren Unterstützung — ähnlich wie die der „Contra“ und der UNITA — in den USA auf innenpolitischen Widerstand stößt und die US-Administration international zu desavouieren droht.

Mentalität der Wagenburg

Bei der Durchsicht der Empfänger israelischer Rüstungsgüter fällt die große Zahl repressiver Regimes wie ihr hoher Anteil am gesamten Rüstungsexport des zionistischen Staates auf. Die Hauptabnehmer israelischer Rüstungsgüter sind international diskreditierte Regimes. Angeführt wird die Empfängerliste dementsprechend vom südafrikanischen Burenregime.

Die israelisch-südafrikanischen Sonderbeziehungen sind bereits älteren Datums und dürfen darin begründet liegen, daß die Regierungen beider Staaten sich in verwandten Situationen wähen bzw. mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sehen. Um den Charakter ihrer politischen Systeme zu sichern, sind die Regierungen beider Länder auf den weitgehenden Ausschluß größerer Teile der Bevölkerung vom gesellschaftlichen Leben wie auf eine Spaltung der Gesellschaft entlang ethnischer Linien angewiesen.

Das südafrikanische wie das israelische Regime wähen sich in einem Zustand der „Belagerung“ und entwickeln vor diesem Hintergrund eine Wagenburgmentalität chauvinistisch-nationalistischen Charakters. Der südafrikanische Apartheidstaat könnte dem Staat Israel noch als Vorbild bezüglich des Umgangs mit seinen wachsenden demographischen Problemen, insbesondere was die besetzten Gebiete anbelangt, dienen.

Die Verbindungen zu Südafrika datieren aus den ersten Tagen des Bestehens Israels. Als die pronazistische Partei Daniel Malans 1948 in Südafrika an die Macht gelangte, bestand eine ihrer ersten Amtshandlungen in der diplomatischen Anerkennung Israels. 1952 war Malan der erste Regierungschef, der Israel besuchte und der dortigen Regierung seine Aufwartung machte.¹¹

In den 70er Jahren ging ein gutes Drittel der israelischen Kriegsschiffexporte nach Südafrika. Desweiteren erhielt und

Israelische Geschützstellung vor den Toren Beiruts während des Libanonkriegszuges 1982



Israels SDI-Einstieg

Israel ist der erste Nicht-NATO-Staat, der seine Beteiligung am SDI-Projekt zugesagt hat. Damit erfährt die ohnehin schon enge strategische Zusammenarbeit zwischen den USA und Israel eine weitere Ausweitung. Die amerikanisch-israelische SDI-Kooperation soll sich auf die folgenden Bereiche der Forschung und Entwicklung erstrecken:

- verschiedene Formen von Hochenergie-lasern,
- kinetische Waffen,
- Richtstrahlentechnologie, die die Bündelung von Energie auf ein spezifisches Punktziel ermöglichen soll,
- superschnelle Computer der fünften Generation, die den Schritt von der Datenverarbeitung zur Wissensverarbeitung vollziehen sollen.

An SDI-taugliche Computer werden hohe Ansprüche gestellt. Sie müssen auch mit unvorhersehbaren Situationen und insbesondere mit unvorhersehbaren Gegenmaßnahmen fertig werden können, was bedeutet: ein SDI-Computer muß selbständig Probleme lösen, muß sich als lernfähig erweisen, muß dazu in der Lage sein, auch bei unvollständigen und widersprüchlichen Daten Wahrscheinlichkeitsschätzungen anzustellen.

Aufträge in der Computertechnologie

Speziell auf dem Forschungs- und Entwicklungsfeld der Computertechnologie soll Israel im Rahmen des SDI-Projektes eine bedeutendere Rolle zugeordnet werden. Die israelische Rüstungsindustrie hat der SDI-Organisation mittlerweile 150 Projektvorschläge unterbreitet, die Subkontrakten im Werte von 50-100 Mio \$ pro Jahr entsprechen würden.

Das israelische Interesse an SDI gestaltet sich wie folgt:

- Eine Beteiligung an SDI soll garantieren, daß das hohe technologische Niveau des israelischen Rüstungssektors wie der mit diesem verquiekten Sektoren auch fortan erhalten bleibt. In allen bisherigen Nahostkriegen war die technologische Überlegenheit der Israelis ein kriegentscheidender Faktor.
- Im Rahmen von SDI geht es auch um sog. Anti-Raketen-Raketen (Anti Tactical Mis-

siles/ATM bzw. Anti Tactical Ballistic Missiles/ATBM), die nach Wiedereintritt der Gefechtsköpfe einer Interkontinentalrakete in die Erdatmosphäre oder aber — und dies ist für Israel von weit größerem Interesse — gegen Raketen mittlerer und kurzer Reichweite zum Einsatz kommen würden. Derartige Anti-Raketen-Raketen müssen über eine enorme Schubkraft verfügen. Desweiteren muß die Möglichkeit zur schnellen und exakten Zielerfassung und umgehenden Weitergabe der Daten bestehen, wozu man Infrarot- oder Radar-Sensoren wie Computer der fünften und sechsten Generation benötigt.

Ein Raketenabwehrsystem, das zur Zerstörung von Raketen kurzer und mittlerer Reichweite taugt, würde auf dem nahöstlichen Kriegsschauplatz die Gewichte weiter zugunsten Israels verschieben. Denn die einzige militärisch glaubwürdige Vergeltungsoption, über die Syrien — als Hauptkontrahent — heute verfügt, sind Boden-Boden-Raketen sowjetischer Herkunft, mit denen sich Ziele auf israelischem Territorium anvisieren lassen. Mit der Stationierung von SS-21-Raketen in Syrien läuft Israel Gefahr, im Falle eines Angriffs, der der Existenz Syriens gilt, einen unakzeptablen Schaden zu erleiden. Für Syrien ist diese Option von so großer Bedeutung, weil — bedingt durch die Besetzung der Golan-Höhen — israelische Streitkräfte nahe den Zentren des politischen und ökonomischen Lebens des Landes stationiert sind, somit eine stete Bedrohung darstellen, der Syrien ansonsten nichts Entsprechendes entgegenzusetzen hat.

Israel wertet die Stationierung von Raketen, die von Syrien aus israelisches Territorium erreichen können, als Indiz für angeblich aggressive Absichten der Regierung in Damaskus. Allerdings: Bevor Syrien sowjetische Boden-Boden-Raketen erhielt, lieferten die USA bereits „Lance“-Raketen an Israel.

„Irdische“ Nutzungsziele

Zudem verbleiben die SS-21-Raketen unter der Kontrolle sowjetischen Personals und sind somit nur mit sowjetischer Zustimmung einsetzbar. Die UdSSR hat jedoch noch in jedem Nahostkrieg deutlich gemacht, daß eine arabische Kriegführung, die der Existenz Israels gilt, nicht ihre Billigung geschweige denn ihre Unterstützung findet.

ATM/ATBM-Waffen werden zu den ersten verfügbaren Resultaten des SDI-Projektes zählen. Desweiteren wird eine SDI-Beteiligung es Israel ermöglichen, Fortschritte in der elektronischen Kriegführung (bei den Luftstreitkräften wie bei den Bodentruppen) wie im C³-I-Bereich (= command, control and communication = Kampfführung) zu tätigen. SDI ist somit weit weniger phantastisch, als das Modell einer weltraumgestützten Raketenabwehr zunächst suggerieren mag.

SDI ist weit „irdischer“ als gemeinhin angenommen wird. In Europa wie im Nahen Osten wird SDI eine schrittweise Revolutionierung des konventionellen Kriegsbildes zur Folge haben. E. Olms/D. Schulze-Marmeling

erhält Südafrika Raketen, Kampfflugzeuge (Kfir und nachgebaute Mirage), Helikopter, Raketen, Artilleriegeschütze, Panzerabwehrwaffen, Radar- und Überwachungsanlagen wie ein breites Spektrum von „Counterinsurgency“-Ausrüstung aus Israel.

Die militärische Kooperation zwischen beiden Staaten erstreckt sich auch auf den nuklearen Bereich. Als Südafrika 1975 im Südatlantik einen Atomtest absolvierte, war Israel mit von der Partie. Südafrikanische Rohstoffe und israelisches Know-how gehen eine spezifische Kombination ein: während Südafrika von Israel nukleare Technologie erhält, kommt Tel Aviv in den Genuß angereicherten Urans.

Einen Meilenstein in der südafrikanisch-israelischen Kooperation stellte 1976 der Staatsbesuch des damaligen Premiers John Vorster in Israel dar. Die Regierungen vereinbarten Formen der strategischen Zusammenarbeit wie die Etablierung eines Komitees, das von Mitgliedern beider Kabinette bestellt werden sollte („Ministerial Joint Committee“).

Diesem gemeinsamen Komitee sollten auch die Verteidigungsminister beider Staaten angehören. Im Austausch für strategische Rohstoffe sagte Israel dem Burenregime konventionelle Waffenlieferungen, nukleartechnologische Kooperation und Unterstützung auf dem Sektor der Aufstandsbekämpfung zu.¹²

„Atombombe im Keller“

Auf dem lateinamerikanischen Subkontinent erhalten u.a. die repressiven Regimes in El Salvador, Guatemala und Honduras umfangreichere israelische Waffenlieferungen. Während der letzten Jahre der Somoza-Diktatur zeichnete Israel für den Großteil der militärischen Ausrüstung des Regimes verantwortlich. 1980 bestritt Israel nahezu den gesamten Waffenimport El Salvadors.

Die mittelamerikanischen Staaten sind insbesondere an „Counterinsurgency-Importen“ interessiert. Dabei geht es nicht nur um Kriegsmaterial, sondern auch um Ausbildungsmissionen und Trainingsprogramme, die die Waffenlieferungen in diese Länder oftmals begleiten.¹³

Israel unterhält Rüstungsbeziehungen zu allen bedeutenden Staaten Mittel- und Südamerikas, ausgenommen Brasilien, das selbst produziert und exportiert. Argentinien rangierte zeitweise — d.h. z. Zt. der Militärdiktatur — auf dem zweiten Platz der Empfängerliste. Israels Rüstungsimporte nach Chile erlebten einen dramatischen Anstieg, nachdem die USA ihr militärisches Unterstützungsprogramm suspendiert hatten.

Mit dem Ende der Amtszeit Carters und

dessen Menschenrechtskampagne wurde die Rolle Israels als Lieferant repressiver lateinamerikanischer Regimes zwar relativiert, blieb aber nichtsdestotrotz bedeutend.¹⁴

Israel betreibt bereits seit einiger Zeit eine Abschreckungspolitik der „Atombombe im Keller“.

Dies bedeutet: Israels Abschreckungskraft beruht nicht zuletzt darauf, daß ihm seine arabischen Nachbarn den Bau oder gar den Besitz der Atomwaffe zu trauen. Jüngere Untersuchungen und Enthüllungen bezeichnen Israel als „sechste Atommacht“.

Israel soll über eine unterirdische Anlage (mit französischer Hilfe errichtet) verfügen, die es dem Staat erlaubt, 40 kg Plutonium jährlich zu extrahieren, was für den Bau von 10 „unsauberen“ A-Bomben ausreicht. Desweiteren soll Israel die Ausrüstung erworben haben, mit deren Hilfe Bestandteile für thermonukleare Waffen (Wasserstoffbomben) hergestellt werden können. Der israelische Vorrat an Atombomben wird



Elektronisches Gerät wird von den israelischen Patrouillen im okkupierten Golan genutzt

mit 100 bis 200 beziffert.¹⁵

Von der israelischen Regierung wird der Besitz der A-Waffe nicht definitiv bestritten. Vielmehr muß davon ausgegangen werden, daß gewisse Spekulationen bezüglich eines israelischen A-Bomben-Besitzes von Tel Aviv bewußt geschürt werden (s.u.).

Israel instrumentalisiert die „Atombombe im Keller“ in zwei Richtungen:

- Die arabischen Staaten sollen so von einer militärischen Aktion abgeschreckt werden, die die Existenz Israels tangieren könnte. Dabei wird allerdings bewußt offen gelassen, ab welchem Punkt

einer militärischen Auseinandersetzung Israel seine Existenz als bedroht definiert. Theoretisch könnte dies bereits der Fall sein, wenn Syrien zur Rückeroberung der von Israel besetzten Golan-Höhen ansetzt.

Interessanterweise wird die Geschichte von Israels Atombombe von den internationalen Medien immer dann aufgegriffen, wenn ein Waffengang in der Region zu drohen scheint. Die Strategie der „Atombombe im Keller“ verfolgt die Absicht, die arabischen Staaten mit der Drohung des Atomschlages präventiv einzuschüchtern für den Fall, daß sie jemals Israel mit ihren konventionellen Streitkräften ernstlich in Gefahr bringen sollten. Ob real oder fiktiv: Die israelische Bombe ist ein bedeutendes Element der Abschreckungspolitik des zionistischen Staates.

— Desweiteren läßt sich mit Hilfe der „Atombombe im Keller“ auch Druck in Richtung USA ausüben. Da die USA nicht daran interessiert sein können, durch einen israelischen Atomwaffen-

position und Kräftekonstellation existierte für Israel im Nahostkrieg von 1973. Nichtsdestotrotz konnte Israel auch diesen Feldzug mit territorialen Gewinnen beenden.¹⁶ Die arabischen Streitkräfte erreichten in den Jahren nach 1974 niemals wieder eine derartige quantitative Stärke wie 1973.

Selbst die einzig verbleibende theoretische Option, nämlich die Rückeroberung der von Israel okkupierten Gebiete durch Eröffnung eines Blitzkrieges, wurde durch Truppenentflechtungsabkommen wie durch Lieferung von Radar- und Kontrollflugzeugen und Aufklärungs-„drohnen“ an Israel hinfällig. Die Chance der arabischen Staaten, gegen Israel einen erfolgreichen Überraschungsschlag zu führen, tendiert faktisch gegen Null.

Wie bedroht ist Israel?

Zudem ist Ägypten mit dem Camp-David-Abkommen (1979) bis auf weiteres aus der militärischen Gleichung ausgeschieden. Die Ägypter hatten in der Vergangenheit jedoch die größten Streitkräfte gegen Israel gestellt (das gesamte mobilisierbare Heerespersonal Ägyptens beträgt 620.000 Mann, ist somit mehr als doppelt so groß wie das Syriens).

Ein eher als irreal zu bezeichnendes „Worst-Case-Szenario“ (schlimmster Fall; d. Red.) von Jehoshua Raviv gelangt zu dem Ergebnis, daß die arabischen Staaten selbst beim für Israel schlimmsten aller theoretisch denkbaren Fälle gegenüber dem zionistischen Staat und seiner Armee 1980 schwächer waren als 1973.¹⁷ Irreal ist Ravivs Szenario deshalb zu denunzieren, weil es von teilweise falschen Voraussetzungen ausgeht.

So konstruiert Raviv eine arabische Koalition, die aus Syrien, Irak, Jordanien(!), Sudan(!), Saudi-Arabien(!), der PLO und Algerien besteht. Desweiteren rechnet er Divisionen gegen Divisionen auf und setzt sowjetische und französische Panzer und Flugzeuge mit arabischen Besatzungen den modernen israelisch bemannten Panzern und Flugzeugen (Herkunftsland u.a. USA) gleich.

Bislang hat jedoch noch jeder Nahostkrieg gezeigt, daß die Israelis den arabischen Staaten hinsichtlich Ausrüstung wie Qualifikation ihrer Streitkräfte deutlich überlegen sind. Immerhin betragen Israels Militärausgaben pro aktives Militärpersonal noch heute mehr als das Doppelte wie die entsprechenden Ausgaben Ägyptens, Jordaniens und Syriens zusammengenommen.¹⁸

Was Syrien anbelangt, den bedeutendsten Widersacher Israels, so konnte sein militärisches Potential unter Hafez al-Assad mit sowjetischer Hilfe ganz erheb-

lich ausgeweitet und modernisiert werden. Angesichts dessen gehen alle seriösen militärischen Analysen davon aus, daß Syrien sich auch auf dem derzeitigen Stand seiner militärischen Rüstung zwar mit sowjetischer Hilfe gegen einen Angriff von außen verteidigen, einen Krieg gegen Israel aber nicht gewinnen könnte.¹⁹

Zudem: Was oftmals unberücksichtigt bleibt, das ist das starke Gefühl der Bedrohung durch Israel, das das militärpolitische Denken Syriens bestimmt. Das unrealistische Ziel der Vernichtung Israels hat Syrien längst aufgegeben, ganz abgesehen davon, daß Damaskus für ein derartiges Kriegsziel kaum die Unterstützung der UdSSR erhalten dürfte. Angestrebt wird heute vielmehr lediglich ein „strategisches Gleichgewicht“ mit Israel. So läßt sich also keine Bedrohung konstatieren, die Israels Hochrüstung rechtfertigen und als defensiv erscheinen lassen könnte.

Anmerkungen:

- 1) M. Rodinson, Israel and the Arabs, London 1986
- 2) J. Taut, Judenfrage und Zionismus, Frankfurt/M. 1986
- 3) Zit. nach: ebd.
- 4) Zur Rolle Saudi-Arabiens siehe insbesondere: E. Olms/D. Schulze-Marmeling, Saudi-Arabien – Westlicher Vorposten am Golf, in: Arbeiterkampf, Nr. 283
- 5) E. Howard, Israel: The Sorcerer's Apprentice, in: Merip Reports, Washington, Februar 1983
- 6) J. Taut, Judenfrage..., a.a.O.
- 7) A. Cordesman, The Financial Side of the Mideast Arms Race, AFJI, November 1982
- 8) Alle Angaben nach: C. Wright, Israels Attack no Surprise to Pentagon, in: These Times, 14.9.1982
- 9) E. Howard, Israel..., a.a.O.
- 10) Alle Angaben nach: SIPRI-Yearbook 1986
- 11) Zu den israelisch-südafrikanischen Beziehungen siehe insbesondere: J. Bunzl, Die Vereinigten Staaten, Israel und Südafrika, Wien 1981
- 12) E. Howard, Israel..., a.a.O.
- 13) Ebd.
- 14) Ebd.
- 15) Alle Angaben nach: Sunday Times, 5.10.1986 und AfricAsia, Paris, November 1986
- 16) Zu dem Krieg von 1973 siehe insbesondere: L. Ruehl, Israels letzter Krieg, Hamburg 1974
- 17) J. Raviv, The Arab-Israeli Military Balance, Tel Aviv 1980
- 18) A. Cordesman, Jordanian Arms and the Middle East Balance, Washington 1983
- 19) Vgl. K.S. Brower, Das militärische Gleichgewicht im Nahen Osten, in: Internationale Wehrrevue, Nr. 7/1986

Ellen Olms ist Mitglied der Bundestagsfraktion der „GRÜNEN“ und der AL-Berlin. Dietrich Schulze-Marmeling ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsfraktion der „GRÜNEN“ und der „Dokumentationsstelle Friedens- und Sicherheitspolitik e.V.“

Uruguay

Alfonso Gonzales Bewährungsprobe für die Demokratie



Die Polizei schützt sich gegen aufgebrachte Demonstranten, die am 22. 12. 1986 gegen das Amnestiegesetz für die Militärs protestieren

Nach über einem Jahrzehnt Militärdiktatur walteten seit dem 1. März 1985 wieder eine gewählte Zivilregierung und ein Parlament in Uruguay.

Daß die individuellen und politischen Freiheiten wieder gelten, versteht sich. Man kann nachts ruhig schlafen, kein Polizeikommando schreckt einen um 3 Uhr nachts aus dem Schlaf. Alle Parteien und Bewegungen sind legal, auch die Tupamaros, die nach ihrer Freilassung aus den Kerkern der Diktatur den neuen Bedingungen entsprechend der Guerilla abgeschworen haben.

Die Zensur reagiert höchstens noch mit einem grünen Strich über die Ankündigungen pornographischer Filme, ungehindert finden Demonstrationen statt und Gewerkschafter werden nicht mehr staatlicherseits – nur noch von den Unternehmern! – verfolgt. Kann man mehr von einer bürgerlichen Demokratie verlangen?

Auch in der Außenpolitik des Landes ist ein bedeutsamer Umschwung eingetreten: Allen wirtschaftlichen Bindungen an die USA zum Trotz, spielt Uruguay heute eine unabhängige und fortschrittliche Rolle im internationalen Konzert, besonders in Lateinamerika. Diplomatische Beziehungen zu Kuba und Nicaragua wurden aufgenommen und die Friedensinitiative der Contadorgruppe in Mittelamerika wird unterstützt.

Jedoch so wichtig Freiheiten und Frieden sind, die Menschen müssen sich auch ernähren. Und im wirtschaftlichen und sozialen Bereich läuft so gut wie alles genau so wie weiland unter der Diktatur. Von der Regierung, die von der Colorado-Partei des Präsidenten Julio Maria Sanguinetti geführt wird, hatte gewiß niemand radikale Reformen oder gar soziale Strukturveränderungen erwartet. Doch selbst die Richtlinien, die die vier wichtigsten Parteien des Landes noch vor den Wahlen von November 1984 gemeinsam ausgearbeitet hatten, sind längst dem Vergessen anheimgefallen.

Wirtschaftspolitik wie gehabt

Die Wiederbelebung der Wirtschaft durch Stärkung der Kaufkraft der Bevölkerung, eine allmähliche Erhöhung der unter der Diktatur halbierten Löhne, Gehälter und Pensionen wurde durch die Forcierung des Exports ersetzt. Statt die verschuldete nationale Industrie und Landwirtschaft wieder auf die Beine zu bringen, werden die Banken – von den 22 hier tätigen sind 20 in ausländischem Besitz – saniert und weiterhin das spekulative Finanzkapital auf Kosten des produktiven protegert.

Die Auslandsschuld von über 5 Mrd \$ schwillt an, denn nach dem Rezept des

Internationalen Währungsfonds (IMF) werden neue Kredite aufgenommen nur um die fälligen Zinsen zahlen zu können: 410 Mio \$ im Vorjahr, bei nur 250 Mio \$ Exportüberschuß. Zugleich müssen die Staatsausgaben gesenkt werden, um das Budgetdefizit zu reduzieren.

So wird am Bildungs-, am Gesundheitswesen, an den Gehältern in den staatlichen Betrieben und Ämtern gespart – mit Ausnahme des Etats für Polizei und Militär, der 40% des Budgets ausmacht –, und da alles nicht reicht, beginnt man jetzt auch städtische und staatliche Unternehmen zu verkaufen. Die neoliberalen Thesen Milton Friedmanns und seiner Chicago-Boys, das „laissez faire“, das vor kaum fünf Jahren Uruguay, Chile und Argentinien in eine tiefe Krise stürzte, ist wieder vorherrschende Wirtschaftsphilosophie der Regierung.

Banken, Multis als Nutznießer

Industrieunternehmen können krachen, landwirtschaftliche Betriebe zwangsversteigert werden ... nur wenn eine Bank in Schwierigkeiten kommt, eilt Väterchen Staat zu Hilfe. Unter den Militärs wie unter den Colorados.

Mit den weit über 700 Mio \$, mit denen die Banco de la República die Privatbanken saniert hat, indem sie deren nicht eintreibbare Außenstände von bankrotten Schuldner und von denen, die längst die geliehenen Millionen ins Ausland verschoben haben, aufgekauft hat, hätte sie viermal das Vermögen aller Banken und damit das gesamte Bankwesen in die Hände bekommen können. Doch da die einflußreichen Leute der regierenden Colorado-Partei zur Finanzelite zählen, sollen nur ihre Verluste – mit den Geldern des Volkes – sozialisiert werden, beileibe nicht ihre Gewinne.

Dem ausschließlichen Nutzen des internationalen Finanzkapitals und der multinationalen Konzerne dienen auch drei Gesetzesentwürfe, die dem Parlament bzw. dem Senat zur Beschlußfassung vorliegen. Einem Gesetz zur Errichtung sog. „Freier Wirtschaftszonen“ fehlt nur noch die Zustimmung des Senats.

Um dem Auslandskapital Investitionsanreize zu geben, sollen in diesen „extraterritorialen“ Gebieten alle Anlagen von jeder Besteuerung und die Importe von Zöllen befreit werden. Für alle Wertpapiere, Edelmetalle und Devisen ist volle Freizügigkeit vorgesehen. Gleichfalls garantiert die Regierung den Anlegern die Kontinuität der neoliberalen Wirtschaftspolitik. Bei Zuwiderhandlung kann der Staat verklagt werden.

Das Direktorium der uruguayischen Industriekammer hatte das Gesetz anfangs begrüßt. Doch am 10. Juli d.J. versam-

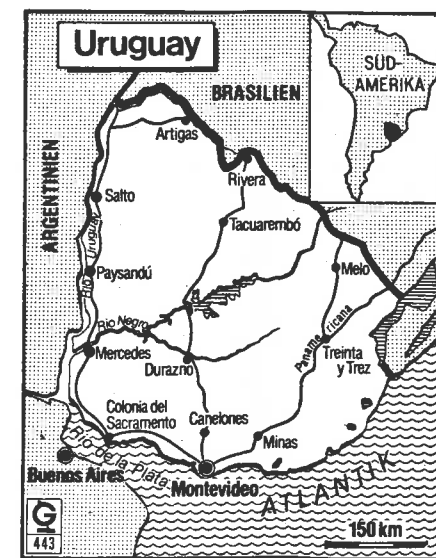
elten sich die Präsidenten und Sekretäre aller angeschlossenen Berufs- und Unternehmerverbände und mißbilligten mit 40 gegen 5 Stimmen die Position ihres Direktoriums: „30-45% aller nationalen Betriebe müßten schließen, weil sie bei einem Kostennachteil von 120 zu 100 nicht konkurrieren könnten. Auf 3.000 versprochene neue Arbeitsplätze in den 'Freizonen' käme ein Vielfaches an Arbeitslosen in der Industrie des Landes.“

Mit zwei weiteren Gesetzen soll die Kapitalisierung der Auslandsschuld, d.h. die Umwandlung der Auslandsschulden in Beteiligungen an Unternehmen, ermöglicht werden.

Ein neues „Bank-Investitions“-Gesetz soll den Banken den bisher verbotenen Ankauf von Unternehmen, bzw. von Anteilen an überschuldeten Betrieben gestatten. Das „Leasing“-Gesetz ermöglicht den Banken die Vermietung von Kapitalgütern.

Beide Gesetze sind zwar bisher vom Parlament nicht angenommen worden, sie wurden aber bereits vom Präsidenten Sanguinetti in seinen Gesprächen mit nordamerikanischen und europäischen Gläubigerbanken zugesagt. In einem Umschuldungsvertrag mit der City Bank hat Finanzminister Zerbino sich zur Einführung der Gesetze verpflichtet.

Was man bisher nicht für möglich gehalten hatte, die Zahlung nicht allein der Zinsen, sondern der Auslandsschulden selber wird auf diese Weise Wirklichkeit: durch den Ausverkauf der nationalen Industrie an die internationalen Gläubigerbanken. Die Kapitalisierung der Auslandsschulden hat Uruguay nicht erfunden – Mexiko, Chile, Venezuela und Argentinien haben dieses Rezept des US-Finanzministers Baker schon vorher angewandt. Die Hälfte der Auslandsschulden – 2,5 Mrd \$ – ist in „promissory notes“ ausgegeben. Diese werden an den internationalen Banken zu 70-75% ihres Nominalwertes gehandelt.



Auf den ersten Blick sieht die wirtschaftliche Bilanz nach zwei Amtsjahren der Regierung Sanguinetti durchaus rosig aus. Die Exporte wuchsen 1986 um 25%, das Bruttosozialprodukt um 6% und die Produktivität der Industrie um 8%. Der Reallohn soll um 13% gestiegen und die Arbeitslosigkeit von 11,3% auf 8,7% gesunken sein. Das Haushaltsdefizit wurde auf 3% reduziert. Die Reserven der Zentralbank erhöhten sich um 100 Mio \$. Und mit 77% ist die Inflation vorgeblich „unter Kontrolle“.

Das Betrübliche an diesem Aufschwung ist nur, daß die Mehrheit der Bevölkerung noch nichts von ihm bemerkt hat. Das Fleisch, das in den Export geht, wird nicht von den Uruguayern gegessen. Und das vermehrte Bruttosozialprodukt hinterläßt wenig Spuren, da es für den Schuldendienst verwandt oder in der Zentralbank gehortet wird. Die höhere Produktivität steigert allenfalls die Gewinne der Unternehmen und das gesunkene Haushaltsdefizit verweist auf erhöhte Steuern und auf Einsparungen bei den Gehältern der Staatsangestellten sowie bei Gesundheit und Bildung.

Trügerischer Aufschwung

Die Arbeitslosenstatistik war stets mit Vorsicht zu genießen, denn ein Arbeitsloser, der am Gehsteigrand Kämme und Bonbons verkauft – und davon gibt es zehntausende – wird nicht mehr als Arbeitsloser gezählt. Genausowenig wie diejenigen 45.000, die aus wirtschaftlicher Not 1986 auswanderten.

Was den Reallohn betrifft, so schmückt sich die Regierung hierbei mit fremden Federn. Im ersten Jahr der Demokratie gelang es den wieder legalen Gewerkschaften, nach teils langen Streiks, wirkliche Lohnaufbesserungen durchzusetzen.

Seit Mitte des Vorjahres stagnieren allerdings im Durchschnitt die Reallöhne in der Privatindustrie, während sie in den Staatsbetrieben gesunken sind. Grund hierfür ist das Eingreifen der Regierung in die Tarifverhandlungen und die Festlegung von Lohnerhöhungen unterhalb der Inflationsrate per Dekret.

Dieser vom IMF gesteuerten und von der Regierung treu durchgeführten Lohnstopp-Politik steht jedoch eine geeinte Gewerkschaftsbewegung in der Zentrale PIT-CNT, der fast alle Berufsverbände angeschlossen sind, entgegen. Und sie spielt mehr als nur eine ökonomische Rolle.

Wenn auch auf einem anderen Niveau als die Frente Amplio (Breite Front), das linke Bündnis, das alle fortschrittlichen Kräfte von den Christdemokraten über die Sozialisten bis zu den Kommunisten einschließlich mehrerer Colorado- und

Blanco-Sektoren umfaßt, treten auch die Gewerkschaften für grundlegende Strukturveränderungen im Lande ein. Denn selbst die positiven Daten Sanguinettis vom Jahre 1986 verbergen hinter einem rein konjunkturellen Anstieg einen katastrophalen ökonomischen und sozialen Hintergrund, der sich schon in diesem Jahr auch „statistisch“ zu offenbaren beginnt.

Der enorm gestiegene Fleischexport ins Nachbarland Brasilien ging nach dem Scheitern des „Plan Cruzado“, der u.a. durch Einfrieren der Preise zu einer Kaufkraftsteigerung geführt hatte, zurück. Die 1986 gesunkenen Erdölpreise und Zinsen stiegen 1987 wieder an. In den ersten drei Monaten des Jahres war die Tendenz der Wirtschaftsindizes wieder rückläufig. Ohne den Hebel an der Belebung des inneren Marktes anzusetzen, kehrt die ungeschminkte Krise zurück.

Daß diese Probleme nicht allein finanziell, sondern nur politisch mittels eines radikalen Wandels der Strukturen des Landbesitzes, des Bankwesens und in der Exportindustrie zu lösen sind, liegt auf der Hand. Die Hände der Colorado-Regierung sind aber an die uruguayische Finanzoligarchie und die ausländischen Gläubigerbanken gebunden. Einen Wandel von ihr zu erhoffen, ist, wie „Birnen von der Ulme zu erwarten“, wie ein spanisches Sprichwort sagt.

Im Parlament haben die Frente Amplio mit 21,4% der Wählerstimmen und die Blanco-Partei mit 36% die Mehrheit. Eine Mehrheit, die in einigen Fällen fortschrittliche Gesetze durchsetzen konnte, die jedoch auch oft durch ein Veto des Präsidenten danach blockiert wurden. Seit Ende 1986 jedoch gelang es den Colorados, die Blancos oder zumindest deren Mehrheit an ihre Politik zu binden. Diese zwar nicht offizielle Zusammenarbeit beruht auf gemeinsamen Klasseninteressen der ökonomisch herrschenden Gruppen in beiden Parteien und spitzt die Konfrontation mit der Frente Amplio, der PIT-CNT und den Massen des Volkes zu.

Den unmittelbaren Anlaß dazu gab das Thema der Menschenrechtsverletzungen unter der Militärdiktatur, das seit Mitte 1986 auf der Tagesordnung steht und seitdem zum Mittelpunkt aller Politik in Uruguay geworden ist.

Bereits vor den Wahlen von 1984 waren sich alle Parteien darin einig, die Militärs zwar nicht staatlicherseits für die Verbrechen unter der Diktatur zur Rechenschaft zu ziehen, wohl aber der Justiz auf private Anklagen hin freien Lauf zu lassen. Als jedoch die ersten Prozesse gegen die Mörder in Uniform anliefen, verweigerte das Innenministerium die Ausführung der richterlichen Haftbefehle.

Die Regierung stellte die Zuständigkeit der Zivilgerichte für Militärs in Frage, wiewohl sie die uruguayische Verfassung in Friedenszeiten als rechtens anerkennt. So mußte der Oberste Gerichtshof in jedem einzelnen konkreten Fall darüber entscheiden.

Amnestie für die Militärs

Als er zugunsten der Zivilgerichte entschied, brachte die Regierung im Parlament ein Amnestiegesetz für alle Verbrecher in Uniform ein — gleich ob sie gefoltert, entführt, gemordet oder öffentliche Gelder gestohlen hatten. Das Gesetz wurde mit den Stimmen der Frente Amplio und der Blancos abgelehnt. Die Colorados schritten daraufhin zu einem ungewöhnlichen, aber geschickten Manöver. Sie unterliefen die Annahme des Haushaltsplanes von 1986/87. Obwohl die große Mehrheit der Artikel des Gesetzes bereits die Zustimmung aller Parteien hatte, zögerten sie die Abstimmung bis über den von der Verfassung vorgesehenen Stichtag hinaus — obwohl die Uhr im Parlamentssaal fünf Minuten vor Mitternacht für zehn Minuten stillstand — und ließen so das Land und die staatlichen Institutionen ohne Haushaltsplan.

Dies bedeutete z.B. keine Angleichung der Löhne an die Inflation und das Ausbleiben von Neuinvestitionen. Daraufhin

schoben sie die Schuld daran der Opposition zu und drohten mit der Auflösung des Parlaments, dessen Funktionieren sie soeben sabotiert hatten. Damit nahmen sie die Blancos in die Klemme.

Die Frente Amplio hätte bei Neuwahlen nur gewinnen können. Die Blancos hingegen, gespalten in verschiedene Tendenzen von rechts bis links, befürchteten einen Rückgang ihrer Wählerschaft, besonders ein Abrutschen des kleinen, aber finanziell einflußreichen rechten Flügels, der auch für das Amnestiegesetz der Colorados gestimmt hatte, ins Lager der weiter rechts stehenden Colorado-Fraktionen.

So ließen sie sich auf geheime Verhandlungen mit diesen ein. Der Preis, den diese einforderten, um von der Auflösung des Parlaments durch den Präsidenten Abstand zu nehmen, war ... die Zustimmung zu einer Amnestierung der Militärs.

Als niemand mehr von einer Auflösung des Parlaments sprach, war es klar, daß Wilson Ferreira Aldunate, der Führer der Blancos, nachgegeben hatte.

Vor dem Volke, das die 12 dunklen Jahre des Terrorregimes noch gut in Erinnerung hatte, war es aber weder den Colorados, noch den Blancos möglich, die Straffreiheit der angeklagten Offiziere zu rechtfertigen. Zumal unter den „Verschwundenen“ zwölf Kinder sind, von denen ihre Großeltern annehmen, daß sie irgendwo noch leben, es sich also nicht nur um Delikte der Vergangenheit handelt, sondern um ein Unrecht, das in der Gegenwart weiterwirkt.

Das Argument, wegen der Befreiung der politischen Gefangenen der Diktatur müßten auch die Militärs amnestiert werden, zog nicht einmal bei den Anhängern der bürgerlichen Parteien. Schließlich hatten jene Gefangene jahrelang unter unmenschlichen Bedingungen und Foltern in den Militärgefängnissen gesessen, während die Verbrecher in Uniform nicht einmal eine Stunde verhaftet, noch je vor einem Richter erschienen waren. So mußte die Angst als schlagendes Argument für die Unantastbarkeit der



Staatspräsident Julio Sanguinetti

Armee und Polizei erhalten. Die Angst vor einem Staatsstreich wurde natürlich bereitwillig von den Kommandanten der Streitkräfte mitinszeniert.

Öffentliche Erklärungen wurden abgegeben, daß kein Militär sich einem ordentlichen Richter stellen würde. Der Oberste Kommandant der Armee, General Medina, soll Wilson Ferreira Aldunate gegenüber erklärt haben, er würde alle Vorladungen in seinem Tresor verwahren.

Daß die Regierung eine derartige Mißachtung ihrer Autorität hinnahm, ist nicht mit einem drohenden Militärputsch zu erklären. Denn dazu gehören nicht allein Waffen, sondern auch finanzstarke Auftraggeber, die Rückendeckung durch das Weiße Haus in Washington und natürlich zumindest die Neutralität einer vom Parlamentarismus enttäuschten Bevölkerung.

Wenn aber eine politische Umsturzgefahr nicht bestand ... welches war dann das wahre Motiv erst der Regierung und daraufhin der Führung der Blancos, am 21. und 22. Dezember 1986 — einen Tag vor der Zitation des ersten Angeklagten — ein „Gesetz der Hinfälligkeit des Strafrechtsanspruches des Staates“ für alle „während des de facto Regimes von Militärs und Polizisten begangenen Verbrechen“ im Parlament durchzupeitschen? Bei ihrer unpopulären Wirtschafts- und Sozialpolitik bedarf die Colorado-Regierung vielleicht noch einmal der reaktionären Militärs, um ihre Vorhaben auch gegen den Widerstand des Volkes, besonders der Arbeiter, durchzusetzen. Und für den Fall, daß bei kommenden Wahlen die Frente Amplio gewinnt, gilt es für Colorados wie Blancos, gemeinsam ihre Klassenprivilegien zu verteidigen und sie eventuell am Regieren zu hindern.

Aber bereits heute glaubt die Minderheitsregierung Sanguinettis nicht auf die Parlamentarier der Pacheco-Fraktion seiner Partei, die mit der Diktatur kollaboriert hatten und 1/4 der Coloradomandate ausmachen, verzichten zu können.

Auch rechnet er mit den 220.000 Stimmen der Soldaten, Polizisten und deren Familien bei den nächsten Wahlen (1989) für seine Colorado-Partei.

Es ist nicht die akute Gefahr der faschistischen Militärs, sondern umgekehrt: Sanguinetti will sich für seine Zwecke der Militärs bedienen. Und die unter Druck gesetzten Blancos ziehen trotz der unvermeidlich gewordenen Spaltung ihrer Partei nach. Denn wiewohl das Gesetz um Mitternacht im Senat mit 19 gegen 10 Stimmen und in der Abgeordnetenkammer mit 60 gegen 37 Stimmen durchkam — ein Abgeordneter der Colorados, 13 der Blancos, die zwei der katholischen Bürger-Union (Unión Cívica) hatten zusammen mit den 21 Parlamentariern der Frente Amplio dagegen gestimmt —, war die Entrüstung im Volk unüberhörbar: Die in den letzten Jahren der Diktatur üblichen Kochtopfkonzerte waren seit Mitte 1986 wieder in allen Stadtteilen, bei Massendemonstrationen und auf dem Vorplatz des Parlamentsgebäudes am Abstimmungstage ohrenbetäubend präsent.

Die Behauptung der Colorados, mit der Annahme des Amnestiegesetzes sei das Kapitel der „Menschenrechtsverletzungen“ endlich abgeschlossen, „das Land befriedigt“, hat sich inzwischen als trügerisch erwiesen. Die Erbitterung über den Verrat der bürgerlichen Politiker und die Ausschaltung der Justiz führte zum Kampf um einen Volksentscheid über das Gesetz.

Laut Grundgesetz bedarf es der Unterschriften von 25% aller Wahlberechtigten, um innerhalb eines Jahres nach Annahme eines Gesetzes durch das Parlament, dieses durch ein Plebiszit außer Kraft zu setzen. Die Initiative wurde von drei Frauen, den Witwen des ermordeten Frente-Amplio-Senators Michelini und des mit ihm in Buenos Aires von einem uruguayischen Militärkommando entführten Blanco-Kammerpräsidenten Gutiérrez Ruíz sowie der Großmutter des nach der Ermordung ihrer Tochter und deren Gatten entführten Enkelkindes, Mariana Zaffaroni, dem Wahlgerichtshof vorgelegt.

Unter ihrem Vorsitz bildete sich eine überparteiliche nationale Kommission, der hervorragende Vertreter der uruguayischen Kultur, Wissenschaften und sozialen Vereinigungen angehören, die die Unterschriftensammlung für das Plebiszit organisiert. Die Frente Amplio hat sich dieser Initiative aktiv angeschlossen, ebenso mehrere Sektoren der Blanco-Partei, der Unión Cívica, einer der Colorados, die Gewerkschaftszentrale PIT-CNT, viele kirchliche Gemeinden, fast alle Bürgermeister der Provinzen, in denen die Blancos regieren, sowie soziale und kulturelle Organisationen. In Fabriken, auf den Straßen und Plät-

zen, von Haus zu Haus sieht man die Sammler mit dem Abzeichen „Ich unterschreibe, damit das Volk entscheidet“ gehen. Ende Juli d.J. waren von den 520.000 benötigten Unterschriften bereits eine halbe Million gesammelt.

Auch im Ausland, überall wo wahlberechtigte Uruguayer wohnen, vor allem natürlich in Argentinien und Brasilien, werden Unterschriften gesammelt. Bis November d.J. sind sie dem Wahlgerichtshof, der ihre Echtheit prüfen wird, zu übergeben. Danach wird das Plebiszit angesetzt.

Die Unterschriftenkampagne und das Plebiszit werden nicht die letzte Schlacht sein; aber eine, aus der die Frente Amplio gestärkt, die Blanco-Partei durch Massenaustritte und Abspaltungen geschwächt und die Colorados mit angeschlagenem Prestige hervorgehen werden.

GEHEIM

GEHEIM ist neu. **GEHEIM** erscheint dreibis viermal im Jahr.

GEHEIM enthüllt Verfassungsschutzschnefelen und CIA-Agenten.

GEHEIM entlarvt Polizeiwillkür und Putschversuche.

GEHEIM ist nicht geheim, sondern unheim. Gerade deshalb schrieb **GEHEIM** über:

- die neuen Polizeigesetze und V-Leute
- CIA-Beeinflussung der Medien
- „Anti-Terror-Maßnahmen“ in Hamburg
- die Zusammenarbeit zwischen CIA und bundesdeutschen Geheimdiensten
- geheime CIA-Pläne gegen Spanien, Nicaragua oder Kuba
- Anwerbungsversuche des Verfassungsschutzes
- CIA in der Bundesrepublik und vieles mehr ...

GEHEIM-Autoren sind Journalisten, ehemalige CIA-Agenten und Betroffene.

Und **GEHEIM** braucht Unterstützung, damit nichts mehr geheim bleibt. Daher braucht **GEHEIM** Abonnenten, Spenden und journalistische Mitarbeiter!

Ein **GEHEIM**-Abo kostet:

- 45,- DM als Normal-Abo
- 65,- DM als Organisations-Abo
- 90,- DM (mind.) Förderer-Abo

Wer **GEHEIM** erst einmal kennenlernen möchte, der schicke DM 7,50 als Verrechnungsscheck oder in Briefmarken (Stichwort: Probeexemplar) an:

GEHEIM Lütticher Straße 14 · 5000 Köln 1
Telefon (02 21) 51 37 51

GEHEIM

Protest von Angehörigen der Verschwundenen und Ermordeten gegen die Amnestie (l.); Die Regierung will sich das Wohlwollen der Streitkräfte versichern





Demonstration für kommunales Ausländerwahlrecht in West-Berlin

Georg Diederichs

Wahlrecht für Ausländer

„Taxation without representation is tyranny!“ (Besteuerung ohne Repräsentation ist Tyrannei!) Diese Parole der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung im Kampf gegen die englische Krone, die den Bewohnern Nordamerikas zwar Steuern abverlangte, sie aber vom Wahlrecht ausschloß, ist heute für die in der Bundesrepublik lebenden Ausländer von neuer Aktualität.

Denn auch sie sind hierzulande von den Wahlen zum Bundestag, zu den Länderparlamenten und zu den Kommunalvertretungen ausgeschlossen. Den Entscheidungen dieser Parlamente sind sie aber voll unterworfen.

Wie die Bundesbürger zahlen sie Steuern und Sozialabgaben. Sie gehen hier ihrer Arbeit nach und haben nicht unmaßgeblich dazu beigetragen, daß die Bundesrepublik unter den reichsten Nationen der Welt rangiert.

Im August d.J. haben nun SPD und FDP nach mühseligen Koalitionsverhandlungen entschieden, in Hamburg als erstem Bundesland das kommunale Wahlrecht für Ausländer einzuführen.

Noch ist allerdings unklar, ob es für alle Ausländer oder nur für die aus den EG-Staaten (also ohne die Türkei) oder für die aus den Staaten des Europarates (mit der Türkei sowie der Schweiz und Österreich) gelten und welche Aufenthaltsdauer vorausgesetzt werden soll.

Und dennoch: Den in Hamburg lebenden Ausländern würde mit dem Wahlrecht zu den sieben Bezirksversammlungen zum ersten Mal die Möglichkeit gegeben, an der politischen Gestaltung ihres lokalen Umfeldes mitzuwirken. Hier

geht es um Themen wie Bebauungs- und Verkehrsplanung, Stadtentwicklung, Errichtung von Kindergärten, Jugend- und Frauenarbeit, soziale und gesundheitliche Beratung und Betreuung, Freizeitangebote, Hilfe für arbeitslose Jugendliche, Wohnraumversorgung usw. Der Hamburger CDU geht das alles jedoch zu weit. Sie ist seit jeher gegen jedes Ausländerwahlrecht und kündigte denn auch flugs eine Klage beim Verfassungsgericht an. CDU-Fraktionsvize Fridtjof Kelber sieht dafür gleich eine ganze Reihe „guter Gründe“: „Der Jugoslawe“, weiß der Hamburger CDU-Mann, kenne „nicht mal die Demokratie. Sollen wir dem das Wahlrecht anbieten?“ Oder „der Spanier“. Der interessiere sich „vielleicht für die Politik daheim, aber doch nicht für die Ampelschaltung in seinem Hamburger Viertel.“

Gefahr der „Überprivilegierung“?

Können derlei Äußerungen noch als Ausdruck eines besonders dümmlichen Pfahlbürgerbewußtseins abgetan werden, so kommen die vom Bonner CSU-Innenminister Friedrich Zimmermann geäußerten „verfassungsrechtlichen Bedenken“ schon um einiges gewichtiger daher.

Doch auch hier muß festgestellt werden: Das Standardargument, das Wahlrecht sei nach Artikel 20 und 28 Grundgesetz an die „deutsche Staatsangehörigkeit“ gebunden, „Volk“ sei „Staatsvolk“, und dies sei „deutsch“, ist zumindest für das „Gemeindevolk“ und die Kommunal-

wahlen rundheraus zu bezweifeln. Denn das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, d.h. der Wille der kommunalen Parlamente, schafft selber keine Gesetze, sondern kann sich nur im Rahmen der Gesetze bewegen, die die durch das „Staatsvolk“ gewählten Parlamente verabschiedet haben.

Der Kommunalwähler übt somit höchstens mittelbare Staatsgewalt aus. Außerdem wird das „Gemeinde-“ bzw. „Bezirksvolk“ durch den Wohnsitz, nicht aber durch die Nationalität bestimmt.

Im übrigen zeigt auch ein Blick über die Grenzen der Bundesrepublik, daß das Wahlrecht für Ausländer durchaus machbar und praktikabel ist. Vorausgesetzt, der politische Wille ist dazu vorhanden. So haben z.B. Island (1963) und Schweden (1975) als erste europäische Staaten Ausländern das aktive und passive Wahlrecht zu Gemeinderäten eingeräumt. In Schweden dürfen Ausländer auch die Parlamente der Provinzen mitwählen.

In Dänemark und Norwegen steht das kommunale Wahlrecht ebenfalls allen Ausländern zu. Ebenso in den Niederlanden. Und Großbritannien gewährt den Bürgern von Commonwealth-Ländern ein Wahlrecht auf kommunaler und nationaler Ebene. Aus keinem dieser Länder sind bisher negative Erfahrungen bekannt.

So hat denn auch das Gefasel hierzulande von den „extremen Ausländergruppierungen als Wähler“, der „Überprivilegierung der Ausländer“ und dem „Rückgang der Motivation, sich einbürgern zu lassen“ nur Ablenkungsfunktion. Denn entgegen allen statistischen Daten, die belegen, daß mindestens jeder dritte der 4,5 Mio Ausländer in der Bundesrepublik geboren ist, daß heute 2,8 Mio, das sind 70% aller Ausländer, länger als 10 Jahre und über ein Drittel mehr als 15 Jahre in der Bundesrepublik leben, wird ihnen allenfalls der Status als „Gäste“ zugebilligt.

Doch aus „Gästen“ sind längst Mitbürger geworden, denen man das aktive und passive Wahlrecht (zumindest auf kommunaler Ebene) zustehen muß. Die Entscheidung von SPD und FDP, das Kommunalwahlrecht für Ausländer in Hamburg einzuführen, ist deshalb — trotz aller Mängel, die dieser Entscheidung noch anhaften — zu begrüßen und zu unterstützen.

In diesem Sinne hat auch Jochen Richert, für ausländische Beschäftigte zuständiges Mitglied im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand, die Regierungschefs aller übrigen Bundesländer aufgefordert, dem Hamburger Schritt zu folgen. „Hamburg darf keine Insel der Demokratie für ausländische Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik bleiben“, betonte Richert.

Energie

Hermann Bömer

Das weltweite Energieproblem (I) Bestandsaufnahme, Prognose, Lösungsstrategien

„Braucht die Dritte Welt Atomkraftwerke?“ Unter dieser Fragestellung trafen sich im Februar d.J. in Frankfurt Vertreter der Solidaritäts- und Anti-AKW-Bewegung zu einem ersten Meinungsaustausch, der aufschlußreich und konstruktiv geriet (siehe Bericht in: AIB 4/1987, S. 50-51). Wir stellen das dort von Hermann Bömer, Gesellschaftswissenschaftler und Akademischer Rat in Dortmund, gehaltene Einleitungsreferat in Auszügen vor. Den vollen Wortlaut des Referats und die anderen Diskussionsbeiträge des Frankfurter Seminars wird der Veranstalter, das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK), demnächst in einem Protokollband herausbringen.

A. Das Energieproblem im System der globalen Probleme

Warum die von mir gewählte Systematik? Zunächst zur Frage der Einordnung des Energieproblems in das System der globalen Probleme insgesamt.

Ich glaube, daß wir uns in gewisser Weise zu **Spezialisten für Allgemeines** entwickeln müssen.

Wir müssen in der Tat die globalen Probleme in ihrer Gesamtheit im Auge haben, ehe wir uns dann den spezifischen Lösungsstrategien für einzelne Aspekte und Länder nähern. Ich habe versucht, eine eigene Systematik der globalen Probleme zu entwickeln¹:

1. Das Problem der Unterentwicklung, darunter speziell das Problem der schnell wachsenden Weltbevölkerung,
2. das Ressourcen- und Energieproblem,
3. das Umweltproblem,
4. das Problem der Erhaltung des Weltfriedens;
5. das Problem des Kampfes um eine Lebensweise, die es der Menschheit in Zukunft überhaupt ermöglicht zu überleben und ein menschenwürdiges Leben zu entwickeln. (...)

Die erste Frage, die man ja normalerweise an meine Gliederung stellt, lautet: „Warum wird das Problem der Erhaltung des Weltfriedens in dieser Systematik nicht an erster Stelle genannt?“

Ich habe das deswegen nicht gemacht, weil ich einen Weg gesucht habe deutlich zu machen, warum sich eigentlich seit Ende der 70er Jahre eine so dramatische Zuspitzung des Aufrüstungstempos und der Weltkriegsgefahr ergeben hat.

Meine Antwort auf diese Frage ist die These, daß die Strategen in Washington Ende der 70er Jahre im Zusammenhang mit der zweiten Erdölpreisrevolution und den Iran-Ereignissen (1979; d. Red.)

Das Aufrüstungskonzept gegenüber der Sowjetunion wird dann im wesentlichen verständlich aus der Theorie der horizontalen Eskalation, die besagt, daß man, wenn man an irgendeinem Punkt der Welt Probleme hat, an anderen Punkten zuschlägt. Die Triade der Aufrüstung (Weltraumaufrüstung, die Modernisierung der konventionellen Eingreiftruppen der USA sowie der strategischen Offensivwaffen) ist im wesentlichen Instrument, um in diesen wachsenden Konflikten, wie sie sich vor allem in den Ländern der Dritten Welt in den nächsten Jahrzehnten abspielen, die UdSSR militärisch in Schach zu halten.

Bei der Diskussion der globalen Probleme spielt eine besondere Rolle die Frage des sog. Teufelskreises der Unterentwicklung. Bekannt ist: In der Studie „Global 2000“ wird dieser Begriff direkt benutzt, und dieses Problem wird relativ untheoretisch und unstrategisch beantwortet.

Bundesdeutsches Atomkraftwerk in Esenshamm — nachahmenswert für Entwicklungsländer?

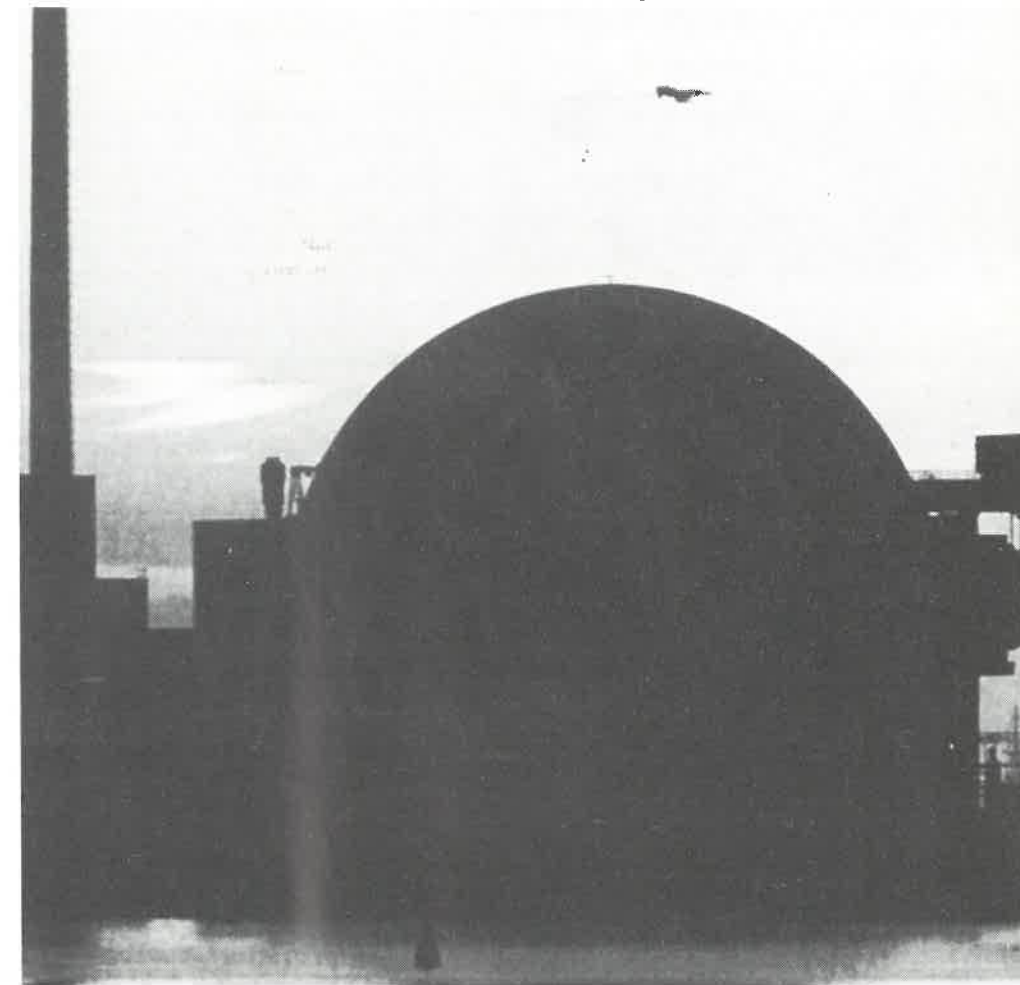


Tabelle 1
Weltbevölkerung und Weltenergieverbrauch unter verschiedenen Annahmen

	Bevölkerung (Mio)			Primärenergie- verbrauch 1975		2030 wie USA heute*		IIASA Szenario „niedrigerer Verbrauch“		bessere Nutzung Komfort wie BRD heute*	
	1975	2000	2030	kW/Kopf	TW	kW/Kopf	TW	kW/Kopf	TW	kW/Kopf	TW
1. Nordamerika	236	284	315	11,27	2,66	11	3,47	15,71	4,95	2,5	0,79
2. Sowjetunion und Osteuropa	363	436	480	5,10	1,85	11	5,28	13,54	6,50	2,5	1,20
3. Westeuropa, Japan, Australien, Neuseeland, Südafrika und Israel	561	680	767	4,03	2,26	10	7,67	6,90	5,29	2,0	1,53
4. Lateinamerika	319	575	797	1,06	0,34	6	4,78	3,05	2,43	1,7	1,35
5. Südasien, Südostasien, Afrika (außer Nord- und Südafrika)	1422	2528	3550	0,23	0,33	6	21,30	0,77	2,73	1,7	6,04
6. Mittlerer Osten und Nordafrika	133	249	353	0,96	0,13	6	2,12	3,46	1,22	1,7	0,60
7. China und Zentral- planerische Staaten Asiens	912	1330	1714	0,51	0,47	8	13,71	1,44	2,47	2,0	3,43
Welt	3946	6082	7976	2,10	8,04		58,33		25,59		14,95

* unter Berücksichtigung klimatisch unterschiedlichen Raumwärmebedarfs, aber ohne Klimatisierung

TW: Terawatt gleich ca. 1 Mrd t Steinkohle

(Quelle: F. Krause/H. Bossel/F.K. Müller-Reißmann, Energie-Wende. Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran, Frankfurt/M. 1980, S. 168)

Es wird im wesentlichen darauf geantwortet mit der These, daß die Anpassung moderner Technologie an die jeweiligen lokalen Erfordernisse das strategische Hauptkonzept zur Lösung v.a. der Probleme der Länder der Dritten Welt sei.

Die daraus resultierende soziale Gesundung führe zur Senkung des Bevölkerungswachstums, und aus der Senkung des Bevölkerungswachstums resultiere die Lösung der Umweltprobleme. Dies ist eine Aussage im Sinne des klassischen „technologischen Determinismus“.

Die Aussage der Autoren von „Global 2000“ besagt zwar, die Armut erzeuge das schnelle Bevölkerungswachstum, erzeuge damit wachsende Ansprüche an die Ressourcen, im wesentlichen an die Ernährungs- und Energieressourcen. Unter den Bedingungen der Unterentwicklung und der Armut wird die Art und Weise, wie dann diese zunehmenden Lebensmittel- und Energieressourcen herbeigeschafft werden, zu einem Raubbau an der Natur führen, und dieser Raubbau erodiert dann Schritt für Schritt die Lebensgrundlagen, die eigentlich notwendig sind, um die wachsende Bevölkerung zu ernähren und mit dem Nötigsten zu versehen.

Es wird m.E. aber dieser von der Beschreibung her durchaus richtig gesehene Zusammenhang nicht theoretisch analysiert. Stattdessen sollen die angepaßten Technologien quasi aus sich selbst heraus diesen Teufelskreis sprengen. Es

wird nicht gefragt, warum sie nicht bereits früher zur Anwendung gelangt sind. Damit wird eine im Grunde recht vordergründige Konzeption angeboten. Bekannt ist ja auch, daß in dieser Studie nichts gesagt wird über die Notwendigkeit der Abrüstung. Der Begriff Rüstung taucht kein einziges Mal in der gesamten Studie auf, was natürlich auch politische Gründe hat.

Technologieeinpflanzung ist kein Allheilmittel

Die traditionelle und m.E. auch im Kern richtige Antwort der marxistischen Wissenschaftler und auch der Politiker, die sich mit den Problemen der Unterentwicklung und dem entsprechenden Teufelskreislauf, der ja in der Tat existiert, wenn er nicht strategisch durchbrochen wird, beschäftigen, ist die, daß man, um die Massenarmut zu beseitigen, zu sozialrevolutionären Veränderungen in diesen Ländern kommen muß, die in der Lage sind, die produktiven Ressourcen dieser Länder und Völker tatsächlich auch einer Nutzung zuzuführen. Das grobe Stichwort, auf das ich dann später ausführlicher eingehen werde, ist das der progressiven Grundbedürfnisstrategie als Resultat sozialer und sozialrevolutionärer Umwälzungen. Und im Rahmen dieser Strategie müssen selbstverständlich auch angepaßte Technologien zur Anwendung gelangen.

Im Bereich der bürgerlichen und wirtschaftsorientierter Wissenschaft gibt es Leute, hauptsächlich Ingenieure, die nun sehr eindimensional an diese Arbeit herangehen.

Ich habe mich in meinem Beitrag im Jahrbuch II, 1986 des IMSF (Institut für Marxistische Studien und Forschungen; d. Red.) zu Fragen der globalen Energieproblematik z.B. ausführlich auseinandergesetzt mit Professor Knizia, Chef der VEW Dortmund, also eines der größten Energieversorgungsunternehmen in der Bundesrepublik, zugleich der Promotor der Hochttemperaturreaktorlinie schlechthin.²

Die VEW betreibt den THTR 300 in Hamm-Uentrop. Knizia beschäftigt sich in seinen Publikationen ausführlich mit Problemen der Länder der Dritten Welt. Seine Hauptargumentationsschiene zur Begründung, warum der Ausbau der Atomkraft zur Stromerzeugung in den Industrieländern notwendig ist, ist das Bevölkerungsproblem in den Ländern der Dritten Welt und die Notwendigkeit der Zurverfügungstellung von Energieressourcen und anderen Ressourcen.

Ich betone, er ist ein Ingenieur und betriebswirtschaftlich versierter Konzernmanager. Leider ist er kein gesellschaftswissenschaftlich qualifizierter ausgebildeter Mensch, sonst wüßte er natürlich, daß der Zusammenhang, den er herstellt, daß in denjenigen Ländern, in denen es in der Vergangenheit einen schnellen Verbrauchszuwachs an Energie gegeben hat

als Ausdruck einer erfolgreichen Industrialisierung, es ja in der Tat zu einem Sinken der Wachstumsraten der Bevölkerung gekommen ist, nicht zuletzt aufgrund der Entwicklung von Sozialsystemen (dies gilt sowohl für kapitalistische als auch für sozialistische Industrieländer), nicht einfach umkehrbar ist.

Die Schlußfolgerung Prof. Knizias, man müsse möglichst schnell das Energieangebot in der Dritten Welt steigern, um die Bevölkerungsentwicklung in den Griff zu bekommen, ist natürlich lächerlich. Ein wachsendes Energiedienstleistungsangebot ist zwar in der Dritten Welt eine notwendige, keineswegs aber eine hinreichende Entwicklungsbedingung!³ Das ist also ein klassischer Trugschluß, der gemacht worden ist.

Er allerdings kennzeichnet m.E. einen großen Teil der globalen energiewirtschaftlichen Debatte, die sich mit dieser Frage beschäftigt, wobei ich betonen möchte, daß sich viele Leute ernsthaft, und das unterstelle ich Prof. Knizia auch, dem Problem der weiteren Bevölkerungsexpansion und der globalen Versorgung der Menschheit mit Ressourcen stellen.

Es gibt diesbezüglich nämlich noch ganz andere Ignoranten! Sie sind in der Lage, über die Energieprobleme der Bundesrepublik zu schreiben und zu „philosophieren“, ohne ein einziges Mal die internationalen Aspekte zu berücksichtigen.

„American Way of Life“ untauglich

Ich glaube, eine solche Position können wir uns natürlich überhaupt nicht leisten. Als Marxisten müssen wir eine solche BRD- oder eurozentristische Sichtweise von vornherein ablehnen.

Eine letzte Bemerkung zum System der globalen Probleme. Ich habe die Frage des Kampfes um die Lebensweise der Zukunft als globales Problem bezeichnet. Warum?

Früher haben die Marxisten häufig gesagt, die Zukunft, also der Sozialismus, muß die Ausbeutung beseitigen, und dann werden alle Springquellen des gesellschaftlichen und Naturreichtums fließen. In der ersten Etappe der Entwicklung des Sozialismus gilt noch das Verteilungsgesetz „jeder nach seiner Leistung“. Dieses Verteilungsgesetz soll dann in der zweiten Etappe der kommunistischen Gesellschaftsformation abgelöst werden durch das Prinzip „jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seinen Bedürfnissen“. Soweit so gut. Das halte ich auch heute nach wie vor für richtig.

Es wurde jedoch nicht viel Konkretes über die Bedürfnisse dieser Zukunft gesagt, und zwar mit dem damals m.E.

richtigen Argument, man kenne die zukünftigen Bedürfnisse nicht, könne sie auch nur schwer prognostizieren, wolle sie also auch nicht modeln und dekretieren, weil, wie jeder weiß, neue materielle Bedingungen und Möglichkeiten, z.B. neue Technologien, neue Verhaltensweisen und Bedürfnisse hervorbringen.

Heute wissen wir jedoch zumindestens, wie sich die Bedürfnisse der Menschheit in Zukunft nicht entwickeln dürfen, wenn sie überleben will. Wir sind also heute viel weiter in der konkreten Kenntnis über die Zukunft. Es ist z.B. unmöglich, den „American Way of Life“ für die Menschheit zu generalisieren, wie ich im nächsten Kapitel zeigen werde.

Tabelle 1 präsentiert gegensätzliche globale Weltenergieszenarien. Sie ist der von mir hochgeschätzten Studie des Freiburger Öko-Instituts von 1980⁴ entnommen. Die Spalten 1-3 demonstrieren die Entwicklung der Weltbevölkerung bis zum Jahre 2030, wobei es aus heutiger Sicht (also zwei Jahre später als 1975) höchstwahrscheinlich ist, daß diese Zahl (knapp 8 Mrd), doch zu niedrig gegriffen ist. (...)

Zu den Spalten 4 und 5: Sie beschreiben die Istzustände 1975 des kommerziellen Primärenergieverbrauchs pro Kopf und dann in Terrawatt (ein Terrawatt/Jahr entspricht etwa 1 Mrd t SKE). Also wurden 1975 etwa 8 Mrd t Steinkohleneinheiten (SKE) pro Jahr verbraucht.

In den nächsten Spalten wird ausgerechnet, wie hoch im Jahr 2030 der Primärenergieverbrauch sein würde, wenn der Pro-Kopf-Verbrauch der USA von 1975 auf die Weltbevölkerung des Jahres 2030 hochgerechnet würde, wobei noch unterstellt ist, daß in der südlichen Hemisphäre keine Energie für Raumklimatisierung ausgegeben würde. Unter diesen Bedingungen würde sich der kommerzielle Primärenergieverbrauch im Jahr 2030 auf 58 Terrawatt erhöhen. Das ist mehr als das Siebenfache.

Selbst wenn man nun unterstellt, daß 1/3 (das ist das Maximale, was die Kern-



Uranerzabbau in Namibia

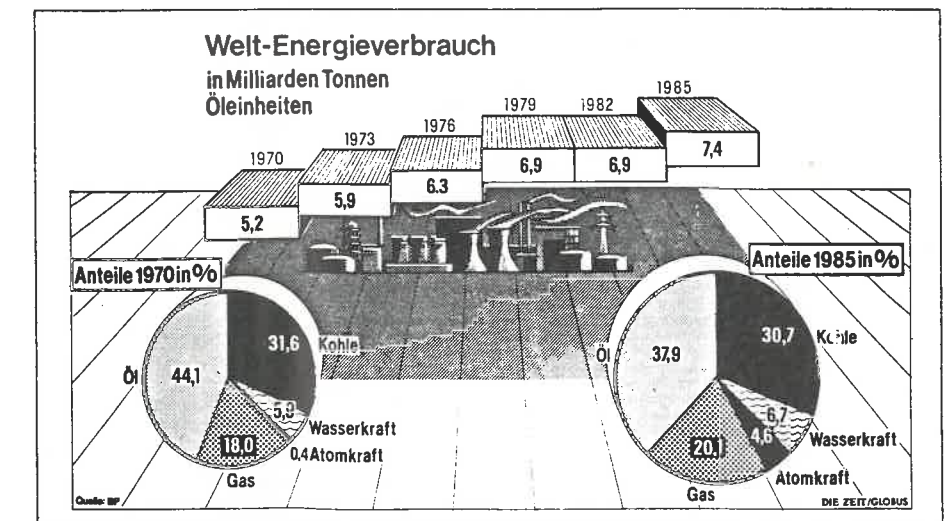
kraft-Protagonisten unterstellen) des Primärenergieverbrauchs aus Kernkraft erzeugt würde, würde sich der fossile Energieverbrauch dennoch bis zum Jahr 2030 vervielfachen. Und das wäre aufgrund anderer Zusammenhänge, die ich deutlich gemacht habe (CO₂-Problem!), wahrscheinlich der ökologische Selbstmord der Menschheit.

Folglich kann man ohne mit der Wimper zu zucken sagen: Dieses Modell des „American Way of Live“ ist nicht verallgemeinerbar.

Das wissen natürlich heute auch die harten Verfechter der Kernenergie. Deshalb haben sie ein anderes Modell konstruieren lassen, u.a. von Prof. Häfele, der lange Zeit Chef der Kernforschungsanlage Jülich war.

Es wurde am Internationalen Institut für Angewandte System-Analysen (IIASA) in Luxemburg bei Wien erarbeitet. Und eine der Varianten, nämlich eine niedrige Variante dieses Häfele-Modells ist in den Spalten 8 und 9 abgedruckt.

Dieses Modell kommt aber immerhin auch noch auf 25 Terrawatt für das Jahr 2030, wobei der wichtige Punkt ist, daß



der Nord-Süd-Gegensatz in dieser Konzeption überhaupt nicht aufgehoben wird, sondern sich sogar vertieft! Trotzdem kommen sie auf einen solch hohen Verbrauchszuwachs.

Und wenn man nun wieder unterstellt, daß nur maximal 1/3 dieses kommerziellen Primärenergiebedarfs aus Kernenergie abgedeckt würde, also das maximal Mögliche bei einer aggressiven Kernstrategie, würde das auf eine Verdoppelung des fossilen Primärenergieverbrauchs hinauslaufen, wenn nicht ein wesentlicher Teil der restlichen 2/3 über regenerative Quellen abgedeckt würde. Auch dieser Verbrauchszuwachs an fossiler Primärenergie für die Zukunft der Menschheit wäre wahrscheinlich nicht tragbar.

In den Spalten 10 und 11 steht ein von mir mit Sympathie betrachtetes Szenario. Dort wird eine radikale Sparstrategie eingeschlagen bezogen auf die hochentwickelten kapitalistischen und sozialistischen Länder, was den Pro-Kopf-Verbrauch angeht, etwa ein Absenken des primären Energieverbrauchs auf 25% des Verbrauchs von 1975 in den USA bis zum Jahr 2030, während die Südländer ihr Niveau angleichen können an das Entwicklungsniveau des Nordens innerhalb dieser 55 Jahre.

Es ist also ein soziales Gerechtigkeitsmodell und ein Sparmodell. Aber auch unter diesen Bedingungen eines radikalen Sparmodells für die hochentwickelten Länder sowie eines Gerechtigkeitsmodells wird der Primärenergieverbrauch in der Welt nach dieser Berechnung auf etwa 15 Mrd t SKE anwachsen.

Illusion der Endlosressourcen

Wenn man ohne Kernenergie diese Projektion realisieren würde, ist die entscheidende Frage, in welchem Umfang regenerative Energiequellen zur Wirkung gebracht werden, weil natürlich auch bei einer faktischen Verdoppelung des fossilen Primärenergieverbrauchs bis zum Jahr 2030 nach den heute vorliegenden Kenntnissen der Meteorologie (wie von Prof. Bach aus Münster in zahlreichen Veröffentlichungen und auch von der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (DPG) dargelegt worden ist), das Risiko für die Menschheit sehr groß ist. Denn auch dieser Verbrauchszuwachs kann schon zu einer entsprechenden Aufwärmung der Erdatmosphäre führen.

Nur unter der Bedingung des Pfades 7, der besagt, daß ab 1985 der fossile Primärenergieverbrauch nicht mehr zunimmt, sondern sogar abnimmt, kann man von der energetischen Seite her dafür sorgen, daß die CO₂-Anreicherung der Atmosphäre nicht weiter wächst. Wir wissen allerdings — und das ist ein gewis-

ser Trost —, daß es andere industrielle Prozesse gibt, auch landwirtschaftliche Prozesse, die den CO₂-gehalt der Atmosphäre beeinflussen, z.B. die Treibgas-Stoffe usw.

Wenn man zu einem schnellen und radikalen Verbot solcher Stoffe käme, bliebe vielleicht etwas mehr Spielraum für die energetische CO₂-Verschmutzung, der eventuell für die Menschheit noch unproblematisch wäre.

Ich möchte noch einmal zurückkehren zu der Frage, warum die Bedürfnisent-



Ölförderung in Saudi-Arabien, dem größten Ölexportland der Dritten Welt

wicklung und die Frage des politischen Kampfes um eine Lebensweise der Zukunft, die dieser Menschheit das Überleben ermöglicht, einen zentralen Stellenwert in der gesamten Diskussion einnimmt.

Neue Technologien erzeugen auch neue Bedürfnisse. Das trifft natürlich auch zu auf die Atomenergieerzeugung. Die Preissenkungen für Primär-Energie-träger in den 50er und 60er Jahren sind zwar nicht auf die Entwicklungen der Atomenergieerzeugung zurückzuführen, sondern auf die rasche Ausplünderung der billigsten Erdöl- und Erdgasquellen der Welt, v.a. im Nahen Osten und später dann auch in anderen Regionen der Welt. Aber die Atomenergieoption, die damals entwickelt worden ist, hat allerdings die Illusion erzeugt, als könnte die Menschheit mit dieser fast unbegrenzten Angebotssteigerung der 50er und 60er Jahre fortfahren.

Diese Illusion war übrigens weltweit vorhanden, sowohl in den kapitalistischen wie auch in den sozialistischen Ländern und auch in den sich entwickelnden Ländern der Dritten Welt. Dadurch wurde der Verschwendungshaltung, die in den 50er und 60er Jahren durch die schonungslose und billige Ausplünderung v.a. der Nahost-Energieressourcen

erzeugt worden ist, von der Preisseite her nicht entgegengewirkt.

Folglich hat sich dann eine hochgradig ressourcenintensive und verschwenderische Lebensweise entwickelt, die als „American Way of Live“ in den USA ihren Ausgangspunkt genommen und zugleich durch die radikalen Energiepreissenkungen und durch die industriellen Erfolge v.a. in Westeuropa und Japan eine Globalisierungstendenz entfaltet hat, die auch von den herrschenden Klassen und oberen Mittelschichten der Entwicklungsländer adoptiert worden ist.

Cremer⁵ weist übrigens zurecht darauf hin, daß der kommerzielle Energieverbrauch in der Dritten Welt zu einem großen Teil auf das Konto dieser Schichten geht.

Die Tonnenideologie abstreifen

Bis zum Beginn der 70er Jahre war das materielle Lebensniveau Nordamerikas teilweise sogar für die kommunistische Weltbewegung ein Vorbild, die natürlich ein anderes Lebensweise-Modell hatte, einen anderen Mix von materieller und geistig-kultureller Bedürfnisbefriedigung.

Aber wir kennen das Parteiprogramm der KPdSU von 1960 (21. Parteitag). Damals stand das Ziel, die USA bis 1980 bezüglich der wichtigsten materiellen Produktionskennziffern zu überholen. Zum Glück ist das nicht gelungen, möchte ich sagen. So kann aus einer Niederlage auch eine List der Geschichte werden, wenn man daraus die richtigen Schlußfolgerungen zieht.

Heute wissen wir, daß sich der Lebensstandard nur begrenzt durch die materiellen Verbrauchsindikatoren abbilden läßt. Ich möchte betonen, daß dies inzwischen zum gesicherten Wissensstand zumindestens aller wichtigen theoretischen und auch politischen Orientierungen und Positionen unter den Marxisten zählt. (...)

Heute wissen wir also in vielen Bereichen schon, wie sich die Menschheit nicht entwickeln darf, welche Bedürfnisse Pseudobedürfnisse sind und/oder aber werden können. Heute wissen wir: die Tonnenideologie muß ein für alle mal überwunden werden. *Wird fortgesetzt*

Anmerkungen:

- 1) Siehe: H. Bömer, Die drohende Katastrophe. Globale Probleme der Menschheit, Frankfurt/M. 1984
- 2) K. Knizia, Energie, Ordnung, Menschlichkeit, Düsseldorf/Wien 1981
- 3) Vgl. G. Cremer, Mangel und Verschwendung. Energieprobleme im Nord-Süd-Konflikt, Freiburg 1986
- 4) F. Krause/H. Bossel/K.F. Müller-Reißmann, Energie-Wende. Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran, Frankfurt/M. 1980
- 5) G. Cremer, Mangel..., a.a.O.

BRD-Entwicklungspolitik

Wolfram Brönner

Der BMZ-Jahresbericht — ein Armutszeugnis

Wie tief klappten doch Anspruch und Wirklichkeit auseinander, als das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) am 31. Juli d.J. in Bonn seinen entwicklungspolitischen Jahresbericht 1986 präsentierte. Der Anspruch war hochgegriffen: Entwicklungshilfe gewähre die Regierung Kohl aus „menschlicher Solidarität“, aus „ehrlicher Zuwendung zu den ärmsten der Armen“ heraus. Mit solch hehren Tönen suchte der seit März 1987 amtierende Entwicklungshilfeminister Hans Klein (CSU) den Bericht seines Vorgängers Jürgen Warnke (CSU) aufzupolieren.

Anschein der Selbstlosigkeit

Warnke selbst geizte in der Einleitung seines Abschiedswerks nicht mit Selbstlob. Die westliche bzw. bundesdeutsche Entwicklungshilfe sei „wirksamer, gezielter, erfolgreicher geworden“, resümierte er. Und: „Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den großen Geberländern. Dennoch ist Entwicklungshilfe keine Einbahnstraße. Als exportorientierter Industriestaat muß ihr im Blick auf die unauf löbliche weltweite gegenseitige Abhängigkeit daran liegen, möglichst viele wirtschaftlich gesunde, kaufkräftige Partner in der Welt zu haben...

Bislang hat noch keiner unserer Partner in der Dritten Welt unser Hilfsangebot zurückgewiesen oder aufgekündigt. Die konstruktive Zusammenarbeit mit der Mehrzahl der über hundert Entwicklungsländer hat zu stabilen, freundschaftlichen Beziehungen mit Regierungen und Völkern in der Dritten Welt geführt.“¹

Ebendrum verwahrte sich Warnke, der Macher der entwicklungspolitischen „Neuorientierung“² seit der Wende vom Herbst 1982, auch entschieden gegen jedwede „Unterstellungen und Verdächtigungen über Motive und Inhalt unserer Zusammenarbeit mit der Dritten Welt... Weder ist die deutsche Entwicklungshilfe eine neue Form kolonialer Ausbeutung oder verkappter Exportförderung, noch ist sie eine verantwortungslose Ver-

schleuderung hart erarbeiteter Steuer-gelder oder gar der Stützung korrupter diktatorischer Regime.“³ Beinahe Selbstlosigkeit klang auch bei der Bonner Berichtsvorlage Kleins an, als er Armutsbekämpfung und planvolle Wirtschaftsentwicklung zum erstangigen Ziel seiner Entwicklungspolitik erklärte. Vorrangig nannte er ferner den Abbau protektionistischer Schranken und die weitere Öffnung des hiesigen Marktes für Warenexporte, insbesondere für Agrarprodukte, aus der Dritten Welt. Stärkere Berücksichtigung gewachsener Strukturen, der Rolle der Frauen und der Umweltverträglichkeit gab der Minister als die danach rangierenden Ziele an.

Hingegen fehlt die unter Warnke stets mit vorrangige Zielvorgabe der Bonner Entwicklungshilfe, nämlich die der „Beschäftigungswirksamkeit für unsere Wirtschaft“, im Jahresbericht 1986. Aus welchem Grund opferte man diesen Stützpfeiler des BMZ-Rechtfertigungsgebäudes?

Ein Ergebnis des zuvor im Mai 1987 fertiggestellten Geschäftsberichts der Kreditanstalt für Wiederaufbau (Sitz Frankfurt), welche die staatliche Finanzhilfe für die Entwicklungsländer abwickelt, gibt hier Aufschluß: Im Jahr 1986 entfällt von den an die Dritte Welt vergebenen Entwicklungshilfegeldern ein Rekordanteil von 86% in Form von

Aufträgen (Lieferungen bzw. Leistungen) an bundesdeutsche Unternehmen. 1985 hatte der Lieferanteil bei 83%, im Jahr 1984 bei 75% gelegen.⁴ Während die sozialliberale Bundesregierung 1973 die Lieferbindung weitgehend aufgehoben hatte, verstärkte die Regierung Kohl diese seit 1982 stetig. Was sie angesichts der enormen Arbeitslosigkeit hierzulande gar zu gerne als „beschäftigungswirksames“ Mittel ausgab, erweist sich bei näherem Hinsehen als zunehmende Zweckentfremdung von Entwicklungshilfe zum Vehikel der Exportförderung.

Das aber ist eigentlich schnödes BRD-Kapitalinteresse. Und dies wiederum paßt nicht so recht in Kleins Scheinwelt von der uneigennützigten Solidarhilfe des BMZ.

Auch die nunmehr vom BMZ apostrophierte Erstrangigkeit der Armutsbekämpfung schlug sich in seiner Vergabepraxis nicht nieder. So steht die Behauptung, Bonn fördere bevorzugt und zunehmend die Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder (LDC), im Widerspruch zur realen Verteilung, wie sie der Jahresbericht ausweist.

Im Jahr 1986 ist demnach der Anteil der LDC nicht gestiegen, sondern gegenüber dem Vorjahr um 6% auf 22,2% abgefallen. Die Gruppen der ärmsten und der ärmeren (Pro-Kopf-Einkommen unter 400 \$) Entwicklungsländer zusammen-

Der frischgebackene Entwicklungshilfeminister Klein im März d. J. in Bolivien



gerechnet, erhielten 1986 nur 49,4% der BRD-Entwicklungshilfeszusagen.

Gestiegen ist hingegen die Bonner Förderung von Projekten in den sog. Schwellenländern (Hauptempfänger: Indien, Pakistan, Sri Lanka, Ägypten, Türkei, Israel).⁵

Unter Berufung auf die „Grundlinien der Entwicklungspolitik der Bundesregierung“ vom 19.3.1986 benennt der Jahresbericht als wichtigstes Kriterium für die Mittelaufteilung „die Bereitschaft zu sozialen und wirtschaftlichen Reformen einschließlich der Zulassung marktwirtschaftlicher Elemente“.⁶

„Jenseits des Trampelpfads“

Eben das mahnt die Regierung Kohl vorzugsweise als erforderliche Rahmenbedingungen im sog. „Politikdialog“ an. Dies tut sie schon um der Profite der eigenen Kapitalinvestoren willen.

Aber es geht ihr dabei um noch etwas anderes, nämlich darum, die mit Warnkes Einstieg begonnene Verschiebung der Gewichte zwischen staatlicher und privater Entwicklungshilfe (Lieferbindung, Mischfinanzierung!) weiter voranzutreiben. Das BMZ fördert den nicht-staatlichen Bereich derzeit immerhin mit 9% des öffentlichen Entwicklungshilfe-etats (600 Mio DM gegenüber 532 Mio DM im Jahr 1985).

Bei seiner Berichtsvorlage in Bonn rief Klein die Privaten dazu auf, neue unkonventionelle Methoden und Wege „jenseits des Trampelpfads“ staatlich (mit)finanzierter Entwicklungsprojekte zu beschreiten. Sein Stellvertreter, der Parlamentarische Staatssekretär Volkmart Köhler (CDU), stieß ins gleiche Horn, als er es am 12. August d.J. für geboten erklärte, die Grundlage der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern erheblich zu verbreitern.⁷

Im Frühjahr 1987 führte Köhler im übrigen der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung die Feder, als diese in einem 10-Punkte-Programm verlangte, die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmer müsse „das dominante Ziel der deutschen Entwicklungshilfe werden“.⁸

Es paßt haargenau in dieses Bild, daß die öffentliche Entwicklungshilfe der BRD 1986 erstmals seit Mitte der 70er Jahre rückläufig war, die privaten Leistungen an die Dritte Welt hingegen anstiegen. Die zu marktüblichen Bedingungen an Entwicklungsländer gewährten kommerziellen Kredite und Investitionen, sprich private Entwicklungshilfe, wuchs von 4,3 Mrd DM im Jahr 1985 auf 5,2 Mrd DM im Vorjahr. Die öffentliche Entwicklungshilfe aber sank im gleichen Zeitraum von 8,7 Mrd DM auf 8,3 Mrd DM.

Dabei fielen die bilateralen Vergaben um

100 Mio DM auf insgesamt 5,7 Mrd DM, die multilateralen Vergaben (sie machen 31% der öffentlichen Hilfe aus) um 200 Mio DM. Dieser Schrumpfungstrend setzt sich im übrigen im Haushaltsentwurf der konservativliberalen Regierung für 1988 fort, wonach der Umfang des Entwicklungshilfeetats gegenüber dem laufenden Jahr um 0,4% auf 6,8 Mrd DM gestutzt werden soll. Und dies obgleich erstmals aus den Rückflüssen (insgesamt 1,2 Mrd DM!) der BMZ-Kreditvergaben 100 Mio DM dem Entwicklungsetat 1988 zugesprochen wurden.⁹

Der Abwärtstrend der Bonner Entwicklungsleistungen verträgt sich auch nicht mit Kleins Absichtsbekundung, er wolle während seiner Amtszeit der UN-Vorgabe für öffentliche Entwicklungshilfe von 0,7% des Bruttosozialprodukts (BSP) für Industriestaaten naherücken. Denn entgegen wiederholter Ankündigungen der Regierung Kohl, die Hilfe auszuweiten, ist der BSP-Anteil seit der Wende kontinuierlich gefallen, von 0,49% im Jahr 1983 über 0,47% im Jahr 1985 auf 0,43% im Berichtsjahr. Die BRD rangiert damit unter den kapitalistischen Industriestaaten (OECD) noch immer auf einer mittleren Position, doch zeigt deren Trend insgesamt nach oben. Die öffentliche Entwicklungshilfe der OECD-Staaten im Jahr 1986 stieg zusammengenommen um 2,5% auf 37

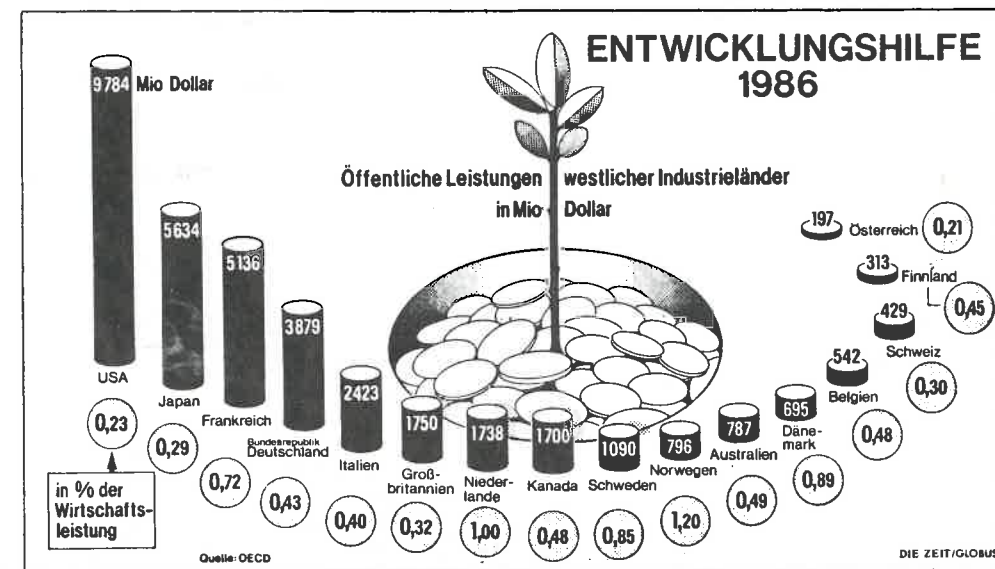
Welthandelskonferenz UNCTAD VII in Genf aus. Dort wiesen sie den insbesondere von Japan vorgebrachten Vorschlag zurück, einen Teil der Zahlungsbilanzüberschüsse für zusätzliche Entwicklungshilfe zu verwenden.

Der Entwicklungshilfeminister empfahl stattdessen den Entwicklungsländern mehr private Initiative und bot ihnen die Erleichterung ihrer Ausfuhren in die Industriestaaten bzw. die BRD an. Damit sei – so Klein blauäugig – auch einzig der Schuldenkrise beizukommen.¹¹ Gerade die Bundesrepublik als eine der führenden Welthandelsmächte, reichsten Nationen und ehemaligen Kolonialmächte aber hätte Grund genug, mit angemessenen, d.h. Spitzensätzen der Entwicklungshilfe, und damit mit gutem Beispiel voranzugehen.

Kein Pardon für Nicaragua

Was die Auswahl der Empfängerländer betrifft, wird im BMZ weiter mit zweierlei Maß gemessen.

Einerseits hält man gegenüber Staaten wie Nicaragua oder Äthiopien (Ausnahme Hungernothilfe) am Prinzip der Mittelverweigerung fest, weil ihre revolutionären Entwicklungswege die „ordnungspolitischen“ Grenzen überschreiten und ihr Wohlergehen gegenüber dem „freien Westen“ zu wünschen läßt.



Mrd \$, womit ihr BSP-Anteil gegenüber dem Vorjahr von 0,35% auf 0,36% angehoben wurde.

Die USA als mit 9,8 Mrd \$ absolut größter Geber liegen zwar mit 0,23% an vorletzter Stelle der OECD-Skala, aber sie dürften für Bonn kaum als Vorbild taugen. Das könnten schon eher die Niederlande mit 1,2% oder Frankreich mit 0,72% abgeben.¹⁰

Ein entsprechendes Armutszeugnis stellten sich die Bundesminister Klein und Bangemann (FDP) im Juli d.J. vor der

Andererseits, so stellte Klein bei der Berichtsvorlage in Bonn klar, dürfe die Bundesregierung „nicht allzu strenge Maßstäbe an die Einhaltung von Menschenrechten legen“. Ansonsten müsse man nämlich zu vielen Entwicklungsländern die Hilfsmöglichkeiten vorenthalten.

Unter den „Zuvielen“ findet sich sogar das weltweit meistgeächtete Südafrika, dem Bonn 1986 immerhin 6 Mio DM bereitstellte, „zur Überwindung des Apartheidsystems“ versteht sich. Obendrein erhielt das von Pretoria besetzte

Namibia 5 Mio DM an öffentlichen Mitteln, von der Duldung reichlicherer privater Entwicklungshilfe ganz zu schweigen.

Hinzu kommen 1986 förderungswürdige befundene Militärdiktaturen wie Paraguay (18,9 Mio DM), Haiti (43 Mio DM), Pakistan (263 Mio DM) oder Zaire (60 Mio DM). Sodann wären da noch Regimes, bei denen krasse Menschenrechtsverletzungen alltäglich waren und sind, so etwa die der Türkei (193,5 Mio DM), El Salvadors (50 Mio DM) oder Guatemalas (30 Mio DM). Bei seinem Bonn-Besuch im Juli d.J. wurden dem salvadorianischen Präsidenten Duarte aufs Neue 53,8 Mio DM zugesichert.

Während schließlich Rechtsdiktaturen vom Schläge Chiles nichtöffentlich, also über private Kanäle (Kirchen!), immerhin im Jahr 1986 mit 35 Mio DM bedacht wurden, hatte und hat Nicaragua keinerlei Bonner Entwicklungshilfe zu erwarten.¹²

Laut Köhler soll dies so bleiben, solange sich das Land „zu einer Einparteien-Diktatur hinentwickelt“. Das gelte auch, nachdem die regierenden Sandinistas unterdessen, am 7. August d.J., in Guatemala-Stadt ein regionales Friedensabkommen unterzeichnet haben. Und im übrigen, so widersprach er unverblümt auf einer Bonner CDU-Pressekonferenz seinem Vorgesetzten Klein, solle die Beachtung der Menschenrechte und die Förderung demokratischer Strukturen über die entwicklungspolitische Zusammenarbeit künftig stärker berücksichtigt werden.¹³

Wer's glaubt, mag selig werden. Es sind jedoch der Armutszeugnisse, die in und um den entwicklungspolitischen Jahresbericht 1986 zu Tage traten, einfach zu viele, als daß man Warnkes ehrenrührigen Eingangsworten ernsthaft Glauben schenken könnte.

Anmerkungen:

- 1) Entwicklungspolitik Jahresbericht 1986 (EPJ), hg. vom BMZ, Bonn, Juli 1987, S.7
- 2) Siehe: AIB-Sonderheft 4/1986 zur Dritte-Welt-Politik der BRD, S. X-XIV
- 3) EPJ, a.a.O.
- 4) Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 27.5.1987
- 5) EPJ, a.a.O., S. 18/19 ff.
- 6) Ebd., S. 18
- 7) Vgl. Handelsblatt (HB), 3.8.1987; FAZ, 1. und 13.8.1987
- 8) Zit. nach: epd-Entwicklungspolitik, Nr. 16/1987, S.1
- 9) Daten nach: Stuttgarter Zeitung, 1.8.1987; Kölner Stadt-Anzeiger, 1.8.1987; epd-Entwicklungspolitik, Nr. 14-15/1987, S. 11 und EPJ, a.a.O., S. 12/13 und 44
- 10) Daten nach: Frankfurter Rundschau (FR), 1.8.1987; Die Zeit, 17.7.1987; Süddeutsche Zeitung (SZ), 29.6.1987
- 11) Vgl. FAZ, 30. und 10.7.1987. Zu UNCTAD VII siehe: AIB 8/1987
- 12) Nach: FR, 1.8.1987; EPJ, a.a.O., S. 25
- 13) Zit. nach: FR, 12.8.1987; FAZ, 13.8.1987; HB, 13.8.1987

Kultur

Interview mit Nadine Gordimer Zu wenig Mut, eine ganze Revolutionärin zu sein

Nadine Gordimer, die bekannteste südafrikanische Schriftstellerin, schloß in diesem Jahr ihren neunten Roman „Eine Laune der Natur“, ab. Er erscheint in der deutschen Fassung bereits im September d.J., wie seine Vorläufer im S. Fischer Verlag (527 Seiten, ca. 39,80 DM). Mit Hilfe ihrer Romanfigur, der unkonformistischen weißen Hillela Capran, zeichnet die Autorin nicht nur eine Zustandsbeschreibung des Apartheidsystems. Sie zeichnet zugleich, wie schon in ihrem letzten Roman „July's Leute“, die Zukunftsvision eines befreiten Südafrika. Der britische Schriftsteller Anthony Sampson befragte Nadine Gordimer nach ihrer Rolle und der anderer Weißen im Widerstand gegen die Apartheid.

FRAGE: Haben Sie heute, bei all der Gewalt, keine Angst in Südafrika zu leben?

N. GORDIMER: Ja, jetzt ist das Leben in Südafrika gefährlich; bis zu einem gewissen Punkt auch für die Weißen.

Wir wollen festhalten, daß es schon immer für eine Mehrheit, die Schwarzen, gefährlich war. Sie waren schon immer Opfer der Gewalt des Staates. Sie konnten schon immer aus ihren Häusern vertrieben, in einer Polizeiwache geschlagen werden.

Nun also ist es einfach so – das ist nichts neues –, daß wir, die Weißen, uns in einer Lage befinden, in der wir an einer Straßenkreuzung von einer Kugel getroffen werden können, oder in Stücke gerissen werden können, wenn wir ein Auto über ein verminntes Feld auf einer weißen Farm steuern.

Der Tod eines weißen Kindes durch politische Gewalt erschreckt endlich die Weißen. Aber was ist mit dem Tod oder der Verstümmelung von vielen hundert schwarzen Kindern?

Hoffnungsträger ANC

Ganz gewiß besteht das Schreckliche darin, daß die aufeinanderfolgenden weißen Regierungen – nicht allein die von Verwoerd oder Botha – eine solche Lage geschaffen haben, in der jedes Kind auf diese Weise sterben kann. Diese Lage macht mir in der Tat Angst.

Aber ich glaube nicht, daß sie darin besteht, daß sich Horden von Schwarzen auf die Weißen stürzen. Der ANC (Afrikanischer Nationalkongreß; d. Red.), der die größte Anzahl von Anhängern unter den Schwarzen hat, wird nicht zulassen, daß sich das ereignet.

Ich bin nicht mutig, aber mich hat eine Erfahrung, die ich im vergangenen Jahr



gemacht habe, sehr tief bewegt, als ich Alexandra, eine Schwarzensiedlung, betrat. Das war verbotenes Gebiet, das Polizei und Armee belagerten, um die Wut der Menschen zu unterdrücken, die sich weigerten, eine Miete für diese elenden Behausungen zu zahlen und die die Kontrolle der falschen örtlichen Autoritäten zurückwiesen. In jener Woche hatte die Polizei einige Jugendliche, die protestiert hatten, erschossen.

300 Weiße trotzten den Barrikaden der Polizei und gingen hinein, begleitet von den Genossen, um, entsprechend den afrikanischen Bräuchen, die Gräber mit Blumen und Gebeten zu weihen. Wir wurden von einer Menge von Schwarzen mit buchstäblich offenen Armen empfangen. Was mir Angst einjagte, waren die Polizei und die Armee, die uns von einem Hügel aus überwachten, und die zu uns herabkamen, wobei sie mit den Ge-

wehren auf uns zielten. Die Menschen hatten nicht das kleinste Anzeichen einer Provokation gezeigt. (...)

FRAGE: In dem Buch („Eine Laune der Natur“; d. Red.) gibt es einen Pessimismus bezüglich der Rolle der weißen Liberalen. Waren Sie sich der Veränderungen bewußt, die seit der Soweto-Erhebung (1976; d. Red.) und der Ermordung von Steve Biko, vor 10 Jahren, stattgefunden haben?

N. GORDIMER: Oh, sprechen wir nicht von den weißen Liberalen. Leute vom Schlage Bothas werden heute als Liberale anerkannt.

Dieser Ausdruck ist mit Beschlag belegt worden. Präsident Reagan, Margaret Thatcher, Kanzler Kohl betrachten das südafrikanische Dreikammerparlament, mit seinen angegliederten Häusern für die Inder und für die sog. „Farbigen“ als eine liberale Reform, obwohl die schwarze Mehrheit davon völlig ausgeschlossen ist.

Der Liberalismus bedeutete üblicherweise sowohl für die Weißen als auch für die Schwarzen, daß es den Schwarzen erlaubt sein müßte, an der geltenden Rechts- und Regierungsstruktur der Weißen teilzunehmen. Der Erhebungen, die im Jahre 1976 begannen, die seitdem nie aufgehört haben und die ihren Höhepunkt 1985-86 erreichten, haben klargestellt, daß die Schwarzen kein drittes angegliedertes Haus im Hinterhof einer weißen Vorherrschaft haben wollen.

Rassismus ist nicht reformierbar

Sie bitten nicht darum, daß man sie hereinläßt. Sie und viele Weiße, die sich selbst für Liberale halten, wollen die Struktur zerstören, die seit 350 Jahren in Kraft ist. Und sie wollen eine solche errichten, die eine Regierung der Mehrheit hervorbringt, welche die Rechte aller anerkennt, ohne irgendeine Art der Diskriminierung.

Die Definition von liberal ist heute die von jemandem, der an eine fortschreitende Reform glaubt. Aber der Rassismus kann nicht „reformiert“ werden. Und es ist der Rassismus, der immer, unter verschiedenen Bezeichnungen, in Südafrika regiert hat.

Die so gepriesenen Reformen vollziehen sich innerhalb des Rahmens einer getrennten Erziehung, des Gesetzes über getrennte Wohngebiete und des Gesetzes über die Registrierung der Bevölkerung: der Grundlagen der Apartheid.

FRAGE: Wie wirkten sich die Erhebungen der 70er Jahre auf die Beziehungen zwischen schwarzen und weißen Schriftstellern aus?

N. GORDIMER: Als die jungen schwarzen Schriftsteller nach Soweto begannen, die Gefängnisse zu verlassen, gab es

einen Haufen von Konferenzen, auf denen wir sprachen.

Es gab eine wilde Verdammung der Weißen, viele sehr gefühlsbeladene Schriften; ein großes Interesse für die schwarzen Helden der Vergangenheit, solche wie Chaka und Dingaan; ein Bedürfnis für Mythen, die den Feuereifer nährten. Sie brauchten diese Etappe, um ihr Bewußtsein zu wecken; die Weißen hatten nichts in alldem zu suchen.

Was mich betrifft, so habe ich akzeptiert, daß die Schwarzen die kulturelle Macht übernehmen wollten, daß die Weißen aus dem Spiel bleiben mußten, bis es zu Ende geführt war. Soweto trug dazu bei, daß die weißen Intellektuellen in den Hintergrund traten und daß sie begriffen, daß ihre Rolle zu diesem Zeitpunkt darin bestand, zu den Weißen zu sprechen.

Heute werden Weiße akzeptiert

Ich glaube nicht, daß ich mich geirrt habe, als ich den Rückzug der Schwarzen für eine notwendige Etappe hielt. Aber heute akzeptiere ich das nicht mehr, wo eine Lage entstanden ist, die eine Befreiung durch andere Initiativen ermöglicht. Die Vereinigte Demokratische Front (UDF), eine nichtrassistische Massenorganisation, hat sich als sehr wirksam bei konkreten Zielen erwiesen — beispielsweise beim Boykott der Wahlen für die angegliederten Häuser des Parlaments der Inder und der Farbigen. So scheint es tatsächlich, daß es einen guten Grund gibt, an eine Befreiung zu denken, die durch die Zusammenarbeit aller Rassen erlangt werden kann.

Diejenigen Weißen, die bereit sind, sich wirklich der Befreiung der Schwarzen zu verschreiben, werden heute weithin akzeptiert, aber es muß einen Beweis dieser Verpflichtung in Wort und Tat geben. Selbstverständlich unterstütze ich

die UDF. Sie wird von der schwarzen Mehrheit geführt und ist doch gleichzeitig nicht rassistisch.

FRAGE: Ist Ihnen bewußt, daß Sie sich seit den 50er Jahren, als ich Sie kennenlernte immer mehr an der Politik beteiligt haben?

N. GORDIMER: Um ganz ehrlich zu sein, in diesen Tagen habe ich sehr die Menschen bewundert, die sich der Politik völlig verschrieben haben und sie haben mich in ihren Bann gezogen. Aber ich habe nie geglaubt, daß es notwendig wäre, diese Rolle anzunehmen.

Ich hatte nicht den Mut — den habe ich immer noch nicht — eine ganze Revolutionärin zu sein, mich der Möglichkeit lebenslänglichen Gefängnisses auszusetzen. Ich habe den Egoismus der Schriftsteller. Aber in dem Maße, in dem die Zeit verstrich, fühle ich, daß ich nicht weiterhin dort leben kann, ohne mich der Begegnung mit einigen der aktuellen Fragen zu nähern.

Ich habe mir darüber Rechenschaft abgelegt, daß ein Schriftsteller zu sein niemanden davon losspricht, das tun zu müssen, wozu jeder andere fähig ist. Aber selbstverständlich kam ich auch zu dem Schluß, daß die Schriftsteller als solche implizit das tun können, was andere nicht verwirklichen können. Die Schriftsteller können den Menschen das Wissen bringen, das sie von sich selbst und ihrer Verantwortung für die Klasse der Gesellschaft haben, in der sie leben. Als Südafrikanerin — nicht als Schriftstellerin — muß ich mit aller Bescheidenheit sagen, daß mein Mut vom glänzenden Mut anderer kommt. In den 50er Jahren konnten Leute wie ich denken, daß wir, indem wir uns gesellschaftlich zwischen den Welten der Weißen und der Schwarzen hin und her bewegten, für das Ende der Apartheid arbeiteten.

FRAGE: Beschäftigt Sie die Zunahme der Gewalt von Schwarzen gegen Schwarze?

N. GORDIMER: Es gibt zwei Erscheinungen, die unter ein und derselben Bezeichnung vermischt werden. Es gibt die Gewalt, die dann ausbricht, wenn die Menschen um Grundbedürfnisse konkurrieren.

Die Verarmten und Arbeitslosen aus der Transkei gingen auf der Suche nach Arbeit in ein Gebiet, in dem sich die Zulus niedergelassen haben. Die sich daraus ergebende Gewalt stellte sich aus der Sicht der südafrikanischen Regierung als Stammeskampf dar. Aber die Ereignisse ergeben sich aus dem Bestehen der Reservatzonen, die ihre Einwohner nicht ernähren können.

Wir brauchen Mandela, Tambo...

Die zweite Art von Gewalt ist überhaupt keine Gewalt schwarz gegen schwarz, sie ist eine furchtbar ironische Form des Antirassismus.

Diejenigen Schwarzen, die arbeiten, sich aufopfern und oft für ihre Befreiung sterben, wollen diejenigen bestrafen, die sie offen verraten oder es heimlich tun, indem sie mit der Polizei oder der Regierung zusammenarbeiten. Das sind keine Brüder kraft ihrer Farbe; das sind Feinde, obwohl sie die gleiche Hautfarbe haben.

Eine Entsprechung gibt es in der Behandlung, die die Angehörigen des Widerstands den Kollaborateuren in den von den Nazis besetzten Ländern angedeihen ließen.

Selbstverständlich wird es in der Krise, in die wir geraten sind, immer schreckliche Situationen der unkontrollierten Gewalt geben, eine Entladung der Spannung, die von den Kriminellen ausgenutzt wird. Die unkontrollierte Gewalt wird weiter anwachsen, solange die verantwortlichen schwarzen Führer verschleppt oder eingekerkert werden, ohne Bürgschaft, und solange sich ihre Prozesse von Monat zu Monat verzögern. Wir brauchen Mandela, Sisulu, alle Führer, die sich im Gefängnis befinden, und wir brauchen Tambo, Makatini, Mbeki (allesamt ANC-Führungsmitglieder; d. Red.) und alle übrigen, die im Exil sind. (...)

FRAGE: Glauben Sie, daß die Geschäftswelt ein wirkliches Blutbad verhindern oder die Aktivitäten der Weißen verändern kann?

N. GORDIMER: Sie haben vor zwei Jahren Gespräche mit Tambo in Lusaka begonnen.

Aber, warum ignorieren sie die UDF, die nichtrassistische Bewegung, die im Innern des Landes besteht? Warum sprechen sie nicht auch mit Chikane, Molife, Lekota?

Dies ist der Zeitpunkt, dem Botha-Regime die Unterstützung zu entziehen. (Quelle: El Pais, Madrid, 12.4.1987)

Rezension

China im Reformgewand



Seitdem sich die VR China geschäftlich, politisch und touristisch interessierten Ausländern öffnete, sind viele von ihnen von ihren Erlebnissen so überwältigt worden, daß sie zur Feder griffen, um mitzuhelfen, die Wissenslücken über das „Reich der Mitte“ zu stopfen. Der linke Journalismus machte allerdings bisher noch einen Bogen um dieses Land, das — seitdem 1978 Deng Xiaoping das Ruder übernahm — für jede Überraschung gut zu sein scheint. Es gibt wohl kaum einen Bereich, der inzwischen nicht von der Reform erfaßt wurde: Ausländisches Kapital strömt ins Land. Privatbetriebe öffnen. Direktoren staatlicher Betriebe werden verantwortlich gemacht für Gewinn und Verlust. Die Bauern können selbst bestimmen über das, was sie anbauen wollen. Freie Märkte schießen überall aus dem Boden, aber auch Wissenschaft und Kultur, Ehe und Familie, Arbeiten und Wohnen, die Jungen und die Alten, Arbeiter und Arbeitslose, Partei und Armee ... alle sind betroffen. Die Interpretation dieses „Umbruchs“ blieb lange den bürgerlichen Journalisten überlassen. Einer von ihnen, „Chinakenner aus Beruf und Neigung“ (Umschlagtext), legte jetzt bereits sein zweites Buch vor:

Fritjof Meyer, Nach dem Sturm erhebt sich der gebeugte Bambus. China im Umbruch, C. Bertelsmann Verlag, München 1987, 285 S., 36 DM.

F.M. war selbst mehrfach in China und hat mit verschiedenen Spitzenfunktionären gesprochen, was er in dem Buch allerdings kaum auswertet, sondern wohl eher aus Gründen der Selbstdarstellung anmerkt — wie auch der Verweis auf seine Chinesischkenntnisse, die die zahlreichen Fehler in Umschrift und Übersetzung unverstündlich machen.

Um zu ergründen, was sich seit Anfang der 80er Jahre in China tut, blickt F.M. zunächst in die jüngere Geschichte zurück und beschreibt maoistische (stets setzt er Maoismus mit Kommunismus gleich) Ideale und Fehlschläge seit 1949, vor allem natürlich die Kul-



turrevolution und das daraus erwachsene wirtschaftliche und politische Chaos, ohne das die Reformpolitik Dengs wohl nicht denkbar wäre. Davon ausgehend befaßt er sich in den einzelnen Kapiteln mit den vielen verschiedenen Aspekten des Modernisierungskurses und seinen Auswirkungen auf den sozialen und zwischenmenschlichen Bereich.

Natürlich darf auch ein Abschnitt zur Nationalitätenpolitik nicht fehlen, denn was wäre ein Chinabuch ohne die Verdammung des Chauvinismus der Han, die vor allem den Tibetern ihre „vertrauten, traditionellen“ „Sozialverhältnisse“ (S. 205) — gemeint ist die feudale Abhängigkeit vom lamaistischen Klerus — nahmen. In diesem, wie auch in jedem anderen Kapitel bemüht sich F.M., kein gängiges Klischee auszulassen (die Minderheiten hassen die Chinesen, die Chinesen hassen die Kommunisten, die Kommunisten gönnen nicht einmal den Kindern ihre Freude usw.). Er reiht — zugegebenermaßen fakten- und detailreich — „Sensation“ an „Sensation“, wie man es vom „Spiegel“ kennt, was aber noch keine Analyse ausmacht. Die meisten „verblüffenden“ Meldungen zitiert er im übrigen aus chinesischen Quellen, aber nur, wenn es sich um (dort kritisierte) negative Erscheinungen handelt oder aber um Dinge, die dem gängigen Bild vom Sozialismus widersprechen (z.B. das „Wunder“ von der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung durch Förderung der Einzelinitiative).

Und das ist denn auch das eigentliche Anliegen des Autors, das er bereits auf den ersten Seiten nicht mehr verheimlichen kann: Die Chinesen sind Menschen wie wir und wollen den Kapitalismus — und nur der wird China den nötigen wirtschaftlichen Aufschwung beschern können — vor allem, wenn die Deutschen (die „Weltbesten“) mithelfen. Die Reformer haben dies erkannt und rufen den Menschen zu: „Bereichert Euch“.

Daß an dieser „Theorie“ etwas nicht stimmen kann, mag er gemerkt haben, als er an seinem





letzten Kapitel schrieb. Hier versucht er theoretisch zu untermauern, daß im unterentwickelten China die bürgerliche Revolution, der Kapitalismus eben, auf der Tagesordnung steht (S. 258). Dabei kommt er nämlich plötzlich zu dem Schluß (S. 268ff.), daß der kapitalistische Weg „nicht begehbar“ ist, ein Ausweg vielmehr in der Wiedervereinigung und Konvergenz von (sozialistischem) Festland und (kapitalistischem) Taiwan zu suchen sei.

Obwohl F.M. also die möglichen Auswirkungen einer Abkehr vom Sozialismus auf das soziale und geistige Gefüge durchaus klar sind, ist sein Buch eine einzige Lobeshymne auf Chinas „großen Sprung in den Kapitalismus“ (S.114). Denn in einem ist er sich vollkommen sicher: Der Marxismus ist veraltet und der Kommunismus gescheitert (S. 255/257).

Adrian Geiges hat nicht mit so hochrangigen Politikern konferiert wie F.M., aber auch er hatte die Gelegenheit zu zahlreichen Gesprächen (u.a. mit Funktionären des Jugendverbandes und der Friedensbewegung, Managern und Arbeiterinnen, mit ausländischen Investoren, neureichen Bauern, freien Händlern und einer Opernsängerin) — und er hat sie sehr gründlich ausgewertet:

Adrian Geiges, China im Aufbruch. Stationen einer Reise, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1987, 271 S., 14,80 DM.

A.G. hat auch die Gelegenheit, daß für Chinesen der Kontakt zu Ausländern kein Tabu mehr ist, reichlich genutzt und mit Hilfe seiner Dolmetscher und des Englischen immer wieder Passanten nach ihrer Meinung zur Innen- und Außenpolitik gefragt. Und wenn er auch nur vier Wochen im Lande verbracht hat, so hat er doch — unter Nutzung seiner umfangreichen historischen und politischen Kenntnisse — einen informativen, mit Fotos illustrierten Bericht vorgelegt.

Die Schilderung touristischer Erlebnisse, seiner Eindrücke aus dem chinesischen Alltag und die Wiedergabe der Gespräche nutzt er immer wieder zu Reflexionen — aus der Sicht der Betroffenen heraus — über die chinesische Geschichte, vor allem die jüngere Geschichte der Revolution und des sozialistischen Aufbaus unter maoistischer Führung, um so die heutigen Probleme historisch richtig einordnen zu können. Der Gefahr, die Mängel und Fehler heutiger Politik unter Verweis auf den vorrevolutionären Entwicklungsstand oder das kulturrevolutionäre Erbe zu verkleinern (was chinesischerseits häufig geschieht), bemüht sich A.G. durch ständiges Hinterfragen des Gesehenen und Gehörten zu entgehen.

Wie F.M. fragt er vor allem nach den Hintergründen des Um-/Aufbruchs in China. Doch

während F.M. alles über einen „volkskapitalistischen“ Kamm zu scheren versucht und sich dabei ständig in Widersprüche verwickelt, stellt A.G. die Reform als einen in sich widersprüchlichen „langen Prozeß“ dar (z.B. S. 220). Auch A.G. fragt sich, ob China nicht auf dem Weg zurück zum Kapitalismus ist, und vergißt nie, auch auf die tatsächlichen und möglichen negativen Auswirkungen der Reformen hinzuweisen.

Doch für ihn steht fest: China ist ein sozialistisches Land und die Reformen sollen schließlich den Sozialismus verbessern und attraktiver machen — nach innen wie nach außen. „Markt wegen Marx“ (S. 150) oder auch: Abwehr der bürgerlichen Einflüsse, gerade um den Kapitalismus nutzen zu können (S. 256). Dabei hält China in der Außenpolitik allerdings an großmachtpolitischen Vorstellungen fest („Mao läßt grüßen“, S. 231). Wichtiger aber ist für A.G., daß es sich „zunehmend an den weltweiten Friedensbemühungen beteiligt“ (S. 232). A.G. will als linker Journalist (Elan) mithelfen, die in der BRD-Linken entstandenen Fragen bzgl. China zu beantworten. Das ist ihm gelungen, wobei er von vornherein klarstellt, daß bei diesem Versuch ständig neue Fragen auftauchen.

Auch J. Kremb ist Journalist einer linken Zeitung (taz). Ihn interessiert vor allem, „welche Auswirkungen die Veränderungen auf das tägliche Leben und Fühlen der Menschen haben und ob die Chinesen diese Politik überhaupt wollen“ (S.7). Deshalb will er „China in seiner mannigfachen Vielfalt (nicht) durch einen analytischen Rundschlag erklären“, sondern — ohne auf Analysen zu verzichten — von den Menschen erzählen:

Jürgen Kremb, Reportagen aus CHINA, Einblicke in die Volksrepublik, Taiwan, Hongkong und Tibet, Junius Verlag, Hamburg 1987, 240 S., 26,80 DM.

J.K. hat als Sinologe in mehreren Jahren China bereist, die islamischen Oasen im Nordwesten ebenso wie Dörfer in Sichuan, die „kapitalistische Enklave“ Shenzhen wie die vom „Konsumrausch“ erfaßte Hauptstadt Beijing, den Yangzi wie die Berge Tibets. Seine Reportagen sind durchweg interessant geschrieben und meist gebildet. Er beschreibt facettenreich den Alltag der Chinesen, greift aber auch die Themen auf, die die übrige Chinaberichterstattung beherrschen: die Reform in ihren unterschiedlichsten Spielarten.

Und während Sprach- und Landeskennntnisse ihm bei dem Bestreben, das „nicht Machbare und Außergewöhnliche“ (S.9) zu erfahren, sehr detaillierte Einblicke ermöglichen, ist es andererseits gerade dieser spezifische Ansatz der Reportage „von unten“, der auch ihn den Klischees aufsitzen läßt, deren ständiges Reproduzieren er ausdrücklich kritisiert. So findet er stets Stimmen, die bestätigen, daß die lokalen Funktionäre der KP das Volk tyrannisieren und bespitzeln (S. 18) und die „hohen KP-Tiere“ längst eine „neue Klasse“ bilden, die ihre Pfründe verteidigt „wie die Feudalherren im alten China“ (S. 33, 86).

Wie F.M. berichtet auch J.K. bevorzugt über die negativen Auswirkungen der Reform, wobei die Chinesen z.B. je nach dem Tenor des Berichts mal den bürgerlichen Einflüssen verfallen, mal von den Segnungen westlicher Zivilisation ferngehalten werden und mal diese sogar nutzen, um die traditionelle Lebensweise nationaler Minderheiten zu untergraben. Besonders ärgerlich ist hier das Tibet-Kapitel, nicht weil die auch heute noch nicht überwundenen Fehler chinesischer Politik beim Namen genannt werden, sondern weil J.K. dem Klischee entsprechend eine für Linke völlig unakzeptable Idealisierung der vorrevolutionären Verhältnisse in Tibet vornimmt.

Günter Schucher

Chile-Solidarität

Gegen die chilenische Diktatur und für die Aufnahme der 15 vom Tode bedrohten politischen Gefangenen in die Bundesrepublik demonstrierten am 5. September d.J. etwa 500 Menschen auf dem Bonner Münsterplatz. Zu der bundesweiten Kundgebung, der ersten seit 10 Jahren, hatte die Vertretung der chilenischen Volksbewegung (MDP) aufgerufen. Sie wurde u.a. von den GRÜNEN, der DKP, dem Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), dem Antiimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK) und den Falken unterstützt.

Per Akklamation wurde eine Abschlusserklärung angenommen, die die zögerliche und deshalb für die chilenischen Inhaftierten lebensgefährliche Haltung der Bundesregierung verurteilt und die sofortige Aufnahme der 15 Oppositionellen fordert. Die Teilnehmer verlangten die Abschaffung der „Sicherheitsüberprüfungen“ und ein energischeres Eintreten der Bonner Koalition für alle politischen Gefangenen in Chile, zu denen auch die Lehrerin Beatriz Brinkmann gehört, sowie die Einstellung jeglicher bundesdeutscher Unterstützung für das Pinochet-Regime.

In Chile sind mittlerweile 14 der vom Tode Bedrohten und weitere politische Gefangene in einen Hungerstreik getreten. Das Tauziehen um ihr Schicksal setzte sich im Rahmen der „Zweiten Internationalen Parlamentarierkon-

ferenz für Demokratie in Chile“ in Santiago Anfang September fort, an der mehr als 100 Abgeordnete aus 26 Ländern teilnahmen. Die SPD-Abgeordneten Freimut Duve, der auch Beatriz Brinkmann im Gefängnis besuchte, und Renate Schmidt forderten das Bonner Kabinett auf, „endlich“ die Aufnahmebereitschaft für die Regimegegner zu erklären. Ganz anders der CSU-Abgeordnete Günther Müller, der die 15 als „Terroristen“ verunglimpfte, die, auch wenn sie in der Bundesrepublik aufgenommen würden, sofort inhaftiert werden müßten. Im übrigen bestehe aber nach wie vor „kein Handlungsbedarf“.

Südafrika-Materialien



Eine Kurzdokumentation zum U-Boot-Skandal Bundesrepublik Deutschland — Südafrika hat die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) Ende August d.J. herausgebracht. Die Broschüre enthält eine Chronologie über den Ablauf des illegalen Rüstungsgeschäfts zwischen Bonn und Pretoria und listet die juristischen Grundlagen (Kriegswaffenkontrollgesetz, UNO u.a.) zur Bewertung des Deals auf. Daran schließen sich Stellungnahmen der Befreiungsbewegungen Südafrikas, Namibias sowie von anderen relevanten politischen Kräften und wichtige Zeitungsmeldungen an.

Die 48 S. starke Broschüre kann für 3 DM zuzügl. Versandkosten bezogen werden bei der AAB, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, Tel. 0228 - 211355.

Eine Grafikkarte „Land der guten Hoffnung“ zu Südafrika geben die VVN-Bund der Antifaschisten und das Dritte-Welt-Haus Bielefeld gemeinsam heraus. Die fünf schwarz-weißen Grafiken und Texte von Harald Schuppe sind zum Preis von 19 DM zuzügl. 5 DM Porto/Verpackung zu beziehen bei: Harald Schuppe, Schloßhofstr. 152, 4800 Bielefeld 1. Vom Erlös jeder verkauften Karte werden 3 DM für den Freiheitssender Mandela gespendet.

BAYER: Prozeß gegen Kritiker

„Gefahren für die Demokratie: In seiner grenzenlosen Sucht nach Gewinnen und Profiten verletzt BAYER demokratische Prinzipien, Menschenrechte und politische Fairness. Mißliebige Kritiker werden bespitzelt und unter Druck gesetzt, rechte und willfähige Politiker werden unterstützt und finanziert.“ In einem Versuch, die lästigen Kritiker der BAYER-Coordination, eines internationalen Selbsthilfenetzwerks von Kritikern des Chemiemul-

tis, zum Schweigen zu bringen, klagte die BAYER AG gegen die BAYER-Coordination und ihren Sprecher Axel Köhler-Schnura auf Unterlassung bzw. Widerruf dieser Aussagen aus einem seit Anfang 1986 verbreiteten Aufruf.

Seit ihrer Gründung im Jahre 1983 richtet die BAYER-Coordination mit wachsender Resonanz die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Aktivitäten des Konzerns im In- und Ausland. Ihrer Forderung „Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER — weltweit“ verleihen „kritische BAYER-Aktionäre“ auf den Jahreshauptversammlungen des Konzerns jedes Jahr Nachdruck. Die Kritiker drohen nun auch die Jubiläumsfeierlichkeiten zum 150jährigen Bestehen des Konzerns im nächsten Jahr zu stören. Mit dem Prozeß (Beginn 30. September) will die Konzernspitze die „Störer“ zum Schweigen bringen.

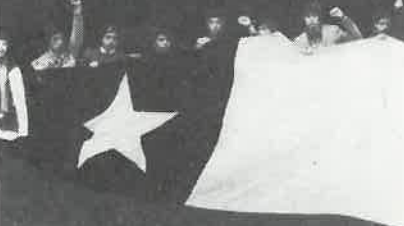
Die BAYER-Coordination will ihre Anliegen dort offensiv vertreten und braucht politische und finanzielle Solidarität. Zur Finanzierung des teuren Prozesses vertreibt die Coordination u.a. eine „Alternative BAYER-Aktie“ zum „Nennwert“ zwischen 5 und 100 DM. Kontakt: BAYER-Coordination, Hofstr. 27a, 5650 Solingen 11. Konto: Internationale Coordinationstelle — Aktiv gegen BAYER-Umweltgefährdung e.V., Post giro Essen 3783 83 - 439

Buchtip: Chile

Alvaro Rojas (Hg.), José Carrasco. Chile, mein gemartertes Land, Rowohlt Taschenbuchverlag, Reinbek 1987, 192 S., 9,80 DM
legt Zeugnis ab über den Mut der oppositionellen chilenischen Journalisten. Das Buch gibt mit Interviews, Reportagen und Analysen ein lebendiges Bild der Lage unter der Pinochet-Diktatur. Es ist José Carrasco gewidmet, dem außenpolitischen Redakteur der Zeitschrift „Análisis“, der am 8. September 1986 von einer Todesschwadron erschossen wurde. Der

BRD-Infodienst

José Carrasco



Herausgegeben von Alvaro Rojas

Chile, mein gemartertes Land

roro

Herausgeber Alvaro Rojas, der seit 1975 im bundesdeutschen Exil lebte, ist sein Nachfolger bei „Análisis“.

Das Buch enthält zum Großteil Beiträge aus „Análisis“. Sie befassen sich mit der Lage der Oppositionspressen, mit unbequemen Meldungen über die Skandale der Diktatur, mit der Repression und der Armut sowie mit der Kirche im Widerstand. „Es ist keine systematische Schrift über die Situation in Chile — es vermittelt Blicke auf eine Welt durch die Augen der chilenischen Oppositionspressen...“ So Freimut Duve in seiner Vorbemerkung. Die Einführung stammt von Henrik Müller, Redakteur bei „Die Feder“, der Zeitschrift der IG Druck und Papier. A. Rojas steuert Beiträge über den Mord an J. Carrasco, über 14 Jahre Diktatur und den Kampf der Opposition bei.

Zeitschriftenschau

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 118-119/Juli-August 1987
Schwerpunkt: 11. BUKO • 50 Seiten Dokumentation: Vorträge (Mendoza, Schubert), Beschlüsse und Resolutionen, Protokolle der Plena und Arbeitsgruppen • Außerdem: Reagan in Berlin • BAYER-Hauptversammlung • Chile
Einzelpreis 3 DM; Abo 36 DM
Bezug: FORUM, c/o ISW, Achtermannstr. 10-12, 4400 Münster

Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 161-162/Juli-August 1987
Uruguay: D. Campora, Tupamaros, über Exil in der BRD, Rückkehr nach Uruguay und Politik der Tupamaros • Chile: Diskussion über Massaker an politischen Gefangenen 1973 • Kurswechsel der Christdemokraten • Brasilien: IWF „Sanierungsprogramm“ • Vertreibung und Vergiftung der Bevölkerung durch den Staudamm Tucurui • Peru: Rücktritt von Barrantes • Menschenrechte • El Salvador: Interview mit einem Dissidenten der FPL • Außerdem: Argentinien — Gesetz über den Befehlsnotstand • Massaker in Kolumbien • Venezuela • Karibik • Guatemala • Mexiko • Nicaragua • Diego Rivera
Einzelpreis 4,50 DM; Abo 50 DM
Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Brasilien-Nachrichten, Nr. 94/1987
Schwerpunkt: Deutsch-brasilianische Zusammenarbeit in der Rüstungsproduktion • Ausmaß der brasilianischen Rüstungsproduktion • Zusammenarbeit mit der BRD • Stand des Atomprogramms und seine militärischen Aspekte
Einzelpreis 7 DM; Abo 28 DM
Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Peripherie, Nr. 27/Winter 1987
Schwerpunkt: Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung — kulturelle Beziehungen • Die Einführung westlicher politischer Begriffe in Japan: zur Reaktion nicht-westlicher Gesellschaften auf den Einfluß des Westens • Zur Vorstellung von Entwicklung und Geschichte bei den Tugen in Kenia • Naturwissenschaftlicher Unterricht in den Anden. Überlegungen zu einer interkulturellen Erziehung • Habermas, die Magie und die Universalität der Vernunft • Zur Figur der wandermäandenden Prostituierten in ostasiatischen Gesellschaften
Einzelpreis 9 DM; Abo 30 DM
Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61



Am Montag, dem 1. September 1987, werden morgens zwei Widerstandskämpfer hingerichtet: Moses Jantjies und Mlamli Mielies, schuldig gesprochen, weil sie sich gegen Rassismus und Unterdrückung mit allen Mitteln zur Wehr gesetzt hatten.

In den Todeszellen südafrikanischer Gefängnisse sitzen 31 weitere Angehörige des Widerstands, denen die Hinrichtung droht. Ihnen wird vorgeworfen, sich an bewaffneten Aktionen, an Sabotageakten und Hochverrat gegen den Apartheidstaat beteiligt zu haben.

Alfred Nzo, Generalsekretär des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), rief am 5. August d.J. zur Rettung aller vom Galgen bedrohten Freiheitskämpfer auf: „Es ist darauf hinzuweisen, daß die Regierung der Republik Südafrika mit Bedacht jegliche Form des Widerstands gegen ihre Politik und die Apartheidpraxis für kriminell erklärt hat – Widerstand gegen ein System, das von den Vereinten Nationen als 'Verbrechen gegen die Menschlichkeit' verurteilt worden ist. Es hat somit die Aktivitäten seiner Gegner aus dem Zusammenhang gelöst, in dem sie stattfanden, nämlich dem Massenwiderstand und dem Kampf gegen die Apartheid.“

Berichte und Kommentare der hiesigen Massenmedien ließen diesen Zusammenhang vermissen. So hatte z.B. der Kommentator der „Tagesthemen“ (ARD) am Abend der Hinrichtung nichts Eiligeres zu tun, als nach der Berechtigung der bewaffneten Gegengewalt in Südafrika zu fragen.

Unerwähnt bleibt die alltägliche Gewalt, bleiben die stillen Opfer der Apartheid. Tausende von schwarzen Kindern sterben jedes Jahr in Südafrika vor ihrem fünften Geburtstag an den Folgen von Unterernährung. Tausende von Erwachsenen sterben, weil ein Leben in den schwarzen Ghettos und Reservaten krank macht.

Unerwähnt bleiben die Morde an Aktivisten des Widerstandes durch Polizei, Militär und Vigilanten (Polizeispitzel; d. Red.). Kein Wort wird verloren über die

Mitglieder des ANC, die von Helfershelfern des Regimes im Exil ermordet wurden. Auch die Opfer des Apartheidregimes in den Nachbarstaaten, im besetzten Namibia und den von südafrikanischen Überfällen bedrohten schwarzen Nationalstaaten werden verschwiegen. Nicht die staatliche Gewalt wird in Frage gestellt, allenfalls „Auswüchse“ wie die Todesstrafe, sondern die Gewalt von unten wird verurteilt. Letztendlich haben sich die Kämpfer des Widerstandes die Eskalation der Gewalt von oben dann selbst zuzuschreiben.

Wer so die Verhältnisse in Südafrika beschreibt, rechtfertigt in der Konsequenz das Vorgehen der Regierung Botha gegen den Widerstand.

Appelle reichen nicht

Auch Appelle aus der internationalen und südafrikanischen Öffentlichkeit konnten die Machthaber in Pretoria dann nicht abhalten, Moses Jantjies und Mlamli Mielies dem Henker zu übergeben. Aus der BRD hatte sich Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher bei der südafrikanischen Regierung für das Leben der Verurteilten eingesetzt. Der Präsident im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland, Heinz Joachim Held, richtete ein Telegramm an Staatspräsident Botha. Die Gewerkschaften verurteilten die Vollstreckung der Todesstrafe.

Vor der südafrikanischen Botschaft demonstrierten die Vorsitzende der ÖTV, Monika Wulf-Mathies, und das Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB, Irmgard Blättel, gegen das erste Todesurteil gegen eine politisch aktive Frau, die 25jährige Gewerkschafterin Theresä Ramashamole. Sie wollten dem Botschafter einen Protestbrief überreichen, doch blieb ihnen die Tür der Botschaft verschlossen.

Verschlossene Türen, keinerlei Reaktion

„Tötet die Apartheid, nicht die Gefangenen“



auf die Bitten aus dem In- und Ausland, wie oft noch wird die internationale Öffentlichkeit diese Erfahrungen machen? Jahrzehntlang kämpfte der Widerstand in Südafrika mit den Mitteln der Massendemonstration, der Petitionen und Protestaktionen gegen die rassistische Regierung. 1961 dann entschlossen sich die Kräfte gegen die Apartheid, auch den bewaffneten Kampf gegen dieses Regime aufzunehmen, erbittert und zornig auf eine Regierung, die ihren Forderungen in keinem Punkt entgegenkam.

Seit Jahrzehnten wird der Kampf in Südafrika durch internationale Solidarität unterstützt. Südafrikas Regierung beeindruckte dies wenig.

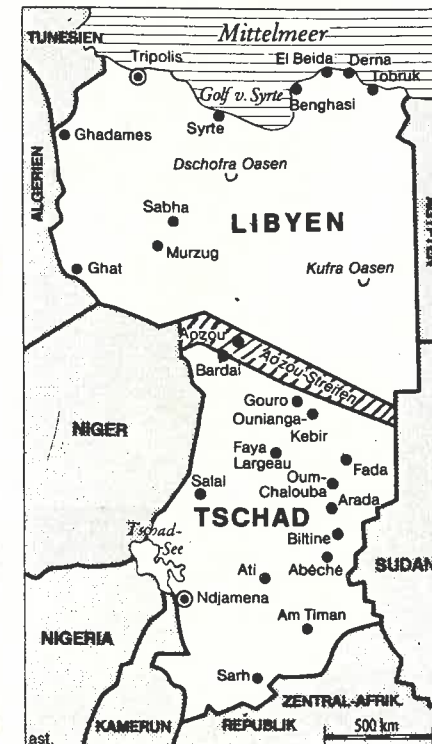
Erst die weltweit geforderten und sich ausweitenden Sanktionen erzwangen Reaktionen aus dem Land am Kap der Guten Hoffnung. Nicht durch Briefe und Telegramme, erst durch Aktionen werden die wortreichen Kämpfer für Menschenrechte in den Reihen der Mächtigen unseres Landes zu wirklichen Gegnern des Apartheidregimes. Die Forderungen der Betroffenen in Südafrika sind eindeutig: Boykottiert Apartheid, beendet Eure Zusammenarbeit mit dem Apartheidstaat, die nur unser Leiden verlängert.

Nur wenn die Bundesregierung diese Forderungen des Widerstandes in Südafrika nach Sanktionen endlich zur Richtschnur ihres Handelns macht, kann sie wirksam zur Abschaffung der Apartheid beitragen, kann sie die Vollstreckung weiterer Todesurteile verhindern.

Der halbherzige Brief von Bundeswirtschaftsminister Bangemann an die großen Wirtschaftsverbände der BRD mit der Empfehlung, über den Stopp von Investitionen in Südafrika nachzudenken, reicht nicht aus.

Rettet die vom Galgen bedrohten 30 Freiheitskämpfer – boykottiert Apartheid!

Marianne Kolter



Die Organisation für Afrikanische Einheit hatte Ende Juli d.J. auf ihrem Gipfel zu einer friedlichen Lösung des Aouzou-Problems aufgerufen. Frankreich, das 1.500 Soldaten und Kampfflugzeuge im Tschad stationiert hat, vertritt offiziell die gleiche Position zum Aouzou-Problem. Die Pariser Regierung erklärte, sie unterstütze die Vorstöße N'Djamenas nach Aouzou und Maaten-es-Sara nicht und würde nur die „Integrität des Tschad“ schützen. Was das heißen soll, machte der Abschluß eines libyschen Kampfflugzeugs durch die französische Luftabwehr über N'Djamena am 7. September deutlich.

Einiges deutet darauf hin, daß die Regierung Hissène Habrés von der Reagan-Administration, die ihren Anspruch auf den Aouzou-Streifen unterstützt, zu ihren Vorstößen nach Libyen gedrängt wurde. Außenministeriumssprecher Charles Redman rechtfertigte den Angriff auf Maaten-es-Sara. Umfangreiche Waffenlieferungen aus den USA trafen Anfang September in N'Djamena ein. Und Washington soll jetzt auch die Lieferung von Stinger-Luftabwehrraketen zugesagt haben.

Sudan

Am 22. August d.J. zerbrach die seit Mai 1986 regierende Koalition aus der Umma-Partei des Ministerpräsidenten Sadek al-Mahdi und der Demokratischen Unionistischen Partei (DUP). Anlaß war die von der Umma-Partei durchgesetzte Wahl eines parteiunabhängigen Kandidaten in den obersten, fünfköpfigen Regierungsrat. Dessen Sitz hatte zuvor ein DUP-Mitglied inne.

Bereits im Mai d.J. hatte Sadek al-Mahdi die Regierung aufgelöst. Die alte Koalition aber hatte er fortgesetzt, da seine Partei mehrheitlich ein Zusammengehen mit der fundamentalistischen Nationalen Islamischen Front (NIF), der drittstärksten Partei, ablehnte.

Der Grund für die Instabilität der Regierung ist die Tatsache, daß die drei wichtigsten Probleme des Landes, die bereits 1985 zum Sturz der Numeiri-Diktatur geführt hatten, noch immer

einer Lösung harren. Die Wirtschaftskrise vertieft sich weiterhin. Mit über 11 Mrd \$ im Ausland verschuldet, ist das Land nicht in der Lage, seinen Verpflichtungen gegenüber dem Internationalen Währungsfonds (IMF) nachzukommen. Deshalb hat das Land seit 1985 keine Auslandskredite mehr erhalten. Am 26. Juli d.J. nahm die Regierung Umschuldungsverhandlungen mit dem IMF auf. Um Proteste gegen die vom IMF verlangten Austeritätsmaßnahmen zu unterdrücken, hatte sie einen Tag zuvor den Ausnahmezustand verhängt.

Der zweite Konfliktpunkt ist die Beibehaltung der Sharia, des islamischen Rechtssystems, dessen Abschaffung al-Mahdi bereits mehrere Male versprochen hatte. Seine Partei befürchtet einen Einflußverlust zugunsten der NIF. Die Beibehaltung der Sharia trägt aber zur Verschärfung des dritten Problemfelds, des Bürgerkriegs im nichtislamischen Süden bei. Sechs Parteien des Südens und die Anyanya-II-Bewegung haben am 24. August d.J. mit der Sudanesischen Volksbewegung (MPLS), die große Teile des Südens kontrolliert, ein Abkommen getroffen, in dem von der Regierung, die Einhaltung des Abkommens von Koka-Dam vom März 1986 gefordert wird. Darin hatten sich die damaligen oppositionellen Parteien des Nordens, darunter auch die Umma-Partei verpflichtet, die Sharia und den Ausnahmezustand aufzuheben sowie die militärischen Verträge mit Libyen und Ägypten zu lösen als Voraussetzungen für einen Dialog mit der MPLS. Sie warfen der Regierung vor, eine militärische Lösung des Konflikts zu suchen.

Mauritius

Bei vorgezogenen Parlamentswahlen in Mauritius am 20. August d.J. konnte die rechtsgerichtete „Allianz“ 38 der 62 direkt vergebenen Sitze erringen. Der „Allianz“ gehören u.a. die Regierungsparteien Mauritisches Sozialistische Bewegung (MSM) und die rechtsextreme Mauritisches Sozialdemokratische Partei (PMSD) an. 24 Sitze gingen an die linksoppositionelle „Union“, deren Hauptbestandteil die Militante Mauritische Bewegung (MMM) ist. Weitere acht Sitze werden an die „besten Verlierer“ vergeben, um eine gleichmäßigere ethnische Repräsentanz sicherzustellen. Bei den letzten Wahlen im Jahr 1983 hatten die Regierungsparteien die Opposition mit 43 zu 19 Sitzen distanziert.

Die Neuwahlen waren erforderlich geworden, nachdem die Regierung – nach der Verwicklung von fünf Abgeordneten ihrer Koalition in den Drogenschmuggel – im Parlament nicht mehr über eine sichere Mehrheit verfügte. In Bedrängnis geraten, suspendierte die Regierung mehrere Oppositionsabgeordnete von der Parlamentsarbeit und schränkte die Pressefreiheit ein.

Die Rechtsregierung wird ihre neoliberale Wirtschaftspolitik fortsetzen. Ihre Bestätigung durch die Wahlen freut auch die Regierungen in Washington und Pretoria. Sie gab den Souveränitätsanspruch auf die US-Basis Diego Garcia im Indischen Ozean auf und läßt eine Umgehung der Sanktionen gegen Südafrika via Mauritius zu.

Argentinien

Bei den im Zweijahresrhythmus veranstalteten Neuwahlen der Hälfte des argentinischen Parlaments und der Gouverneure in allen Provinzen mußte die regierende Radikale Bürger-

union (UCR) des Präsidenten Raúl Alfonsín am 6. September d.J. erhebliche Stimmeneinbußen hinnehmen. Ihr Wähleranteil ging von 43,6% (1985) auf 37,3% zurück. Damit verlor sie ihre absolute Mehrheit im Parlament und hat nur noch 117 von 254 Sitzen inne.

Überraschender Gewinner der Wahlen waren die Peronisten (Justizialistische Partei), deren Stimmenanteil von 34,6 auf 41,6% und Sitzzahl von 103 auf 108 anstieg. Sie gewannen 16 der 22 Gouverneursitze. Damit ist Präsident Alfonsín jetzt auf die Stimmen kleinerer Parteien im Parlament – darunter die rechte Demokratische Zentrumsunion und die linke Unversöhnliche Partei – oder von Teilen der Peronisten angewiesen, um seine Politik fortführen zu können.

Beobachter führen die Verluste der Regierungspartei vor allem auf die wirtschaftliche Situation zurück. Die mit dem sog. „Plan Austral“ verfolgte Sparpolitik hatte zwar zu einer langsamen wirtschaftlichen Erholung geführt, aber um den Preis eines starken Rückgangs der Einkommen der Mehrheit der Bevölkerung. Die monatliche Inflation war im August d.J. auf 13,8% angestiegen.



berichtet regelmäßig über – den Befreiungskampf der F. POLISARIO – die diplomatischen Auseinandersetzungen um die WESTSAHARA – das Leben in den Flüchtlingslagern der Sahrauis – die Demokratische Arabische Republik Sahara

Das **SAHARA INFO** erscheint alle 2 Monate

Jahresabonnement nur 15,- DM! Probeheft und Abobestellung bei GESELLSCHAFT DER FREUNDE DES SAHRAUISCHEN VOLKES e.V. U. Hilpert, Am Wall 46 2800 Bremen 1

G 7426 E

Postvertriebsstück

Zeitungsgebühr bezahlt

Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

Wir schenken **jedem ein Buch...**

... der uns einen **neuen Abonnenten** nennt oder das AIB verschenkt.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Adrian Geiges
China im Aufbruch
Stationen einer Reise
Weltkreis
272 Seiten, 14,80 DM

Edith Laudowicz (Hrsg.)
Befreites Land – Befreites Leben?
Frauen in Befreiungsbewegungen und Revolutionen
Pahl-Rugenstein
304 Seiten, 16,80 DM

Dieter Boris u. a. (Hrsg.)
Schuldenkrise und Dritte Welt
Stimmen aus der Peripherie
Pahl-Rugenstein
240 Seiten, 14,80 DM